Mittwoch, 3. September 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 204 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

exklusiv in der WELT

Adenauer und Nahum Goldmann



London, 6. Dezember 1951: Heimlich über die Hintertreppe kommt Nahum Goldmann zu Adenauer. Sie einigen sich über die Wiedergutmachung an Israel. Der Kanzler will 1,5 Milliarden Dollar zahlen. Adenauer, so sein Biograph Hans-Peter Schwarz, „spürt die Flügel der Weltgeschichte". Seite 6

Morgen in der WELT

Interview mit Schwedens Ministerpräsident

Bundeskanzler Helmut Kohl fährt morgen zu einem Kurzbesuch nach Schweden und trifft dort mit Ministerpräsident Ingvar Gösta Carlsson zusammen. Reformiert der Nachfolger des ermordeten Ministerpräsidenten Olof Palme den Wohlfahrtsstaat? Herbert Kremp sprach mit Carlsson in Stockholm über die Außen- und Innenpolitik des Landes.

POLITIK

Benzin: Die Preise bröckeln wieder ab. Die jüngste Erhöhung von Normal und Super um drei Pfennig je Liter hat sich offenbar nicht voll durchgesetzt. Im Ruhrgebiet lagen die Preise gestern teilweise wieder auf dem Stand vor der letzten Anhebung.

Supermächte: In Moskau hat gestern eine neue Gesprächsrunde zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Afghanistan begonnen. (S. 8)

Übergelaufen: Ein hochrangiger Funktionär des chinesischen Geheimdienstes ist Anfang des Jahres in den Westen übergelaufen.

Einreise: Aus Ost- und Südeuropa sind im August 5557 Menschen im Wege der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik eingereist. Der größte Teil kam au[illegible] Polen. Nur 400 hatten eine [illegible] Ausreisegenehmigu[illegible]

Umwelt: Mit einem Kostenaufwand von rund 40 Millionen Mark will Bonn die Auswirkungen der in den Autoabgasen enthaltenen Schadstoffe auf die Gesundheit und die Umwelt erstmals systematisch untersuchen, teilte das Forschungsministerium mit.

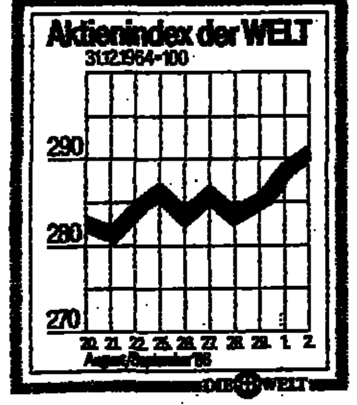
Kongreß: Rund 100 Wissenschaftler diskutieren in Ankara über Möglichkeiten, durch vorbeugende Maßnahmen die Folgen von Erdbeben abzumildern.

Belgien: Regierungschef Martens reist heute zu einer zweitägigen Visite in die „DDR", um mit SED-Chef Honecker zu sprechen.

Sowjetunion: Der bisherige sowjetische Minister für Fischereiwirtschaft, Kamenzew (58), wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates ernannt. Kamenzew gehört bereits dem Zentralkomitee der KPdSU an.

WIRTSCHAFT

Börse: Aktienmarkt und Rentenmarkt tendierten nach freundlichem Beginn gestern uneinheitlich. WELT-Aktienindex 291,79 (289,56). BHF-Rentenindex 107,866 (107,847). BHF-Performance-Index 107,488 (107,399). Dollar-Mittelkurs 2,0281 (2,0281) Mark. Goldpreis je Feinunze 393,25 (395,50) Dollar.



Grüner: Als eine „Instinktlosigkeit bei Landesregierung und Daimler-Benz" hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Martin Grüner, die Förderung des Autokonzerns mit 120 bis 140 Millionen Mark durch die baden-württembergische Landesregierung bezeichnet. Zwar sei er über die Details noch nicht informiert, aber man müsse von einem „schweren Fehlgriff" sprechen. (S. 9)

KULTUR

Festwochen: Mit der Komposition „Carre" von Karlheinz Stockhausen sind die 36. Berliner Festwochen eröffnet worden. Das 1960 entstandene Werk für vier Orchester und vier Chöre gilt als wichtiges Beispiel für die von Stockhausen entwickelte „Musik im Raum". (S. 17)

photokina: Zu der Kölner Photo- und Videomesse, die bis zum 9. September in den Messehallen stattfindet, gibt es in diesem Jahr zahlreiche Parallelveranstaltungen. Dazu zählt auch eine umfangreiche Bilderschau, die den Wandel in der Farbphotographie dokumentiert. (S. 17)

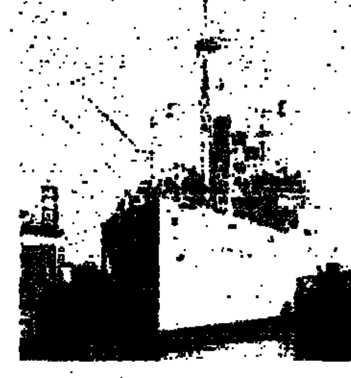
SPORT

Tennis: Claudia Kohde-Kilsch ist bei den Meisterschaften der USA in Flushing Meadow im Achtelfinale ausgeschieden. Sie unterlag der Bulgarin Manuela Maleeva 2:6, 6:2, 6:7. Steffi Graf spielt im Viertelfinale jetzt gegen die Amerikanerin Bonnie Gadusek, bei einem Sieg träfe sie auf Martina Navratilova. (S. 16)

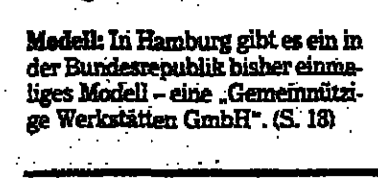
Radsport: Zum ersten Mal seit sieben Jahren gewannen die Amateure aus der Bundesrepublik Deutschland bei Weltmeisterschaften im Bahnfahren keine Medaille. Im letzten Rennen der Weltmeisterschaften in Colorado Springs, dem Punktefahren, belegte Uwe Messerschmidt nur den 16. Platz. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Schiffsunglück: Mindestens 79 Menschen sind bei dem Schiffsunglück im Schwarzen Meer, wo das sowjetische Passagierschiff „Admiral Nachimow" (Foto) gesunken ist, ertrunken. 319 gelten als vermißt. 836 der insgesamt 1234 Schiffs-Reisenden sind nach Angaben des stellvertretenden Ministers der Handelsmarine, Mediak, gerettet worden. (S. 18)



Modell: In Hamburg gibt es ein in der Bundesrepublik bisher einmaliges Modell – eine „Gemeinnützige Werkstätten GmbH". (S. 18)



Gutachter überraschen Bonn: Kernkraft-Ausstieg möglich

Kurzfristig drohen jedoch Wachstumsverluste und Umweltbelastungen

HEINZ HECK, Bonn

Überraschende neue politische Akzente in der Diskussion um die Folgen des Ausstiegs aus der Kernenergie *setzen zwei Gutachten, die das* Bundeswirtschaftsministerium heute veröffentlichen und mit einer Stellungnahme versehen wird. Die vom Ministerium beim Öko-Institut Freiburg und beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen in Auftrag gegebenen Untersuchungen liegen bei der Beurteilung der Folgen eines langfristigen Ausstiegs, der etwa zwischen *1995 und dem Jahr 2000 stattfinden* könnte, nicht so weit auseinander wie erwartet. Mit einem solchen Ergebnis hatte das Wirtschaftsministerium nicht gerechnet.

Bei der kurzfristigen Wirkungen eines Verzichts kommen die Institute dagegen zu sehr unterschiedlichen Aussagen. Der bisher stets betonte Kostenvorteil der Kernenergie gegenüber anderen Energieträgern für die *Stromproduktion ist auch im RWI-*Gutachten nicht erkennbar.

Während das Öko-Institut, wie berichtet (WELT vom 2. 9.), den Ausstieg der Bundesrepublik innerhalb eines Jahres für „möglich" hält, sieht das RWI den sofortigen Verzicht „nur unter Inkaufnahme – gemessen an bisher üblichen Standards – erhöhter Risiken für die jederzeitige Versorgungssicherheit (als) realisierbar" an. Das RWI erwartet für die beiden folgenden Jahre („bei insgesamt unveränderten Reaktionen der Wirtschaftssubjekte") einen durchschnittlichen Verlust an Wirtschaftswachstum von jeweils etwa einem Prozentpunkt, einen Beschäftigungsrückgang um durchschnittlich 100 000 Arbeitsplätze, einen Anstieg des Preisindex des privaten Verbrauchs um 0,6 Prozentpunkte und eine Zunahme des staatlichen Finanzierungsdefizits um 7,5 Milliarden Mark. Bei „nicht auszuschließenden Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte" werden Wachstumsverluste befürchtet.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Stromkosten verweist das Öko-Institut lediglich auf dazu vorliegende *Gutachten anderer Institute mit* einer Spanne zwischen einem und fünf Pfennig je Kilowattstunde (kWh) und erwartet eine Entwicklung „deutlich im unteren Bereich dieses Spektrums". Das RWI schätzt die Strompreiserhöhungen vor allem im ersten Jahrfünft auf bis zu 4,1 Pf/kWh, die sich im weiteren Verlauf auf 3,1 Pf/kWh verringern könnten. Beide Institute rechnen mit erheblichen Mehrbelastungen der Umwelt, das Öko-Institut vor allem bei Stickoxiden und Kohlendioxid.

Beim langfristigen Verzicht sind die vom Jahr 2000 an zu erwartenden Auswirkungen nach Meinung des RWI „teilweise vernachlässigbar gering". Dies unter der Voraussetzung, *daß die fertiggestellten und im Bau* befindlichen Kernkraftwerke planmäßig ans Netz gehen und alle Reaktoren nach 20jähriger Betriebsdauer ohne Ersatz durch Kernenergie stillgelegt werden. Durch den Übergang auf weniger kapitalintensive Kohlenkraftwerke „gleichen sich sinkende Kapitalkosten und steigende Brennstoffkosten nahezu aus". Das Wirtschaftsministerium hat die Ergebnisse *der Gutachten im Energiebericht* der Bundesregierung berücksichtigt, dessen Entwurf das Kabinett am 1. Oktober verabschieden will.

„Berlin bleibt eine nationale Aufgabe"

Schäuble: Vier-Mächte-Abkommen hat sich bewährt / Vertrag brachte Erleichterungen

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bedeutung des Viermächteabkommens, das heute vor 15 Jahren unterzeichnet wurde, haben Bonner Spitzenpolitiker hervorgehoben. In einem Exklusivbeitrag für die WELT stellte der Koordinator der Berlin- und Deutschlandpolitik, Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, fest: „Unbeschadet unterschiedlicher Rechtspositionen zu praktischen Verbesserungen beizutragen, ohne den Status zu ändern oder die Rechtsstellung der Beteiligten zu beeinträchtigen, bleibt auch für die Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen ein wichtiger Leitgedanke."

Schäuble hob hervor, das Vertragswerk der vier für Berlin verantwortlichen Mächte habe sich als tragfähige Grundlage in der Praxis bewährt. „Seine praktischen Regelungen haben den Berlinern Erleichterungen und Verbesserungen gebracht. Für die Lebensfähigkeit der Stadt hat dies nachhaltige Bedeutung. Die Aufrechterhaltung einer ruhigen Lage in und um Berlin, zu der auch die Freiheit der Zugangswege und die Aufrechterhaltung des freien Verkehrs in der Stadt gehören, bleibt von grundsätzlicher Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächteabkommens bleiben hierfür wesentlich."

Ausdrücklich würdigte Schäuble die Rolle der westlichen Schutzmächte: „Die Freiheit Berlins als Teil des freien Westens wird durch die Anwesenheit der drei Schutzmächte in der Stadt und deren wiederholte Garantien verdeutlicht. Wir danken unseren amerikanischen, britischen und französischen Freunden für ihr engagiertes Eintreten zur Stärkung des Wohlergehens und der Lebensfähigkeit der Stadt. Berlin bleibt für die Bundesregierung eine nationale Aufgabe. Das wird besonders im nächsten Jahr deutlich werden, wenn die Bundesregierung, die Bundesländer und die Kommunen in Solidarität und Loyalität mit dem freien Teil der Stadt die Anziehungskraft dieser europäischen Metropole aus Anlaß des 750. Geburtstages zusammen mit den Berlinern ins Licht stellen werden."

Nach Ansicht von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher habe das Abkommen zwar die mit der deutschen Frage zutiefst verflochtene Berlin-Frage nicht lösen können, aber mit der Beruhigung der politischen Lage zahlreiche praktische Verbesserungen und Erleichterungen gebracht.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, meinte, daß in Berlin die Entspannung fast durchgehend seit 1971 funktioniert. „Gerade deshalb muß die UdSSR ihre Verantwortung auch in der Frage der Asylbewerber wahrnehmen. Ihr unmittelbarer Verantwortungsbereich beginnt an der Stadtgrenze des Ostsektors von Berlin. Die Bestätigung der auf ganz Berlin bezogenen ‚individuellen und gemeinsamen Verantwortlichkeiten der Statusmächte' im Berlin-Abkommen verpflichtet die UdSSR zum verantwortlichen Handeln," sagte Rühe.

Botha: Es gibt keinen Bürgerkrieg

Südafrikas Präsident fürchtet Sanktionen nicht / Neuer Nationalrat angekündigt

DW. Bonn/Johannesburg

Südafrikas Präsident Pieter W. Botha ist davon überzeugt, daß sein Land nicht in einen Bürgerkrieg steuere. „Tatsächlich sehe ich die Gefahr eines Bürgerkrieges immer weniger", sagte er in einem Interview des Deutschen Fernsehens. Auch Sanktionen fürchte er nicht. Sein Land habe Sanktionen auf dem militärischen Sektor bewältigt und sei nun stärker als zuvor. Das werde im ökonomischen Bereich nicht anders sein.

Dennoch wurden gestern erneut Forderungen nach „wirtschaftlichen Sanktionen in abgestufter Form" gestellt: Die 150 Arbeitnehmervertreter der weltweit 250 000 Beschäftigten des Volkswagen-Konzerns verabschiedeten in Wolfsburg eine Resolution, daß die Rassengesetze abgeschafft werden müßten. *Vordringlich* war von der Freilassung aller politischen Gefangenen und der Lohnfortzahlung für Verhaftete die Rede.

Nach den Worten von Präsident Botha geht es in Südafrika nicht um einen Kampf zwischen Schwarz und Weiß, sondern um die Frage, ob demokratische Institutionen sich gegen eine drohende kommunistische Diktatur behaupten können.

Botha bezeichnete die Befreiungsbewegung „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC) als eine „Frontorganisation der kommunistischen Partei". Er habe die ANC-Führer nach Südafrika eingeladen, aber diese „sitzen an unseren Grenzen, lassen sich von den Russen mit Waffen beliefern und greifen unschuldige Menschen an". Er rede mit jedem, „der mit mir friedlich und auf dem Boden der Verfassung verhandelt, aber nicht mit Leuten, die nicht auf Gewalt, als Mittel der Politik, verzichten".

Der Präsident versicherte, er habe dem ANC-Präsidenten Nelson Mandela eine Entlassung aus der *25jährigen Haft in Aussicht gestellt,* wenn dieser auf Gewalt verzichte. „Aber er schrieb mir einen Brief, daß er dazu nicht bereit sei."

Auf die Frage, ob Verhandlungen mit Mandela die derzeitige Lage nicht entschärfen könnten, antwortete Botha, er verhandele nicht mit „Terroristen". Die Mehrheit der Schwarzen stehe ohnehin hinter gemäßigten Führern wie Buthelezi, die mit der Regierung im Gespräch seien. Im Gegensatz zu Botha hatte Buthelezi jedoch kürzlich erklärt, der Bürgerkrieg sei bereits offensichtlich.

Nach den Worten des Präsidenten wird das Prinzip „One man, one vote" in Südafrika allgemein akzeptiert. Wenn dieses Prinzip jedoch bedeuten solle, daß die Mehrheit die Minderheit beherrscht, sage er entschieden „nein". Allerdings werde demnächst ein Gesetz ins Parlament eingebracht, wonach die Führer aller Volksgruppen in einem neuen Nationalrat vertreten seien.

„Wir haben die beste Polizei der Welt", wies Botha Vorwürfe zurück, in seinem Land würden Oppositionelle gefoltert. Polizeiminister Le Grange rechtfertigte jetzt die Festnahme von Pater Mkatshwa im Juni. Er erklärte, dieser sei ein Terrorist. Mkatshwa ist offenbar während eines Verhörs gefoltert worden.

Waffenruhe in Libanon verkündet

DW. Beirut

Die christlichen und moslemischen Minister des libanesischen Kabinetts haben sich gestern auf einen generellen Waffenstillstand zur Beendigung des seit elf Jahren andauernden Bürgerkrieges geeinigt. Der Waffenstillstand sollte noch gestern in Kraft treten. Ministerpräsident Raschid Karame hatte mit Vertretern der libanesischen Armee sowie der christlichen, drusischen und schiitischen Milizen die praktische Verwirklichung der Vereinbarung beraten. Neben dem militärischen Waffenstillstand wurde auch eine „Feuerpause" im Informationswesen vereinbart, durch den die gegenseitigen verbalen Angriffe der verschiedenen Gruppen verhindert werden sollen. Außerdem beschloß die Regierung die Ausarbeitung eines „nationalen Paktes". Ausgangspunkt dieser ersten derartigen Gespräche seit neun Monaten dürfte der von Syrien initiierte Friedensplan gewesen sein.

Soldaten klagen in Karlsruhe

DW. Bonn

Der Deutsche Bundeswehrverband will heute wegen des Fehlens einer gesetzlichen Dienstzeitregelung für Soldaten Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erheben. Das kündigte der Vorsitzende des Verbandes, Oberstleutnant Rolf Wenzel, in Bonn an. Es verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes, daß es eine verbindliche Dienstzeitregelung für Soldaten nicht gibt. Nach Ansicht des Verbandes kann die Dienstzeit unter anderem durch Einsatz von zivilem Wachpersonal und personalsparender technischer Ausstattung verringert werden. Über 40 Wochenstunden hinausgehende Arbeitszeit müßte „spürbar vergütet" werden. „Die Soldaten wünschen in erster Linie mehr Freizeit", sagte Wenzel. Auch denke der Bundeswehr-Verband an einen finanziellen Ausgleich wie im übrigen öffentlichen Dienst.

Papst spricht vom „gerechten Krieg"

dpa, Vatikanstadt

Als einen „gerechten Krieg der Verteidigung" gegen einen „ungerechtfertigten Angriff" hat Papst Johannes Paul II. den Widerstand der Polen gegen Angriffe aus West und Ost bezeichnet. Bei einer Messe für Pilger aus seiner Heimat erinnerte er an die Invasion Polens durch die deutschen Truppen am 1. September 1939 mit den Worten: „Wir haben uns gebeugt vor den übermächtigen Kräften, die vom Westen aus angegriffen haben und die dann vom Osten kamen. Aus dieser Niederlage haben wir aber das Bewußtsein eines moralischen Sieges gewonnen." Die Polen hätten bei der damaligen Bedrohung der internationalen Ordnung als erste die Fähigkeit gezeigt, bis zum Preis der eigenen Niederlage Widerstand zu leisten. Mit seiner Formulierung des „gerechten Krieges" griff Johannes Paul erstmals ein in der Kirche umstrittenes Prinzip auf und nannte die Bedingungen dafür.

DER KOMMENTAR

Rätsel

HEINZ HECK

Alles halb so schlimm, könnte man bei der Lektüre der beiden Gutachten über den Ausstieg aus der Kernenergie denken. Bei allen Unterschieden im Detail ist dieser Tenor unverkennbar. SPD und Grüne werden sich ob dieser Argumentationshilfe die Hände reiben. Im Bundeswirtschaftsministerium und andernorts sind die Argumentationsnöte bereits heute unverkennbar. Ist von dem – gerade langfristig erwarteten – Kostenvorteil der Kernenergie gegenüber fossilen *Energieträgern nichts* geblieben, von den Umweltwirkungen ganz zu schweigen?

Die zentralen Aussagen der beiden Institute werden die Diskussion der nächsten Wochen stimulieren. Ob sie sie auch beherrschen, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, was an Argumenten und Gegenargumenten eingebracht wird. Stichworte liefert vor allem die internationale Entwicklung. Gerade die Drosselung der Energienachfrage in den Industrieländern durch verstärkte Einsparung und der erhöhte Kernenergieeinsatz haben die Opec nach der zweiten Ölpreisexplosion 1978/9 etwas unsanft auf den harten Boden der Tatsachen zurückgeholt.

Wenn das RWI nun schreibt, daß „angesichts des Überangebots auf den internationalen Energiemärkten die Beschaffung der zusätzlichen Mengen an Kohle, Gas und Öl sowohl kurz- als auch langfristig relativ problemlos" erscheint, so ist das neu. Ob es stimmt, weiß man erst später. Es erscheint *aber schon heute nicht ratsam,* sich darauf zu verlassen und sich möglicherweise einem erneut auflebenden Erpressungspotential der Opec und anderer auf Gedeih und Verderb auszuliefern.

Das RWI schließt auch in seiner überraschend optimistischen Prognose „Preisreaktionen" nicht aus. Im Klartext heißt das: Zu Lasten der Dritten Welt, von zwei Ölpreisexplosionen ohnehin stärker gebeutelt als die reichen Industrieländer, kaufen wir die Märkte leer.

Vogel will SPD-Beschlüsse in Gesetzentwürfe umsetzen

Zweite Lesung zur Montan-Mitbestimmung angekündigt

DW. Bonn

SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat angekündigt, den auf dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokraten beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie noch in diesem Jahr im Bundestag in konkrete Gesetzesinitiativen umzusetzen. Die SPD-Fraktion werde Gesetzentwürfe zur Änderung des Atomgesetzes und des Energiegesetzes vorlegen, mit deren Hilfe der schrittweise Ausstieg eingeleitet werden könnte.

Darüberhinaus kündigte Vogel an, auf einer zweiten Lesung des SPD-Gesetzentwurfs zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung zu bestehen. Damit solle Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm und den anderen Mit*gliedern der CDU-Sozialausschüsse Gelegenheit gegeben werden, ihre Versprechen einzulösen, das Auslaufen der Montan-Mitbestimmung zu verhindern. Außerdem werde die SPD die Regierungskoalition erneut mit einem Gesetzentwurf konfrontieren, der die vor 1921 geborenen sogenannten Trümmerfrauen in die Regelung zur Anerkennung der Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung einbezieht.

Die erste Lesung des Bundeshaushalts 1987 in der kommenden Woche im Bundestag wollen die Sozialdemokraten nach den Worten Vogels zu einer „Generalabrechnung" mit der Bundesregierung nutzen. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) werde das Hauptziel der Angriffe sein. Stoltenberg lasse sich noch immer als sparsamer und solider Hausvater feiern, obwohl er der Exponent einer ungerechten Finanzpolitik sei.

In den noch verbleibenden Monaten bis zur Bundestagswahl im Januar werde die SPD die Koalition und insbesondere die FDP zwingen, in der Südafrika-Frage bei einer namentlichen Abstimmung im Bundestag Farbe zu bekennen.

Zur geplanten Eindämmung des Asylantenstroms deutete der SPD-Fraktionsvorsitzende an, daß sich seine Partei nach Klärung einiger Fragen an der von Bundeskanzler Helmut Kohl für den 25. September einberufenen Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder beteiligen, *eine Grundgesetzänderung* aber weiter strikt ablehnen wird.

EKD: Recht auf Asyl nicht ändern

DW. Hannover

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) lehnt eine Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes ab, der politisch Verfolgten ein Asylrecht garantiert. In einer Grundsatz-Erklärung verweist sie auf die historische Verwurzelung des Asylrechts „in den Verfolgungserfahrungen unter nationalsozialistischer Herrschaft".

Die EKD warnt davor, „den humanen Anspruch der Verfassung im Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen zugunsten anderer Interessen zu reduzieren". Wenn immer wieder, auch durch politische Mandatsträger, von massenhaftem Asylmißbrauch geredet werde, habe dies negative Auswirkungen, heißt es in dem Papier.

Seite 8: Warnung vor Änderung

Neuer Mann bei der WELT

DW. Düsseldorf

Helmut Breuer (47), erfahrener journalistischer Beobachter in Nordrhein-Westfalen, ist als landespolitischer Korrespondent der neue Mann im Düsseldorfer WELT-Büro. Der Journalist war in den vergangenen zwölf Jahre der verantwortliche Redakteur für die nordrhein-westfälische Landespolitik bei der in der Landeshauptstadt erscheinenden „Rheinischen Post". Helmut Breuer, der an den Universitäten Köln, Bonn und Berlin Politische Wissenschaften, Germanistik und Geschichte studierte, hat bei der „Neuen Ruhr Zeitung" in Essen das journalistische Handwerk erlernt. Er löst bei der WELT Wilm Herlyn ab, der als Geschäftsführender Redakteur zur „Bunten" nach München gewechselt ist.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rastatt gibt keine Ruhe

Von Harald Günter

Baden-Württembergs SPD vertritt als „neue Badenfrage" die These von der Benachteiligung der westlichen Landesteile – aber sie kritisiert den Stuttgarter Regierungschef Lothar Späth, weil er 140 Millionen Mark Steuermittel mobilisiert, um eine Industrieansiedlung abzusichern, die der strukturschwachen Region um Rastatt einen gewaltigen Stellenschub verheißt. Die Mittelstandsvereinigung der CDU dagegen kritisiert die Untertürkheimer Konzernleitung, weil sie die Millionen für die Umwandlung der sumpfigen Rheinauen in erschlossenes Bauland gefordert hat und auch anzunehmen bereit ist. Insbesondere „unter dem christlichen Aspekt des unternehmerischen Lebens" verbiete sich solches Verhalten von selbst.

Die Beschwerde der SPD ist insofern wohlfeil, als Daimler-Benz auf dem freien Markt des Föderalismus nach dem günstigsten Angebot griff – und der Versucher, der die Firma aus ihrem angestammten Ländle zu locken suchte (wobei dafür ein deutlich größerer Betrag als Späths Millionen im Raum stand), das SPD-regierte Bremen ist. Was Späth von seiner Opposition zu hören bekommen hätte, wenn er ordnungspolitisch festgeblieben und die Entscheidung dann nicht für Rastatt, sondern für Bremen gefallen wäre, läßt sich unschwer ausmalen.

Zumal dann nicht nur jene 7000 Arbeitsplätze verloren gewesen wären. Baden-Württemberg müßte obendrein eines der Bremer Fördertöpfchen, nämlich die aus der Körperschaftssteuer gespeiste Investitionszulage, selbst auffüllen, weil der Firmensitz Stuttgart ist.

Bleibt die Frage, wie weit die Länder und Gemeinden ihren Subventionswettlauf noch treiben wollen. Was in manchen früheren Fällen ganz sinnvoll schien zur Stärkung benachteiligter Regionen, erreicht mitlerweile orientalische Dimensionen. Beschert uns der Föderalismus außer der KMK (Kultusministerkonferenz) demnächst die GKK (Gießkannenkoordinierungskonferenz)? Solche Sachen nützen übrigens den beteiligten Firmen nicht immer; Daimler-Benz, die Firma mit dem traumhaften Image, ist ins Gerede gekommen. Ob das die 140 Millionen wert sind, muß die Konzernleitung wissen.

Gewerkschafts-Demokratie

Von Wilhelm Furler

Noch vor wenigen Wochen hätte sich niemand vorstellen können, daß eine übergroße Mehrheit der Gewerkschaftsdelegierten auf dem TUC-Jahreskongreß in Brighton dem Demokratisierungsprozeß ihre Stimme geben würde. Schließlich wird ja die neue Gewerkschaftsgesetzgebung der Regierung Thatcher von nahezu allen Gewerkschaften bis aufs Messer bekämpft. In diesem neuen Gewerkschaftsrecht wird unter anderem vorgeschrieben, vor dem Ausrufen von Streikaktionen geheime Urabstimmungen abzuhalten.

Weil in der britischen Politik so häufig von einem Extrem zum anderen gelebt wird, muß natürlich das „Anti-Gewerkschaftsrecht", wie sich der TUC ausdrückt, nach einem Wahlsieg der oppositionellen Labour-Partei wieder völlig abgeschafft und durch ein eigenes „Arbeitsrecht" ersetzt werden. Das Erstaunliche an der Abstimmung in Brighton ist nun, daß in dieses „Arbeitsrecht" von Labour und TUC die Verpflichtung zur Abhaltung von Urabstimmungen vor Streikaktionen praktisch aus dem bestehenden Thatcher-Gewerkschaftsrecht übernommen werden soll.

Noch vor dem TUC-Kongreß hatte alles danach ausgesehen, als würden diejenigen Gewerkschaften die Oberhand behalten, die in einem Eingriff von außen, durch welche Regierung auch immer, etwa durch gesetzlich vorgeschriebene Urabstimmungen, eine Verletzung gewerkschaftlicher Demokratie sahen. Wohin dieses selbstgezimmerte gewerkschaftliche Demokratieverständnis führen konnte, wurde besonders am einjährigen Bergleute-Streik deutlich, als Gewerkschaftsführer Arthur Scargill seinen Kumpeln eine landesweite Urabstimmung bis zum letzten Tag verweigerte.

Das mag zum Umdenken verholfen haben. Doch unbestreitbar ist es auch ein Verdienst der Regierung Thatcher, deren Gewerkschaftsgesetzgebung den Gewerkschaftlern neue Rechte verschaffte, die so selbstverständlich sind, daß sie nicht mehr abgeschafft werden können. Wie TUC-Chef Norman Willis in Brighton so richtig sagte: „Die Urabstimmungen müssen bleiben, weil unsere Mitglieder sie bevorzugen."

Kunst und Sitte

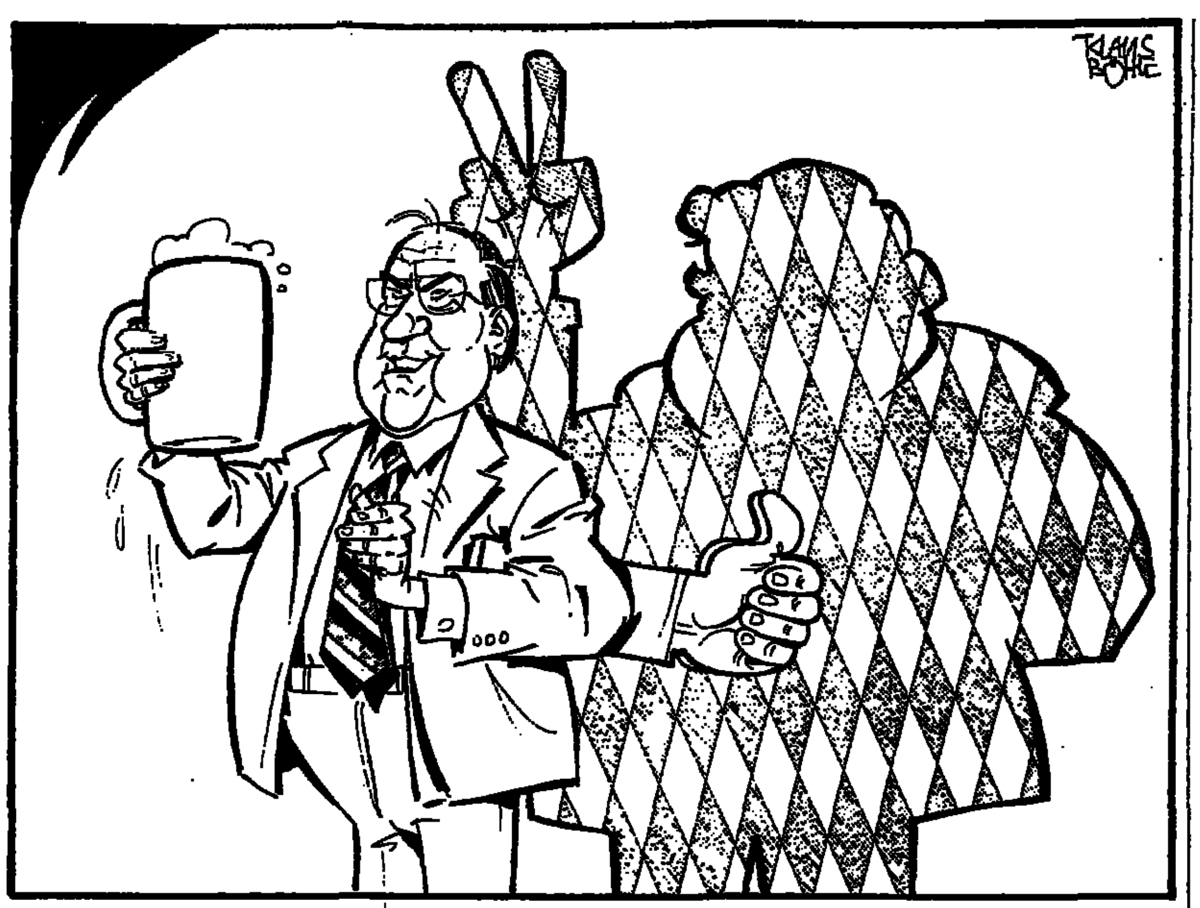
Von Günter Zehm

An sich klingt es sehr würdig und vernünftig, was Peter Ludwig über das „Tabu" gegenüber der Kunst zwischen 1933 und 1945 zu sagen hat. „Ebensowenig, wie die gegenwärtige Kunst und Kultur an der Elbe aufhört, hat sie nicht plötzlich 1933 aufgehört", erklärte der Kunstsammler und Mäzen einer Nachrichtenagentur. So etwas zu glauben oder anderen einzureden, sei die Unart einer „absolut konformistischen Gesellschaft, deren vielgepriesene Liberalität enge Grenzen hat".

In der Tat gab es nach 1933 in Deutschland noch zahlreiche gute Künstler, die unbehelligt weiterarbeiten durften und auch in München ausstellten. Von den Bildhauern seien neben Breker nur Gerhard Marcks, Hans Wimmer oder Richard Scheibe genannt, Karl Albiker, Georg Kolbe oder Fritz Klimsch. Bei den Malern ragt der religiös gestimmte Wilhelm Geyer hervor. Aber auch Max Kaus oder Herbert Böckl schufen interessante Werke, Heinrich Nauen, Leo von König, Werner Scholz, Hermann Teuber. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Alle diese Künstler zu tabuisieren, nur weil sie im Deutschland der dreißiger Jahre von sich reden machten, wäre im höchsten Grade illiberal, ja barbarisch. Es geschieht übrigens auch gar nicht generell, und wo es nach 1945 zum Teil geschah, wird es heute immer häufiger durch Ausstellungen revidiert und wiedergutgemacht. Keine Wiedergutmachung darf freilich vergessen machen, welche Verheerungen die NS-Kunstpolitik seinerzeit anrichtete. Ganze Richtungen wurden verboten, viele großartige Künstler verfemt und verfolgt. Mittelmäßige oder gänzlich nichtswürdige Karrieremacher kamen nach oben und verfälschten das freie Spiel der Stile und Vorlieben.

Ganz ähnlich verhält es sich übrigens heute in der „DDR". Willi Sitte, der dortige Kunstpräsident, ist ein ehemaliger Meisterschüler des Göring-Favoriten Paul Mathias Padua und in der Unterdrückung mißliebiger Kollegen wohlbewandert. Niemand macht Ludwig zum Vorwurf, daß er auch diesen Sitte ausstellt. Wenn der große Sammler allerdings, um Sitte und seinesgleichen zeigen zu können, Auflagen von drüben akzeptiert und sich zum Schaden der dort unterdrückten Künstler in die Machenschaften der SED-Kunstpolitik verstrickt, dann wird er kritikabel. Denn das ist dann nicht mehr Liberalität, sondern genau das Gegenteil.



Weiter so KLAUS BÖHLE

Auf wen es ankommt

Von Enno v. Loewenstern

Ein wenig kurios klingt es ja schon, daß die CDU jetzt treuherzig verkündet, sie werde den Bundeskanzler als Mittelpunkt ihres Wahlkampfes dem Herausforderer entgegenstellen. Ja, wen oder was denn sonst – das Programm etwa? Die beliebte Alternative „Programme oder Personen" ist absurd. Man wählt eine Partei, weil man ihre Politik will, aber man wählt sie nur (oder sagen wir: ein mehrheitverschaffender Prozentsatz wählt sie nur), wenn die Person an der Spitze zu gewährleisten scheint, daß diese Politik auch richtig durchgehalten wird. Die alte Parole „Auf den Kanzler kommt es an" stimmt schon.

Nun gab es auch früher gelegentlich Tendenzen in der Union, den Spitzenmann hinter einem Programm oder in einer „Mannschaft" zu verstecken. Das führt regelmäßig in die Niederlage, weil es von den Wählern als Schwächezeichen aufgefaßt wird. Gerade die Union neigt dazu, gute Absichten und gute Leute schlecht zu verkaufen, während die Linke, gleichviel, wen oder was sie zu bieten hat, es immer mit dem Brustton der Überzeugung tut. So hat der eine oder andere Stratege auch von Kohl geflüstert, dieser „komme in den Medien nicht gut an" und sollte daher nicht zu deutlich ins Feuer gestellt werden. In den Frühsommertagen ging auch die Spekulation um, vom politischen Gegner freudig geschürt, die Union schnitte vielleicht besser mit Stoltenberg ab als mit dem in den Umfragen erheblich tiefer angesiedelten Kohl.

Was diese Strategen übersehen, ist die Erfahrung, daß bei der Medienkonstellation in dieser Republik – insbesondere auf dem elektronischen Feld – auch der Erzengel Gabriel als Spitzenkandidat der Union Federn lassen müßte. Noch kein einziger Kanzler oder Kanzlerkandidat der Union hat jemals ein freundliches Medienklima gehabt, schon gar nicht der neben Bismarck größte Politiker der deutschen parlamentarischen Geschichte, Adenauer. Ihm wurde alles mögliche nachgeredet vom angeblichen Verrat an der Wiedervereinigung aus katholischer Abneigung gegen die Mitteldeutschen bis zum angeblich primitiven Wortschatz.

Natürlich geriete Stoltenberg, träte er an die Spitze der Union, genau so ins Feuer der Schlammschleudern wie Kohl heute; wie man das macht, zeigte vor Jahren die NDR-Sendung „Panorama", als sie Stoltenberg als den gegen Kohl angeblich weniger elegant Gekleideten herabzusetzen suchte. Umgekehrt hat der Kandidat der Linken immer das freundliche Medienklima. Man wagt nicht, sich einen CDU-Kanzlerkandidaten vorzustellen, der sein Bundesland in hohe Verschuldung („Mexiko", „Polen") geführt hat, der die Arbeitslosenzahlen im Herzen des deutschen Industriegebiets steigen ließ, der unhaltbare sozialpolitische Versprechungen macht, der nicht zur sachlichen Auseinandersetzung mit seinem Gegner im Bundestag erschien – was gäbe das für Titelgeschichten in den einschlägigen Wochenblättern.

Jedoch ist das Thema Stoltenberg mittlerweile erledigt: nicht, weil Stoltenberg nicht – auch – ein vorzüglicher Spitzenmann wäre, sondern weil Kohls Autorität inzwischen unumstritten ist. Man kann den Umschwung genau datieren, nämlich auf jenen 15. Juni, als die Koalition die Niedersachsen-Wahl gewann. Sie war vom politischen Gegner als eine Art Teil-Volksabstimmung gegen Kohl propagiert worden. Und genau als das durchdrang, trat der Umschwung zugunsten der Union ein. Seither steht die Union, nach den Pleiten im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, wieder als eine Partei da, die gewinnen kann. Und zwar mit Kohl, wenn nicht sogar: wegen Kohl.



Erfreuliche Umfrageergebnisse: Kohl FOTO: KUCHARZ

Seither zeigt diese Partei Selbstbewußtsein. Das schlägt durch auf die Umfragen; nach Allensbach hat nun auch das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen im Wege der Sonntagsfrage festgestellt, daß die Union mit 45 Prozent und die FDP mit sieben Prozent derzeit eine klare Mehrheit haben. Dafür krebsen die Grünen derzeit um die sechs Prozent. Und zum Nachteil der Opposition klafft eine Diskrepanz zwischen den Antworten auf die Frage „welche Partei bevorzugen Sie?" und „wie würden Sie wählen?" (wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre). Die SPD wird von 43 und die Grünen werden von acht Prozent „bevorzugt"; wenn es aber ans Wählen geht, also an die Vernunft, dann sind es jeweils zwei Prozentpunkte weniger: 41 bzw. sechs.

Dramatisch sieht es insbesondere bei der Klima-Frage aus: 62 Prozent erwarten einen Sieg der Koalition, nur 33 Prozent glauben an einen Sieg „der Oppositionsparteien", nämlich „SPD und Grüne". Die Frage, wie viele an die absolute Mehrheit der SPD glauben, wurde anscheinend erst gar nicht gestellt.

Man sieht, wie sich das Erwartungsklima (nach aller Erfahrung ein wichtiger Faktor) und das Selbstbewußtsein der bevorzugten Partei gegenseitig inspirieren. Daraus folgt auch, daß der mögliche Negativeffekt solcher Umfragen (daß die führenden Parteien an Kampfeseifer nachlassen) unter Umständen mehr denn kompensiert wird durch den Zugewinn an Selbstvertrauen. Die Siegeserwartung für die Koalition ist „seit Tschernobyl" unablässig gestiegen; im Mai lautete sie noch 41 zu 49 Prozent zugunsten „der Oppositionsparteien". Damals hatten die Grünen noch einen „Bevorzugungs-Wert" von zwölf Prozent.

Pessimisten neigen zu der angstvollen Deutung, daß die Zukunft der Republik also von unsteuerbaren Zufällen wie etwa einem Kernkraftunglück in einem anderen Land abhänge. Das ist wohl zu pessimistisch. Sogar im Mai, am Höhepunkt der Aufregung, wurde die Sonntagsfrage mit 50 : 50 beantwortet. Nach den ZDF-Erkenntnissen ist „entscheidend ... vor allem die gute Beurteilung der wirtschaftlichen Lage". Leistung zahlt sich also aus; und wenn man sie gar selbstbewußt und geschickt verkauft, gibt sie den Ausschlag.

IM GESPRÄCH Robert Mugabe

Abrüstung und Kampf

Von Volker S. Stahr

In Zimbabwe hat Robert Mugabe (62) seine Macht gesichert. In Afrika ist er einer der Wortführer. Mit seiner Wahl zum Vorsitzenden der Blockfreien schickt er sich an, auch über Afrika hinaus eine feste Größe zu werden.

Mugabe versteht es meisterhaft, mit den Massen umzugehen: Sie zu lenken, sie aufzuputschen und wieder zu besänftigen. Er weiß seine Highlights zu setzen und hat Charisma. Aber auch auf diplomatischer Bühne glänzt er. Rhythmik und Volkstümlichkeit weichen dann dem scharfen Argumentieren des geschulten Intellektuellen. Seine Standardthemen: Er prangert die „noch immer währende Abhängigkeit des afrikanischen Volkes" an, spricht von „Imperialismus" und dem „fortdauernden Kolonialismus".

Robert Mugabe ist der Sohn eines armen Tagelöhners und besuchte eine Missionsschule. Er studierte in Südafrika und wollte Lehrer werden. Aber in Ghana prägte ihn Kwame Nkrumah mit seinen Ideen von der „Befreiung des afrikanischen Volkes", der Blockfreiheit und dem „afrikanischen Sozialismus".

Ghana wurde als erster schwarzafrikanischer Staat 1957 unabhängig. Rhodesien ist der letzte in Mugabes Sicht, weil er die „einseitige Unabhängigkeit" der Weißen von 1965 anders sieht. Damals war Mugabe bereits im Exil. Er ist jahrelang in rhodesischen Gefängnissen gesessen. 1974 kehrte er an der Spitze der „Zimbabwe-Volksarmee" zurück, um den Guerrillakampf zu führen. Als seine Philosophie erklärte er die Lehre, es reiche nicht allein, die Staaten Afrikas in die Unabhängigkeit zu führen; man müsse die Menschen Afrikas unabhängig machen. Die Praxis sieht so aus, daß er Zimbabwe unter die Fuchtel einer marxistischen Einheitspartei und die Stämme mit blutigen Gewaltmitteln unter die Vorherrschaft seines Volkes der Schona zwingt.

1980 wurde er mit absoluter Mehrheit erster Premier Zimbabwes. Den



Den Platz in der Geschichte sichern: Mugabe FOTO. CBBS

Wahlkampf hat er mit marxistischen Parolen geführt. Mit den Weißen hat er sich arrangiert: Viele sind zwar gegangen, aber viele auch geblieben.

Seine Antrittsrede als Vorsitzender der Blockfreien lag weitgehend auf der sowjetischen Linie: „Abrüstung" einerseits und „bewaffneter Kampf" andererseits; einerseits zwar „Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und Kambodscha", andererseits aber: die Blockfreien unterstützten auch „gerechte und legitime Revolutionen" gegen Regierungen wie in – El Salvador. Ganz richtig: kommunistischer Untergrundkampf gegen eine demokratisch gewählte Regierung ist die Aufgabe der Blockfreien in Mugabes Sicht. Da können die Sowjets mit etwas Verbalkritik an ihrer Kolonialpolitik leben.

Wie viele Intellektuelle ist auch Mugabe empfindlich und distanziert. Er gibt sich zwar als Volkstribun, stets aber liegt eine fühlbare Distanz zwischen ihm und den Massen. Er steht über ihnen, und er stellt sich auch über sie. Der Personenkult wird immer stärker – und ist gewollt. Alles, war er tut, ist darauf ausgerichtet, sich seinen Platz im Buch der Geschichte zu sichern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DEISTER- UND WESERZEITUNG

Das Hamelner Blatt meint zum Antikriegstag:

Es mag den DGB ehren, daß er – in Erinnerung an den großen Kriegsausbruch made in Germany vor 47 Jahren – wieder seinen Antikriegstag abhielt. Leider aber haben [illegible] gewerkschaftliche Redner ihre eigene Demonstration entwertet. Kaum irgendwo verlor einer der Arbeiterpazifisten ein Wörtchen über die Sowjetunion ... Den Vogel schoß Dieter Wunder von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ab (richtig, das ist die, der die Mitglieder in Scharen davonlaufen). Er setzte Friedensliebe schlicht mit antiautoritärer Erziehung gleich und mit einer „Erziehung gegen Konkurrenzdenken und Leistungskampf". Entlarvend. In diesem Gerede, das den Wettbewerb mit dem Krieg und Befürworter von Leistung und Konkurrenz mit Kriegstreibern identifiziert, spiegelt sich eben jene Intoleranz in makabrer Deutlichkeit, die der eigentliche Verursacher jenes Krieges vor 47 Jahren war.

Fuldaer Zeitung

Sie kommentiert die Lage der Solidarność:

„Solidarność" ist eben nicht tot, wie die Staatsorgane immer wieder zu suggerieren versuchen; sie hat zwar ihre Freiheit verloren, aber „sie besteht weiter und ist keine Sache der Vergangenheit". In dieser Aussage des Gemeindepfarrers Teofil Bogucki bei einer Messe am Grab des vom Geheimdienst ermordeten Geistlichen Jerzy Popieluszko ist der Kern des Problems zu finden: Eines Tages wird die Regierung nicht umhinkommen, mit den Anhängern der „Solidarität" zu reden, wenn sie wirklich Frieden und Versöhnung im eigenen Land anstrebt.

SÜDWEST PRESSE

[illegible] Blatt kritisiert Späths Daim[illegible]:

Au[illegible] stern [illegible] sich mit seiner Daimler-[illegible] sich in die Nesseln. In der CDU geht der Unmut weit über die Mittelstandsvereinigung hinaus, das Fähnlein der CDU-Sozialausschüsse, das ausrückte, um sich vor den Ministerpräsidenten zu werfen, ist ein bißchen zu klein, um Späth herauszupauken.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er ist nach Honeckers Leipziger Äußerungen pessimistisch zum Asylgespräch mit der „DDR":

Nichts spricht für eine rasche Lösung. Bonn beißt auf Granit mit der Forderung nach einem Stopp des nahezu uneingeschränkten Einschleusens von Asylbewerbern nach West-Berlin. Ost-Berlin beharrt auf Freizügigkeit bei der Ein- und Ausreise von Ausländern in einem Maße, das auf die DDR-Bevölkerung geradezu zynisch wirken muß.

Münchner Merkur

MÜNCHNER ZEITUNG

Das Blatt äußert sich zu den Zweifeln an den Beweisen gegen Khadhafi:

Ob die Beweise im jeweiligen Fall genügen, ist oft eine Frage der Urteilskraft. Natürlich legt Khadhafi seine Terrorbefehle nicht schriftlich beim Notar nieder. Er ruft in der Regel aber öffentlich zu Aktionen auf. Wenn diese dann stattgefunden haben, beteuert er treuherzig seine Unschuld. Wer will, kann ihm das glauben. Und manche Politiker wollen.

Nicht der Mörder ist schuld, sondern die Meldung

Wie der Dohnanyi-Senat nach Krisen-Alibis sucht / Von Uwe Bahnsen

Zwei Monate vor der Bürgerschaftswahl des 9. November stolpert der Senat unter Klaus von Dohnanyi dem Wahltag in einer Art und Weise entgegen, die Mitleid erwecken kann. Während der neue alte Innensenator Alfons Pawelczyk buchstäblich bis zur Erschöpfung daran arbeitet, die Lage durch klare, harte Entscheidungen zu stabilisieren, finden sozusagen hinter seinem Rücken Dinge statt, die diese Bemühungen handfest konterkarieren. Auf dem Felde der inneren Sicherheit braucht die christdemokratische Opposition wirklich nur noch ihre politischen Mörser zu laden – die erforderliche Munition liefert Dohnanyis Landesregierung frei Haus.

Der Reihe nach: Kaum hatte die Regierungspartei den „Hamburger Kessel" vom 8. Juni in fast schon masochistischer Manier „aufgearbeitet", als das blutige Drama vom 29. Juli im Polizeipräsidium, die tödlichen Schüsse des Killers Pinzner, den Rücktritt der beiden Senatsmitglieder Rolf Lange und Eva Leithäuser auslöste. Seither ermittelt die Staatsanwaltschaft hinter einer faktischen Nachrichtensperre Tatbestände, die von Sachkennern als schlechthin unglaublich bezeichnet werden – das Maß an behördeninterner Schlamperei ist offenbar weitaus größer, als bislang angenommen werden mußte. Die Erregung über diesen Fall war noch nicht abgeklungen, als am vergangenen Wochenende in der Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel Schußwaffen und sechs Patronen gefunden wurden, die offenbar für einen Ausbruchsversuch mit Geiselnahme gedacht waren.

Die zuständige Justizbehörde rang noch um Worte, wie dieser Vorgang gegenüber der Öffentlichkeit zu behandeln sei, als am Montag vormittag in der Sozialtherapeutischen Anstalt Altengamme, einem Vorzeigeinstitut des offenen Vollzuges der vormaligen Senatorin Eva Leithäuser, bei der routinemäßigen Untersuchung einer Zelle ein Trommelrevolver mit aufgesetztem Schalldämpfer und zwölf Schuß Munition entdeckt wurden – versteckt im Kopfteil eines Bettes. Der „Besitzer", wegen gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung einsitzend, will die Waffe am Zaun des Anstaltsgeländes „gefunden" haben. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß der damalige Strafgefangene Werner Pinzner 1983 ebenfalls in den offenen Vollzug übernommen worden war und so nicht nur an Rauschgift, sondern auch an eine Schußwaffe für seine Mordtaten gelangte.

Das alles und dazu die soeben publik gewordene Absicht der Justizbehörde, die Strafverfolgung für Jugendliche und Heranwachsende pauschal und rigoros zu beschränken, beschäftigt in Hamburg die Gemüter staunender Bürger, die sich fragen, was in ihrer Stadt möglich ist. Die Gemüter der Journalisten hingegen beschäftigt darüber hinaus noch etwas Bizarres – die Antwort des Senats (wohlgemerkt der gesamten Landesregierung) auf die parlamentarische Anfrage eines CDU-Abgeordneten, der sich nach den Sicherheitsmaßnahmen bei Straftätern erkundigte, die in der geschlossenen Abteilung des Krankenhauses Ochsenzoll therapiert werden sollen.

Es ging um den Fall des mehrfachen Mörders Rainer Böde, der die Familie eines Zahnarztes umgebracht hat und der am 11. August verschwand. Interessant ist schon die Antwort des Senats auf die Frage nach dem (bisher vergeblichen) polizeilichen Fahndungsaufwand. Es haben nämlich „in der Zeit vom 12. 8. 1986 bis 20. 8. 1986 ... bis zu 4 Beamte insgesamt rd. 150 Std. nach dem Entwichenen gefahndet. Danach war zeitweilig ... ein Beamter eingesetzt."

Umwerfend aber ist, was Dohnanyis Rathauscrew auf die Frage des Christdemokraten nach der Gefährdung für Dritte mitzuteilen weiß, die von dem Verschwundenen ausgeht: Straftaten des „Untergebrachten" seien zum Zeitpunkt des Entweichens nicht zu erwarten gewesen; jedoch sei „nicht auszuschließen, daß der Entwichene im Verlauf der Fahndungsmaßnahmen insbesondere auch wegen der Darstellung seines Falles in der Presse in eine Situation geraten kann, in der er wiederum Straftaten begeht".

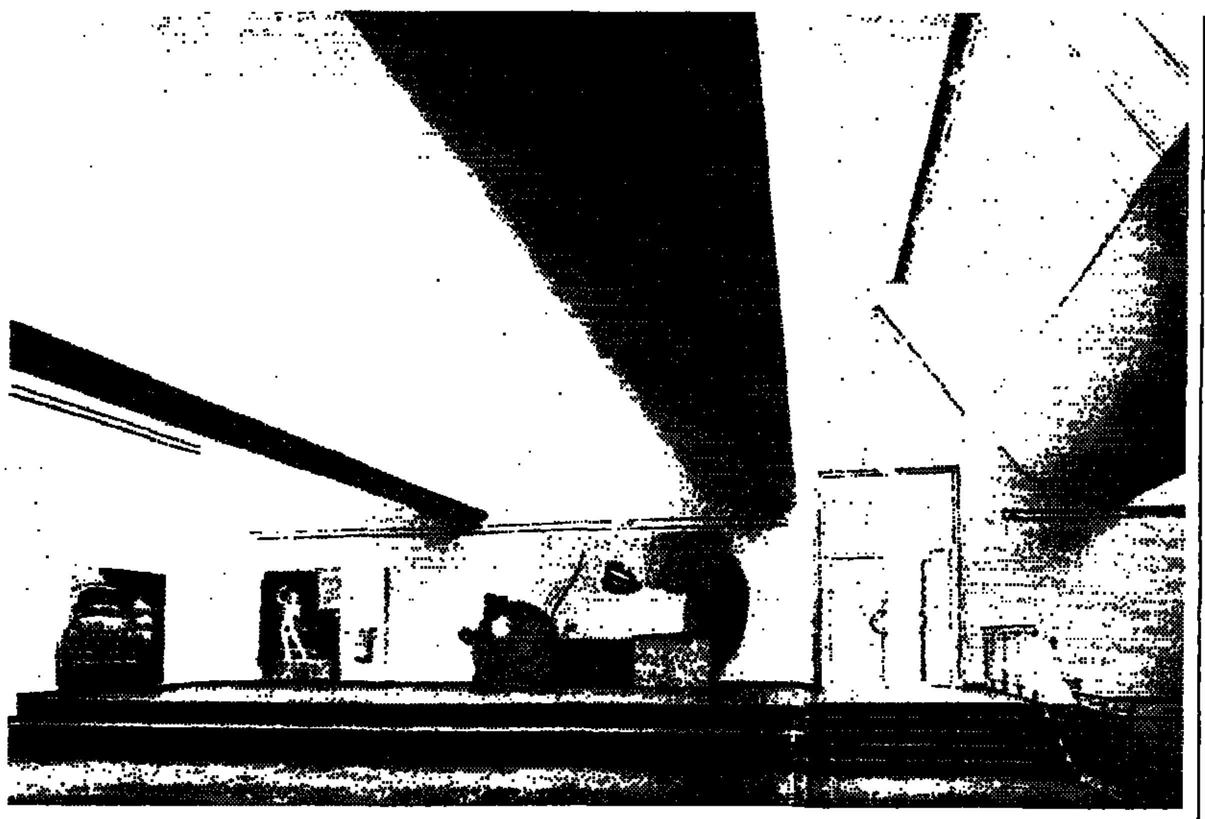
Also eine neue Variante des ehrwürdigen Alibi-Spiels: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld. Diesmal ist die Presse (wenigstens nicht die elektronischen Medien) schuld, falls der Mörder neue Verbrechen begeht. Nicht schuldig ist, folglich, die Behörde, die den „Untergebrachten" so schlampig unterbrachte, daß er zu neuen Taten ausbrechen konnte.

Die Absicht des Senats ist klar: Nicht nur soll die Öffentlichkeit durch eine Nachrichtensperre über das Ausmaß der diversen Sicherheitsskandale im unklaren gehalten werden, sondern die Rathausriege möchte die Zeitungen unter Druck setzen. Innensenator Pawelczyk kann unternehmen, was er will – die Wahlmunition seiner Senatskollegen für die CDU kann selbst er nicht mehr entschärfen.

Wer ins Museum kommt, soll in Malerei ertrinken

Auf Köln – seine Sammlungen, seine Museen, seine Galerien – richten sich in diesen Tagen die Augen der Künstler, Kunstfreunde und Museumsdirektoren. Und das Schönste: Man kann ihnen tatsächlich etwas bieten, das die Augen übergehen läßt. Am Samstag werden das Wallraf-Richartz-Museum und das Museum Ludwig für jedermann zugänglich sein.

Von REINHARD BEUTH



Das Museum Ludwig: Eine Augenweide für Kunst-Beschauer und Architektur-Kritiker FOTO: F. FISCHER

Die am Bau beteiligten Handwerker machten den ersten Rundgang, der Rat der Stadt Köln den zweiten und die Förderer und Freunde des Museums den dritten. Die Presse wurde geladen und dann die Künstler. Eine Woche lang dauern die Vorbesichtigungen: Die Kunst-Metropole am Rhein schwelgt.

Und man hat allen Grund dazu, denn der gewaltige Museumskomplex der Architekten Peter Busmann und Godfried Haberer, den die Stadt Köln in fünf Jahren für 204 Millionen Mark errichten ließ (plus 74 Millionen für die Philharmonie im Keller des Museums), befriedigt nicht nur die Architekturkritiker vollkommen (WELT vom 26. u. 30. 8.), sondern er ist auch auf eine so rundum geglückte Weise angefüllt worden, daß die Kunst-Beschauer geradezu begeistert sind. Eine Geschichte voll von Querelen, voll Streit und kölschem Klüngel, sie löst sich mit einem Mal auf zum strahlenden Happy-End.

Die Geschichte dieses Museums und seiner Sammlungen hat ja ihre Stolperdrähte. Sie begann anno 1824, als der Kanonikus Franz Ferdinand Wallraf seine Kunstsammlung testamentarisch der Stadt Köln vermachte unter der Auflage, ein Museum für diese Bilder – überwiegend mittelalterliche Malerei der Kölner Schule – zu bauen. 1855 hatte der Kaufherr Johann Heinrich Richartz dann zweimal *100 000 Taler gestiftet*, um den fälligen Bau endlich zu beginnen. Köln bekam eins der ersten ganz und gar bürgerlichen Museen auf der Welt. Die Sammlungen entwickelten sich durch Schenkungen und Ankäufe nicht besser und nicht schlechter als andere großstädtische Museen auch. Das war die Lage, als der Museumsbau 1943 den Bomben zum Opfer fiel, nachdem die Sammlung glücklicherweise komplett evakuiert worden war.

Als 1957 am alten Ort ein neues Museum vollendet ist (es wird demnächst als Kunstgewerbemuseum wiedereröffnet), hat die Kollektion ihr Gesicht verändert. Die Sammlung Haubrich mit ihrer großen Parade der Expressionisten ist hinzugekommen, setzt neben den mittelalterlichen Tafelbildern des alten Wallrafianums nach Umfang und Qualität einen zweiten bedeutenden Schwerpunkt, der herausragt aus dem repräsentativen Querschnitt durch die Epochen der Kunstgeschichte, den das Museum auf hohem Niveau bieten kann.

Kölns Lust an der Moderne ist neu geweckt. Die Verluste der von den Nazis als „entartet" entfernten Kunst müssen ausgeglichen werden. Spektakuläre Ankäufe werden unternommen, die der Kulturdezernent Kurt Hackenberg bei Mondrian oder Fontana gegen den Spott aus der Bürgerschaft durchsetzt. Galerien für zeitgenössische Kunst schießen in Köln aus dem Boden, der erste Kunstmarkt der Welt, inzwischen von Basel bis Chicago dutzendfach nachgeahmt, wird institutionalisiert. Da kommt im Oktober 1968 ein Geschenk auf die Stadt, so gewichtig, daß es zuweilen alles andere städtische Kulturwollen zu erdrücken droht.

Peter und Irene Ludwig, nicht nur über das Monheimische Imperium von Schokoladenmarken gebietend, sondern auch über eine raumgreifende und noch schnell wachsende Sammlung von Gegenwartskunst, offerieren den Kölnern große Leihgaben: vor allem die damals noch in frischer Blüte stehende amerikanische Pop-Art, Jasper Johns, Robert Rauschenberg, Andy Warhol, Roy Lichtenstein, Tom Wesselmann etc.

An die Leihgaben werden Bedingungen geknüpft, doch deren Erfüllung soll wiederum belohnt werden. Die Stadt Köln möge ein neues Museum bauen, lautet – wie einst bei Wallraf – eine Forderung. Der gesamte Museumsbestand des 20. Jahrhunderts, also auch alles, was längst in die Wallraf-Richartz-Sammlung integriert ist, wird umgetauft auf „Museum Ludwig". Peter Ludwig wiederum revanchiert sich mit der generösen Stiftung dessen, was bisher nur geliehen ist.

Ohne Museumsbau keine Stiftung

Die einen wittern gelinde Erpressung, Eitelkeit und darüber hinaus ein Danaergeschenk: Es koste die Stadt viel mehr, als es Nutzen bringe. Die anderen applaudieren Ludwig: Das sei der einzige Weg, auf dem man die Stadt zu großzügigen, sich langfristig auszahlenden Entscheidungen für die Kunst motivieren könne. Aber letztlich steht wohl doch der alte Bilderstreit dahinter, ob das, was das 20. Jahrhundert an Malerei hervorgebracht habe, erst recht die Malerei der *letzten Jahrzehnte, denn tatsächlich* „noch Kunst" sei. Da darf Köln ein gutes Gewissen haben: Es *ist* Kunst, zu der inzwischen wahre Pilgerreisen unternommen werden.

Ohne Peter und Irene Ludwig hätte es den stattlichen Museums-Neubau zwischen Dom und Rhein also nie gegeben – ohne ihre immer reichlicher fließenden Bildergaben allerdings wäre er auch nicht nötig geworden (wobei man freilich zwischen Sammlung Ludwig, Stiftung Ludwig und Museum Ludwig säuberlich zu unterscheiden hat). Rainer Budde, der Direktor des nunmehr auf die Zeit vom 13. bis zum 19. Jahrhundert gestutzten Wallraf-Richartz-Museums, mußte sich während der Bauzeit und Platzverteilung immer wieder zur Wehr setzen gegen die raumgreifenden Wünsche des Museums Ludwig, und er konnte sie nicht alle abwehren.



Die „Ziege" von Pablo Picasso ist nur eines von über 300 Kunstwerken, die Peter Ludwig dem Museum zur Verfügung stellt FOTO: AP

Nachdem die Ludwig-Sammlung schon im ersten Nachkriegsbau das Wallraf-Richartz-Museum gleichsam aus dem eigenen Hause verdrängt hatte, führte sie auch im Neubau so lange einen Platzkampf, bis den alten Beständen nicht einmal mehr *eine* der drei Etagen zugestanden wurde. Neben dem Tiefgeschoß und dem zweiten Stockwerk beansprucht das Museum Ludwig nun auch noch Räume der Beletage, in der sich das Wallraf-Richartz-Museum eingerichtet hat. Ganze Sammlungsstrecken des 19. Jahrhunderts, dazu gehört etwa die *Genremalerei von Künstlern wie* Vautier, Defregger und Uhde, bleiben weiterhin ins Depot verbannt.

Aber natürlich gehört auch das Wallraf-Richartz-Museum zu den Gewinnern des Neubaus, der durch die Integration von Philharmonie im Keller (Eröffnung am 14. September), von Cinemathek, dem Agfa-Foto-Historama und der Museumsbuchhandlung König eine Art Kulturzentrum geworden ist und als Cafeteria Kölns schönstgelegenes Restaurant anbieten kann.

Die Foto-Sammlung Gruber zum Beispiel, die zur Museumseröffnung noch einmal durch eine Schenkung bereichert wurde, fristet kein Eremitendasein als graphisches Kabinett, sondern ist völlig integriert in die Bestände des Museums Ludwig. Und *auch alte und neue Kunst vertragen* sich eben gar nicht so schlecht. Im Treppenhaus begegnen sie sich als Nachbarn: in der wohl erstaunlichsten Museums-Installation eines Neubaus überhaupt.

Bei den Kölnern hängt die Kunst tatsächlich im Treppenhaus. Hier, an den haushohen Wänden, haben Großformate Stellung bezogen, nebeneinander und übereinander. Murillo, der Spanier des 17. Jahrhunderts, ragt so hoch auf, daß er Andy Warhol und Roy Lichtenstein ins Wohnzimmer schauen kann. Rubens und Jordaens haben sich zu Füßen der „Taucher" von Fernand Léger niedergelassen.

Der Dom wird durch die Fenster ins Museum geholt

Wer ins Museum kommt, soll gleich in Malerei ertrinken. Sie braut sich über seinen Köpfen zusammen (darunter auch eine *an diesem* Platz überbewertete gigantische Arbeit eines Kölner Lokalmatadors) und ergießt sich zu seinen Füßen ins Untergeschoß. Das Panorama von Altem und Neuem ist mit einem Blick ausgemessen.

Anders als die Museumsneubauten in München (von Brancas Neue Pinakothek), Stuttgart (Stirlings Staatsgalerie-Erweiterung) und Düsseldorf (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen), die alle auf bestimmte Epochen der Kunstgeschichte hin dimensioniert sind, holte Köln noch einmal aus zu jenem enzyklopädischen Entwurf eines Museums für die Malerei vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Das ist gar ein heimliches Treue-Bekenntnis zum bürgerlichen Bildungsideal, wie es aus der sonst eher laxen Domstadt fürwahr überrascht.

Der Dom: Er wird gleichsam durch die Fenster ins Museum geholt, und zwar genau dorthin, wohin er auch gehört. Die Räume der mittelalterlichen Malerei *sind* allesamt zum streng gotischen Chor der Kathedrale geöffnet, also genau jenem Teil, der tatsächlich schon im 13. Jahrhundert gebaut wurde. Stefan Lochner, der Meister der Ursula-Legende oder jener des Bartholomäus-Altares: Sie genießen hier die Gegenwart jenes auf die Erde geholten „himmlischen Jerusalem", das gotischer Kathedralenbau anstrebte.

Und noch eine gute Idee: Bei der Installation der Mittelalter-Abteilung hat man die Flügelaltäre endlich von der Wand genommen, sie auf schlichte, industrielle Träger in die Mitte der *Räume gestellt, so daß* man auch die bemalten Rückseiten der Flügel betrachten kann. Das Mittelalter, sonst doch oft nur die trauernde akademische Abteilung eines Museums, wird in Köln geradezu spannend inszeniert.

Spannend wird auch sein, wie es am anderen zeitlichen Ende dieses Museums weitergeht. Denn nach dem Feuerwerk, das die Ludwig-Stiftung mit der amerikanischen Pop-Art der sechziger Jahre als Schlußpunkt hinter den exzessiv gesammelten russischen Konstruktivisten und der erlesenen Picasso-Kollektion zündet, folgen Verlegenheiten und betretenes Schweigen. Arte povera hat man offenbar zu sammeln vergessen, Minimal Art kommt in seltsamen Verzerrungen vor, konzeptuelle Kunst ist lieblos in ein paar Nebenräume des Kellers gesteckt worden. Und während fast alle Bilder, die es nötig hatten, während der Umzugszeit saubergemacht wurden, erkennt man hier *die alten, aber doch nicht liebgewor*enen Dreckflecken wieder.

Die Darstellung neuerer deutscher Malerei konzentriert sich über Gebühr auf Baselitz. Nicht einmal einen wirklich vorzeigbaren Beuys kann man bieten. Der Mut zur Lücke, den jede Sammlung braucht, verkehrt sich im Museum Ludwig am Ende zur Mutlosigkeit angesichts der Tatsache, daß man beim Sammeln die Richtung verloren hat.

Die verliert man beim Museumsrundgang nie. Denn man wandert wie über Straßen und Plätze, und immer wieder lassen weiträumige Durchblicke und Ausblicke auf die Umgebung *mit Dom und Rhein* Orientierungen zu. Räumlich oder geistig, je nachdem. „Köln, ab September" wirbt zur Zeit weltweit ein Plakat, das die in der Morgensonne goldglänzenden Shed-Dächer des Museums vor dem gotischen Maßwerk des Domes zeigt. Es wirbt für Köln. Aber wohl mehr noch für ein altes und ein neues *Glanzstück deutscher Kultur*, mit denen Köln vor die Welt hintreten kann.

„Wir sind in Leipzig, da nehmen wir alles"

Messezeit, das ist für viele Leipziger auch Gelegenheit, etwas nebenher zu verdienen. Die Partei drückt bei diesem kapitalistischen Treiben die Augen zu.

Von DIETER DOSE

Die Straßenmusikanten, Bänkelsänger und Breakdancer, Farbtupfer in der Leipziger Innenstadt, haben reichlich Publikum. Münzen in beiden deutschen Währungen fliegen in ihre Hüte oder in die als Kasse dienenden leeren Geigenkästen.

Broterwerb freilich ist das nicht für die im Gammellook auftretenden Gruppen. Die Gage zahlt das Messeamt, das sie zur gegenwärtigen Herbstmesse engagiert hat, um dem angestrebten weltstädtischen Flair rund um die Messe und Geschäftsabschlüsse neue Akzente zu geben. Wenn die Messestände am Wochenende schließen, verschwinden die jungen Leute wieder in der Anonymität ihrer Volkskunstensembles.

Dem ehemaligen „DDR"-Außenhandelsminister Sölle wird nachgesagt, daß er schon vor zwei Jahren Leipzigs sozialistischen Stadtvätern empfohlen hat, sich doch mehr an der Atmosphäre westlicher Messeplätze zu orientieren. Davon, daß die Anregung auf fruchtbaren Boden fiel, zeugen auch die vielen neuen hübschen Straßencafés und gemütlichen Kneipen.

Messe, zweimal im Jahr, ist Alltag mit besonderem internationalen Fluidum. Für einige tausend Leipziger der schönste Alltag im Jahr, weil sich viele Möglichkeiten für kleine oder *größere Nebenverdienste bei den* rund 6000 Ausstellern aus 40 Ländern bieten. Ganze Geschwader von Reinemachefrauen, Sekretärinnen, Schreibkräften, Hostessen usw. sind gefragt.

Gisela M., Empfangsdame am Stand einer Stuttgarter Firma, opfert dafür sogar den Urlaub. Vermittelt und bezahlt wird sie vom Messeamt – Stundenlohn 1,83 Mark Ost, während der Aussteller pro Stunde für seine Mitarbeiterin 24 Mark West an die Staatsbank der „DDR" überweist ...

Aber gerade bei den westlichen Ausstellern bietet die Messe-Nebentätigkeit so manche kleinen Vorteile, auch wenn alle, einschließlich der Putzfrauen (Stundenlohn 2,80 Mark), „vergattert" werden, zum Beispiel kein West-Geld anzunehmen. Aber danach richtet sich niemand. „Wir sind in Leipzig, wir nehmen alles", nimmt das Kabarett „Akademixer" den real existierenden Sozialismus auf die Schippe.

Das Privatauto wird zum Messe-Taxi

Zweimal im Jahr montiert Bauschlosser Heinz R. an seinen Wartburg das Schild „Taxi" – so wie einige hundert Leipziger auch, die mit offizieller Genehmigung den Privatwagen während der Messe zur Kraftdroschke umfunktionieren. „Es lohnt sich", sagt der junge Mann, der immer, wenn sich die Tore des Messegeländes öffnen, damit beginnt, in seinem Betrieb gemachte Überstunden abzubummeln. Denn in Leipzig – wie überall in der „DDR" – gibt es viel zu wenige Taxis. Immer noch werden auch die Fahrpreise über den Daumen oder nach Kilometertabelle berechnet – Taxiuhren sind noch kein Posten im Fünfjahresplan.

„Ich darf keine Summe nennen, geben Sie mir, was sie denken", sagen die sogenannten „Schwarzfahrer", die ohne Genehmigung, aber ganz offensichtlich stillschweigend geduldet am Rande der großen Messegeschäfte ihr privates „Soll" beim Transport der Messebesucher erfüllen. So wie einige tausend Familien, die während der Messe zur Oma ziehen oder in der Küche auf Luftmatratzen schlafen, um die gute Stube plus Ehebetten an die Messebesucher zu vermieten.

Immer heißt das oberste Ziel: Weltniveau

„Die Preise passen sich immer mehr westlichen Messestädten an", stellen Aussteller und Besucher fest. Die Preise hoch! Im Nobelhotel *„Merkur" (Einzelzimmer bis zu 450* Mark West pro Nacht) wie auch in der kleinen Kneipe, die das Prädikat „Messegaststätte" führen darf. Da kostet der Nordhäuser Doppelkorn ebenso wie die Thüringer Leberknödelsuppe oder das Wernesgrüner Bier aus dem Vogtland, das es schon seit 550 Jahren gibt und das ein besonderer *Exportschlager der „DDR" ist*, gleich das Doppelte wie sonst.

Das Ziel Ost-Berlins heißt Weltniveau, in manchen Bereichen sind die Bemühungen bisher allerdings vergeblich. Weil es von Leipzig in Ost-West-Richtung im Telefonverkehr mit der Bundesrepublik noch keinen Selbstwählferndienst gibt, sind außerhalb des Messegeländes und des Pressezentrums Wartezeiten für ein vom Fernamt vermitteltes Gespräch bis zu einem halben Tag und länger die Regel. Immer noch muß der Normalbürger – wie bei den Autos – drei bis sechs Jahre warten, ehe der beantragte private Telefonanschluß gelegt wird.

Noch länger als sowieso schon müssen die Leipziger derzeit auch auf den Handwerker warten. Das hat allerdings kaum etwas mit der Messe zu tun. Grund ist, daß zahlreiche Bau- und Handwerksbetriebe mit ihren Mitarbeitern zu „Sonderschichten" nach Ost-Berlin delegiert worden sind. Dort sollen noch viele Neubauten (Wohnungen, Geschäfte, Lokale) bis zur 750-Jahr-Feier 1987 aus dem Boden gestampft werden. Die ganze Republik wird dafür eingespannt.

In Leipzig selbst aber hat die Vergrößerung und Modernisierung des Messegeländes gegenüber anderen Projekten Vorrang. *1987 soll damit* begonnen werden. Auch für die rund 350 Tage im Jahr leerstehenden denkmalgeschützten Messehäuser in der Innenstadt ist die allmähliche Renovierung eingeplant. Die Fahrstühle zum Beispiel stammen teilweise noch aus der Vorkriegszeit.

Internationale Messeprofis nennen Leipzig „die sauberste Messe der Welt". Da werde kein Werbematerial und kein Prospekt von den Besuchern weggeworfen. Wie kleine Kostbarkeiten bewahren die „DDR"-Bürger alles Gedruckte und Bunte auf, das an den Ständen erhältlich ist. „Sie nehmen alles und interessieren sich für alles", berichten die Aussteller.

CDU und CSU noch nicht über Programm einig

DW. München

CDU und CSU werden möglicherweise mit getrennten Wahlprogrammen in den Bundestagswahlkampf ziehen. CSU-Sprecher Rosenberg hält dies nicht für ausgeschlossen, da die CDU auf einem „Kleinen Parteitag" bereits am 5. September ihr Wahlprogramm beraten oder verabschieden möchte, die CSU sich jedoch erst am 15. September auf einer Vorstandssitzung damit beschäftigen wird. CDU-Generalsekretär Geißler war in der vergangenen Woche von einem gemeinsamen Wahlprogramm der Unionsparteien ausgegangen.

„Schadstoffwerte bei Diesel senken"

rtr. Bonn

Der umweltpolitische Sprecher der SPD, Harald Schäfer, hat schärfere Bestimmungen für den Schadstoffausstoß von Dieselmotoren verlangt. Er forderte die Bundesregierung auf, für Diesel-Pkw den vom Bundesumweltamt vorgeschlagenen Grenzwert von 0,6 Gramm pro Kilometer bei der EG-Kommission durchzusetzen. Zudem solle der Schadstoffausstoß bei Diesel-Lkw um 30 Prozent verringert werden.

Skeptisch hat sich der FDP-Fraktionschef im Bundestag, Wolfgang Mischnick, zur Unionsforderung nach einer Ergänzung des Artikels 16 (Grundrecht auf Asyl) geäußert. In einem Gespräch mit der WELT kritisierte Mischnick scharf die Steuerpläne von Sozialdemokraten und Grünen

Mischnick sieht bei Asylrecht keine Möglichkeit für Änderung des Grundgesetzes



Mischnick: Die FDP ist weiterhin gegen eine Grundgesetzänderung FOTO: HÖFT

DIETHART GOOS, Bonn

Die FDP bleibt bei ihrer Haltung, eine Änderung des Grundgesetzartikels zum Asyl abzulehnen. Damit reagierte gestern der stellvertretende FDP-Vorsitzende, Fraktionschef Wolfgang Mischnick, in einem WELT-Gespräch auf die im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU geäußerte Absicht, den Artikel 16 durch einen Gesetzesvorbehalt zu erweitern. Er verwies auf die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und fügte hinzu: „Dessen sollte sich die Union bewußt sein. Eine solche Mehrheit kann ich jedenfalls nicht entdecken."

„Hoffnungen geweckt"

Mischnick, der die elementare Bedeutung dieser Frage für die FDP bekräftigte, ergänzte: „Ich kann niemenden daran hindern, eine solche Forderung zu stellen. Aber ich bin gespannt, was der Gesetzesvorbehalt tatsächlich beinhalten soll, den CDU und CSU in den Asylartikel des Grundgesetzes einfügen wollen und der dann mit einem Bundesgesetz ausgefüllt werden müßte." Bisher sei die Union diese notwendigen Erklärungen schuldig geblieben. Seine Skepsis gegenüber diesem Vorhaben faßte der FDP-Fraktionsvorsitzende mit der Feststellung zusammen: „Es ist immer schlecht, wenn man mit einer politischen Forderung Hoffnungen erweckt, von denen man weiß, daß man sie nicht erfüllen kann."

Auch der niedersächsische Innenminister und CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann hat Vorbehalte gegen eine Grundgesetzänderung. Im Deutschlandfunk sagte er gestern, die Änderung der Verfassung werde nicht viel bringen. „Deshalb neige ich dazu, geltendes Recht auszuschöpfen im Interesse Deutschlands, aber auch im Interesse der Asylsuchenden selbst."

Zugleich forderte der Unionspolitiker, Asylsuchende zügig abzuschieben, wenn ihre Anträge rechtsgültig abgelehnt worden sind. Das müsse auch für Bürger aus Ostblockländern gelten, die daheim keine Verfolgung zu befürchten hätten. „Wir sind in einem Rechtsstaat. Wenn festgestellt wird, daß keine politische Verfolgung vorliegt und kein politisches Asylrecht anerkannt werden kann, dann müssen wir zurückweisen."

Im Gespräch mit der WELT übte der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick heftige Kritik an den Steueränderungsplänen der Sozialdemokraten und der Grünen. „Von der SPD-Forderung nach einer Ergänzungsabgabe für Höherverdienende halte ich überhaupt nichts. Sie wird von den Sozialdemokraten als soziale Tat verkauft, ist in Wirklichkeit aber unsozial und bestraft die Leistungsbereitschaft."

„Wettlauf falscher Rezepte"

Offensichtlich glaube die SPD, mit dieser Forderung bestimmte Wählerschichten der Grünen für sich zurückgewinnen zu können. Auch die von den Grünen geforderte Anhebung der Spitzensteuersätze stößt bei Mischnick auf Ablehnung. Damit würden Tüchtige bestraft und bei den zwangsläufigen Auswirkungen auf die Körperschaftssteuer besonders leistungsfähige Betriebe getroffen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende befürchtet eine Abwanderungswelle wichtiger Steuerzahler in Länder mit niedrigerer Steuerbelastung. „Die SPD und die Grünen veranstalten einen Wettlauf der falschen Rezepte", meinte Mischnick.

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende bekräftigte die Forderung seiner Partei, in der neuen Legislaturperiode staatliche Subventionen abzubauen. Dies müsse mit der Einführung eines gerechteren Tarifs der Lohn- und Einkommensteuer gekoppelt werden. Mischnick zieht die gezielte Kürzung von Subventionen einer pauschalen Kürzung von Zuschüssen vor. Zugleich forderte er, die Gewerbesteuer durch andere direkte Finanzierungsquellen für die Gemeinden – etwa eine Beteiligung an der Mehrwertsteuer – zu ersetzen. Mischnick widersprach damit der Kommunalpolitischen Vereinigung der Union, die am Montag die Beibehaltung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen gefordert hatte.

Haben Südafrikaner Franke-Gelder erhalten?

Abenteuerliche Agentengeschichte im Bonner Prozeß

WERNER KAHL, Bonn

Der innerdeutsche Grenzübergang Herleshausen, seit 1970 Austauschort für mehr als 100 kommunistische Spione, wird nach der Sommerpause im Prozeß gegen den früheren Bundesminister Egon Franke (SPD) und dessen ehemaligen engsten Mitarbeiter Edgar Hirt möglicherweise Schauplatz eines Lokaltermins. In dem Dorf an der hessisch-thüringischen Demarkationslinie soll nämlich ein südafrikanisches Geheimdienstkommando, das Sowjetspion Alexej Koslow zum Übergabeort transportierte, dem damaligen Bevollmächtigten Frankes, Hirt, 450 000 Mark „Schmiergeld" abgepreßt haben.

Südafrikas Botschafter van Heerden protestierte bereits im Bundesaußenministerium gegen die Behauptung, mit der Frankes Bevollmächtigter Hirt die nicht belegte Ausgabe dieses Teilbetrages von den in seiner Amtszeit verschwundenen insgesamt 5,6 Millionen Mark aus einem Sonderfonds des innerdeutschen Ministeriums begründete. Mit den Geldern sollten Freikäufe politischer Häftlinge aus der „DDR" und Fluchtaktionen in den Westen finanziert worden sein – alles ohne Belege und ohne Quittungen.

„Sowjetfunktionär Boris"

Mit der anstehenden Vernehmung südafrikanischer Geheimdienstler in dem Prozeß im Bonner Landgericht soll zugleich die Aussage des Berliner Rechtsanwaltes Jürgen Stange, dem langjährigen Bevollmächtigen der Bundesregierung für Freikauf und Agentenaustausch, überprüft werden. Anwalt Stange hatte die Behauptungen des früheren Ministerialdirektors Edgar Hirt insoweit gestützt, als er sagte, die Südafrikaner wollten den von ihnen nach Deutschland mitgebrachten Agenten Koslow nur einem Sowjet-Funktionär mit dem Decknamen „Boris" übergeben. Als „Boris" jedoch in Herleshausen nicht zu sehen war, riet einer der Beteiligten einem der Südafrikaner, von einem Baum aus hinter den Grenzzaun in die „DDR" hinüberzuschauen, ob der Russe vielleicht dort auf den Austauschagenten wartete. Die Antwort war, so die Zeugenaussage im Bonner Landgericht: „Ein Bure klettert nicht auf einen Baum . . ."

Unkritische Geldübergabe?

Daraufhin soll Hirt nach Feilschen den Südafrikanern 460 000 Mark zugesagt haben, zahlbar in drei Raten, die jeweils bei Anwalt Stange in Berlin kassiert werden sollten. Nach Aussage des Anwalts erschien in Berlin ein Unbekannter, anonym und ohne jede Vollmacht. Ihm seien jeweils 150 000 Mark ausgehändigt worden – ohne Quittung. Bei einer erneuten Zeugenvernehmung Stanges wird möglicherweise geprüft, ob die unkritische Geldübergabe durch den Anwalt etwas mit Honorarzahlungen Hirts für Stange zu tun hatte.

Zu den bisherigen Zeugenvernehmungen in dem bereits über neunmonatigen Prozeß, bei dem gestern auch eine 82jährige noch heute tätige Buchhalterin des katholischen Kommissariats in Berlin aussagte, erklärte Frankes Verteidiger Hermann Höcherl, früherer CSU-Bundesinnenminister, gegenüber der WELT: „Diese Wiese ist abgegrast."

Über die Kontrolle öffentlicher Mittel für humanitäre Ost-West-Aktionen wird in der kommenden Woche der frühere Leiter der Berliner Außenstelle des Bundesrechnungshofes, Meier, als Zeuge vernommen. Meier gehörte als zusätzliches Mitglied dem kleinen Gremium des Haushaltsausschusses an, das geheime Ausgaben wie die des Bundesnachrichtendienstes (BND) prüfte.

Kohl trifft Carlsson in Stockholm

G.M. Stockholm

Zu einem eintägigen Besuch trifft Bundeskanzler Helmut Kohl morgen in Stockholm ein. Mitte März hatte er an den Trauerfeierlichkeiten für Olof Palme teilgenommen und war damals bereits mit dessen Amtsnachfolger Ingvar Carlsson zusammengetroffen. Diesmal sind ein zweistündiger Gedankenaustausch mit Carlsson und anschließend ein Essen mit König Carl Gustaf vorgesehen. Kohl will auch die Asylantenproblematik kurz anschneiden.

Mehr Kompetenz bei Kernkraftunfall

AP, Bonn

Mit einer Ausweitung ihrer Zuständigkeiten will die Bundesregierung die Konsequenzen aus dem Kompetenzen-Chaos nach der Katastrophe von Tschernobyl ziehen. Vorgesehen sind ein integriertes Meßdatennetz mit zentraler Datenerfassung sowie eine Ständige Koordinierungsstelle zur Steuerung der Entscheidungsprozesse in Krisenfällen. Dies geht aus einem von Umweltminister Wallmann vorgelegten Papier hervor, über das das Kabinett heute berät.

Anke Fuchs hält Blüm Polemik vor

DW. Bonn

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs, hat Äußerungen von Bundesarbeitsminister Blüm (WELT v. 1.9.), in der Rentenpolitik Gemeinsamkeiten mit der SPD suchen zu wollen, als Scheinmanöver zurückgewiesen. Sie hielt ihm vor, „im gleichen Atemzug mit Polemik" um sich zu werfen. „Blüm wirft den Sozialdemokraten vor, ihre Sozialpolitik hätte keine seriösen finanziellen Grundlagen. Im gleichen WELT-Artikel liest man aber wieder die haarsträubendsten Rechenkunststückchen, mit denen Blüm die Bürger täuschen will".

Warnke fliegt zu Frau Aquino

HH. Bonn

Entwicklungsminister Warnke (CSU) fliegt heute zu Gesprächen mit der philippinischen Regierung nach Manila. Mit der heutigen Präsidentin Aquino war er zuletzt im Oktober 1985 in Manila zusammengetroffen, als sie noch in Opposition zum Marcos-Regime stand. Warnke trifft auch den Vizepräsidenten und Außenminister Laurel, Verteidigungsminister Enrile, Planungsministerin Monsod und Kardinal Sin. Anschließend besucht er Nepal.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vorbildliche Kooperation

Kohl verspricht Kamerun weitere Unterstützung

DW. Bonn

Der Präsident der westafrikanischen Republik Kamerun, Paul Biya, der sich seit Montag zu einem viertägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, hat gestern in Bonn seine Gespräche mit der Bundesregierung aufgenommen.

Biya traf am Mittag mit Bundeskanzler Helmut Kohl zu einer einstündigen Unterredung zusammen, in deren Verlauf sich Kohl für eine engere Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem westafrikanischen Staat ausgesprochen hat. Angesichts der Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte sei dies noch leichter möglich, erklärte Kohl. Es gelte, gemeinsame Interessen zu erkennen und zu nutzen. Der Bundeskanzler setzte sich dafür ein, daß deutsche Investoren in Kamerun die entsprechenden Hilfen und Sicherheitsgarantien vor Ort erhalten.

Die Bundesregierung werde im Rahmen der Entwicklungshilfe Kamerun beim wirtschaftlichen Aufbau weiter fördern. Kohl lobte den mit deutscher Hilfe erzielten Erfolg der Landwirtschaft, die Selbstversorgung der einheimischen Menschen langfristig zu sichern.

Auf afrikanische Probleme und die Situation in Südafrika eingehend, bekräftigte Kohl das Interesse der Bundesregierung an Frieden und Gerechtigkeit. „Die baldige Überwindung der Apartheid in Südafrika ist für uns ein wichtiges Ziel", betonte der Kanzler. „Wir halten jedoch auch an unserer Überzeugung fest, daß dies auf evolutionärem Wege, mit friedlichen Mitteln und nicht mit Waffengewalt erreicht werden muß", sagte Kohl.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und Bundesentwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) waren weitere Gesprächspartner Biyas. Bei der Erörterung afrikanischer Probleme stand auch hier die Lage in Südafrika im Mittelpunkt. Beide Gesprächspartner unterstrichen dabei die Notwendigkeit, das „menschenrechtsfeindliche Apartheid-Regime zu überwinden und die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe zu schaffen".

Genscher bekräftigte erneut die Forderung der Bundesregierung, die politischen Gefangenen und insbesondere Nelson Mandela in Südafrika freizulassen. Für den dringend erforderlichen Dialog zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung müßten die Partner zur Verfügung stehen.

Mehrheit für Koalition

„Politbarometer" zeigt Union plus FDP mit 52 Prozent

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP könnte mit einer Mehrheit von 52 Prozent rechnen, wenn am nächsten Sonntag gewählt würde. Dieses Ergebnis ermittelte das „Politbarometer" des Zweiten Deutschen Fernsehens bei der Befragung von mehr als tausend Wahlberechtigten Mitte letzten Monats. Damit hat sich der Stimmenanteil für die Koalition seit Mai um zwei Prozentpunkte verbessert.

Die Ergebnisse für die einzelnen Parteien lauten: CDU/CSU 45 Prozent, SPD 41 Prozent, FDP 7 und Grüne 6 Prozent. Im Mai erreichten SPD und Grüne noch jeweils 42 und acht Prozent. Einen Monat später waren es zusammen 47 Prozent. Dieser Wert ist seither unverändert geblieben.

Bei Beantwortung der Frage „Wer gewinnt die Bundestagswahl?" entschieden sich im August 62 Prozent für die gegenwärtige Koalition. Einen Sieg der Oppositionsparteien von SPD und Grünen erwarteten nur 33 Prozent. Seit Mai konnte sich die Koalition bei der Einschätzung ihrer Siegeschancen von 44 Prozent über 53 Prozent im Juni und 58 Prozent im Juli auf das beachtliche August-Ergebnis steigern. Dagegen wurde der Sieg von SPD und Grünen im Mai noch mit 49 Prozent vorhergesagt, sank dann aber auf 41 Prozent im Juni, 37 Prozent im Juli und erreichte im August einen neuen Tiefstand.

In der Sympathieskala der Befragten (sie reicht von minus fünf bis plus fünf) erzielte der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau bei leichter Abnahme gegenüber den letzten Umfragen noch den guten Wert von 0,9, während für Bundeskanzler Helmut Kohl ziemlich unverändert die Note 0,3 abgegeben wurde. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg konnte sein schon bisher gutes Ergebnis nochmals verbessern und verbuchte einen Sympathiewert von 1,2. Auf den zweiten Platz kam Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit 1,0. Sein gutes Resultat wird als Reaktion auf die Angriffe des CSU-Vorsitzenden Strauß gegen Genscher gewertet. Genschers Nachfolger im Amt des FDP-Vorsitzenden, Wirtschaftsminister Martin Bangemann, steht in der Sympathieskala mit minus 0,2 auf dem vorletzten Platz.

In der ZDF-Umfrage wurde auch das Asylantenthema aufgegriffen. Für eine Erschwerung der Asylmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland sprachen sich 79 Prozent aus.

Keine weiteren Rechte für die Neue Heimat

DW. Düsseldorf

Die Neue Heimat ist gestern auch bei ihrem dritten Versuch gescheitert, im Untersuchungsausschuß des Bundestags die Position eines Betroffenen zu erreichen, die dem Gewerkschaftskonzern förmliche Mitwirkungsrechte eingeräumt hätte. Nachdem der Ausschuß diese Forderung ebenso abgelehnt hatte wie das Kölner Verwaltungsgericht, wies jetzt auch der 15. Senat des Nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts den Antrag der Neuen Heimat zurück.

Damit dürfen die Vertreter des Baukonzerns auch in Zukunft nicht an der nichtöffentlichen Beweisaufnahme des Bonner Untersuchungsausschusses teilnehmen, keine Zeugen befragen und keine Beweisanträge stellen. In der gestern veröffentlichten Begründung hieß es, der Neuen Heimat seien bereits vom Untersuchungsausschuß Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt worden, die zur Wahrung des ihr vom Grundgesetz verbürgten Mindestmaßes an Äußerungs- und Mitwirkungsrechten ausreichten. Die Neue Heimat kann nach Angaben ihres Anwalts mit der Entscheidung leben, da diese den Status verfassungsrechtlich sichere.

Jugend '86: Konservativ und gläubig

AP, Hamburg

Die Mehrheit der deutschen Teenager zwischen zwölf und 16 Jahren ist nach einer Umfrage der Hamburger Illustrierten „Stern" unpolitisch, konservativ und materialistisch. Die Untersuchung, die das Institut für Demoskopie in Allensbach unter 1010 Jungen und Mädchen für die jüngste Ausgabe des Magazins erarbeitet hat, fragte nach den Wünschen und Zielen, Hoffnungen und Ängsten der jungen Leute.

In den Antworten der '86er Jugend, deren Eltern zur „rebellischen '68er-Generation" gehörten, ist kaum mehr eine Spur von Protest. Lediglich die Atomenergie stößt bei 70 Prozent der Befragten auf Ablehnung. Politisch aktiv wollen später nur sechs Prozent sein. Über die Hälfte der Jugendlichen findet in der Parteienlandschaft keine Heimat: 19 Prozent stimmen der CDU/CSU zu, 16 Prozent den Grünen, 13 Prozent der SPD und ein Prozent der FDP.

Wichtigste Lebensziele sind ein sicherer Arbeitsplatz, ein großer Freundeskreis und ein gutes Einkommen. Auffällig die Hinwendung zum Glauben: Nahezu drei Viertel glauben an Gott, mehr als die Hälfte will auf die Kirche nicht verzichten.

Künftig ein Freibrief für jugendliche Täter?

UWE BAHNSEN, Hamburg

Massive Kritik hat die Hamburger CDU gestern an einer bislang geheimgehaltenen und noch nicht wirksam gewordenen Verfügung der Justizbehörde geübt, mit der die Einstellung von Ermittlungsverfahren im Bereich der Jugendkriminalität geregelt werden soll.

Es geht dabei um die „Diversion" im Jugendstrafverfahren, die dem Erziehungsgedanken im Jugendstrafrecht mehr Raum geben soll. Die vom CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau und seinem Fraktionskollegen Ralf-Dieter Fischer zitierte „Allgemeine Verfügung" (Aktenzeichen: 4213/1-6) der Justizbehörde für die Staatsanwaltschaft gehört nach der Darstellung der beiden Unionspolitiker zu den Maßnahmen, mit denen der Senat vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen eine Entlastung der Justiz von Jugendstrafverfahren zu erreichen sucht.

Sie basiert auf dem Paragraphen 45 des Jugendgerichtsgesetzes, der die Kriterien definiert, nach denen bei Jugendlichen von der Strafverfolgung abgesehen werden kann. Es handelt sich bei dieser Verfügung, wie behördenintern zuverlässig zu erfahren war, um ein Vorhaben, das während der Amtszeit der Senatorin Eva Leithäuser erarbeitet wurde und von ihrem Nachfolger Wolfgang Curilla bislang wegen der diversen Sicherheitsskandale und der bevorstehenden Bürgerschaftswahl nicht in Kraft gesetzt worden ist.

Nach der von Perschau und Fischer gegebenen Darstellung laufen die Pläne der Hamburger Justizbehörde darauf hinaus, daß Jugendliche und Heranwachsende (14 bis 21 Jahre) bei einer ganzen Reihe von Delikten künftig grundsätzlich nicht mehr der Strafverfolgung unterliegen, also ohne Berücksichtigung des Einzelfalls.

Das gilt insbesondere für Ersttäter, unter bestimmten Voraussetzungen jedoch auch für Mehrfachtäter.

Der Katalog der betreffenden Straftaten umfaßt unter anderem: Vorsätzliche Körperverletzung (223 StGB), unter bestimmten Umständen sogar bei schweren Folgen, wie beispielsweise dem Verlust von Gliedmaßen; Fahren ohne Fahrerlaubnis; leichte Fälle von Verkehrsunfallflucht; Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz; bestimmte Fälle des schweren Diebstahls wie zum Beispiel Automatenaufbruch; jeder Diebstahl, jede Unterschlagung und jeder Betrug bis zur Wertgrenz von 100 Mark; Sachbeschädigung ohne jede Wertgrenze, also auch sogenannte gemeinschädliche Sachbeschädigung, zum Beispiel von kirchlichen Gegenständen.

Ihre Kritik an der Verfügung der Justizbehörde begründeten die beiden CDU-Politiker insbesondere damit, daß mit dieser Regelung eine schematische Rechtsanwendung sanktioniert werden solle, die dem Erziehungsgedanken des Jugendgerichtsgesetzes geradezu widerspreche. Die Verfügung verletze überdies, wenn sie erlassen werde, das Erfordernis bundeseinheitlicher Rechtsanwendung: „Obwohl aufgrund einer Vereinbarung der Landesjustizverwaltungen bundesweite Richtlinien zum Jugendgerichtsgesetz bestehen, sollen künftig die neuen Hamburger Richtlinien maßgebend sein." Eine solche Praxis sei angesichts des Grundgesetzartikels 3 fragwürdig. Die CDU befürchtet, daß „dieser gefährliche justizpolitische Irrweg" zu einem „totalen Mißverhältnis von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten" führen werde: „Jugendliche und Heranwachsende werden künftig für Ordnungswidrigkeiten Bußgelder wegen wesentlich geringerer Verfehlungen zu zahlen haben, aber Straftaten weitgehend straflos begehen können." Perschau und Fischer warnten in diesem Zusammenhang vor einer weiteren Verschlechterung der Sicherheitslage in der Hansestadt, weil sich künftig Berufskriminelle jugendliche Täter „kaufen" könnten, da sie nicht mehr bestraft werden können. Überdies könne eine „Ungleichbehandlung jugendlicher und heranwachsender Straftäter in Hamburg und den angrenzenden Regionen" zu einem Anstieg der Straftaten in Hamburg führen. Die CDU befürwortet nach den Worten der beiden Politiker prinzipiell die Möglichkeiten der Staatsanwaltschaften und der Jugendgerichte, auf Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden flexibler zu reagieren. Im Vordergrund müsse jedoch dabei stets die Berücksichtigung des Einzelfalls sowie die Beschränkung auf tatsächliche Ersttäter und auf wirkliche Bagatellstraftaten stehen.

In der Hamburger Justizbehörde hieß es gestern lapidar, das Konzept werde von dem neuen Justizsenator derzeit geprüft.



Jugendlicher im Strafvollzug – kommen selbst Mehrfachtäter in Hamburg künftig ungeschoren davon? FOTO: SVEN SIMON

„Fehlende Außenkontrolle Wurzel der Korruption"

Biedenkopf sieht Fall „Neue Heimat' als exemplarisch an

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Die fehlende Außenkontrolle der Neuen Heimat ist nach Auffassung des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf der Hauptgrund für das Scheitern des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns. Biedenkopf erklärte auf einer Veranstaltung der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion mit Mitgliedern von CDU und ihren Sozialausschüssen im DGB, der Verzicht auf diese Außenkontrolle, auf die Publizität und den Wettbewerb sei „die Wurzel der Korruption", wie der Fall der Neuen Heimat exemplarisch gezeigt habe.

CDU-Veranstaltung

Der CDU-Landesvorsitzende widersprach dem stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden und CDU-Mitglied Edgar Prochnow, der erklärt hatte, die Neue Heimat sei kein Problem des Eigentümers DGB, sondern ein Problem der Neuen Heimat selbst. Prochnow hatte indirekt auch Finanzhilfen des Bundes für den Baukonzern gefordert.

Biedenkopf und der frühere Arbeitsminister Hans Katzer, der als Ehrenvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft ebenfalls das Wort ergriffen hatte, appellierten dagegen an den DGB, sich seiner Verpflichtung als Eigentümer der Neuen Heimat nicht zu entziehen.

Die nordrhein-westfälische CDU hatte zu dieser Begegnung zwischen den Abgeordneten ihrer Landtagsfraktion und den christlich-demokratischen Mitgliedern zum erstenmal in der Geschichte der Partei anläßlich der Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung von Nordrhein-Westfalen auf Initiative von Fraktionschef Bernhard Worms geladen.

Warnung an Gewerkschaften

In ihren Reden beschworen die CDU-Politiker und Prochnow die Notwendigkeit der Partnerschaft zwischen der nordrhein-westfälischen Oppositionspartei und dem DGB. Biedenkopf warnte die Gewerkschaften davor, ihre Aufgabe ausschließlich in der Bekämpfung der Bundesregierung zu sehen und auf einen Regierungswechsel bei der Bundestagswahl im Januar 1987 hinzuwirken. Es sei zwar das Recht der Gewerkschaften, die jeweilige Regierung zu kritisieren. Wenn die Einheitsgewerkschaft deswegen jedoch ihr eigentliches Ziel nicht mehr in der Bewältigung der „revolutionären Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt" sehe, entziehe sie sich selbst die Existenzberechtigung.

Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft hat nach Meinung Biedenkopfs nur dann eine Chance zur Weiterentwickling, wenn sich Parteien und Gewerkschaften fair um die Lösung der Zukunftsaufgaben bemühen.

London führt für fünf Länder Visumzwang ein

REINER GATERMANN, London

Großbritannien wird in „ein paar Wochen" für Bürger von Indien, Pakistan, Bangladesch, Nigeria und Ghana Visumzwang einführen. Dieser jetzt vom Kabinett gefaßte Beschluß dürfte jedoch im Parlament Ende Oktober, nach Ende der Sommerpause, von der Opposition heftig attackiert werden. Schon jetzt bezeichnete sie den Entschluß als „rassistisch" und „unfreundlich gegenüber freundlichen Commonwealth-Ländern".

Innenminister Douglas Hurd begründete diesen Schritt mit den inzwischen „unhaltbar" gewordenen Zuständen vor allem bei der Einreisekontrolle auf dem Londoner Flugplatz Heathrow. Dort käme es zu stundenlangen Wartezeiten. An den Einreisekriterien würde sich nichts ändern.

Die Gewerkschaften der rund 2000 Paßbeamten haben mit Kampfmaßnahmen gedroht, falls ihre Arbeitsbürde nicht abgebaut würde. In der vergangenen Woche legten sie für 24 Stunden die Arbeit nieder, nachdem die Regierung angekündigt hatte, Beamte aus den Fährhäfen Dover und Harwich nach Heathrow zu versetzen.

Laut Kabinettsbeschluß werden Reisende aus den genannten fünf Ländern künftig ihre Einreisepapiere für Großbritannien bei den diplomatischen Vertretungen in ihren Heimatländern beantragen müssen. Sie müssen dafür zwölf Pfund, rund 36 Mark, zahlen.

Damit sollen teilweise die Kosten dieser Neuordnung in Höhe von umgerechnet etwa 42 Millionen Mark gedeckt werden. Etwa hundert Beamte müssen zusätzlich ins Ausland geschickt und weitere hundert lokal angestellt werden.

Mit Ausnahme von Pakistan verlangen die betroffenen Länder schon seit langem von britischen Staatsbürgern Visa. London hat sie hingegen Mitte 1985 lediglich für Sri Lanka eingeführt. Der Einreisestrom vor allem über Heathrow hat in den vergangenen Monaten erheblich zugenommen.

Im vergangenen Jahr kamen aus den fünf Ländern rund 450 000 Besucher nach Großbritannien, 8704 wurde die Einreise verweigert. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag die Abweisungsquote um 68 Prozent über der der entsprechenden Vorjahreszeit.

Die neuen Regeln dürften es, wie das Ministerium einräumt, politischen Flüchtlingen erschweren, nach Großbritannien zu kommen, weil die Fluggesellschaften bereits beim Abflug die Papiere prüfen. Sie sind nämlich für den Rücktransport verantwortlich, falls ihr Passagier das Vereinigte Königreich nicht betreten darf.

Das Außenministerium befürchtet eine weitere Belastung des Verhältnisses Londons zum Commonwealth. Minister Howe plädierte daher im Kabinett gegen den Visumzwang.

Gipfel der Blockfreien: Extreme Sicherheitsmaßnahmen, Angst vor Anschlägen, Harare im Chaos

Ein feixender Arafat läßt sich von seinen Leibwächtern den Weg freiboxen

W. LÜTZENKIRCHEN, Harare

Der Abgang von PLO-Chef Yassir Arafat nach einem Diner mit Indiens Premierminister Rajiv Gandhi gerät zu einem Tumult. Arafats Leibwächter und die Sicherheitsbeamten Zimbabwes boxen sich vor einem Hotel in Harare den Weg frei zur wartenden Mercedes-Limousine. Geheimdienstleute schreien aufgeregt Befehle in die Walkie-talkies. Der feixende Arafat wird mitgerissen, afrikanische Delegierte werden abgedrängt und beiseite gestoßen. Kommandos der Polizei gehen unter im wilden Hupen und Sirengeheul. Endlich braust die lange Autokolonne davon.

Schon Stunden vor dem Empfang, an dem fast alle Staatsführer der Blockfreien teilnahmen, hatten Bombensuchtrupps der Armee das Hotel durchsucht. Hinter der Fassade des Gipfels lauert die Angst vor Anschlägen und Attentaten auf die Führer der blockfreien Staaten. Die strikten Sicherheitsmaßnahmen drohen Harare zu lähmen. Sie treffen seinen Lebensnerv.

Die Hauptstadt gleicht einer Festung

Polizei und Armee mit Sirenen und Blaulicht begleiten Delegationen durch die Stadt, Autofahrer müssen am Straßenrand anhalten. Oft aber werden auch gleich sechsspurige Straßen gesperrt, der Verkehr muß sich durch Nebenstraßen quälen, meist in kilometerlangen Staus. Die Hauptstadt hat sich in eine Festung verwandelt.

Westliche Diplomaten bezeichnen die Sicherheitsmaßnahmen als unwürdig und chaotisch. Mit dem Eintreffen des libyschen Revolutionsführers Khadhafi hat sich die Lage noch verschärft. Khadhafi absolviert nach den US-Angriffen auf Tripolis und Bengasi im April in Zimbabwe seinen ersten Besuch im Ausland. Über die Sicherheitsmaßnahmen für Khadhafi kursieren hier nur Gerüchte. Er soll eine Villa im Norden Harares bezogen haben. Angeblich hat er eine Schutztruppe aus 200 bis 500 Mann mitgebracht.

Als größte Gruppe galt bisher die kubanische Delegation, die aus 200 Personen besteht. Aber auch der Präsident der Volksrepublik Kongo, Nguesso, ist mit 70 Mann angereist, vor allem mit Sicherheitspersonal.

Die Angst vor südafrikanischen Sabotageakten und die Furcht vor Gewalttätigkeiten von Oppositionsgruppen hat in Harare eine gereizte Stimmung entstehen lassen. Die Sicherheitsorgane haben Straßen, Hotels, Kongreßzentrum, Botschaften und Regierungsviertel abgeriegelt. Dennoch fürchten einige Delegationen um ihre Sicherheit. Die strengen Durchsuchungen und Kontrollen lassen ein Ausmaß an Spannung und Nervosität erkennen, das an Kriegsschauplätze erinnert. Fast ständig jagen Polizei und Armee durch die Stadt. Über Harare liegt der schrille Ton der Sirenen Tag und Nacht.

Auf dem Flughafen war es schon in der vergangenen Woche zu Kraftproben zwischen den Sicherheitskräften und den Delegationen aus Iran und Irak gekommen. An Bord einer Regierungsmaschine aus Teheran war ein umfangreiches Waffenarsenal entdeckt worden. An Bord befanden sich etwa 20 Revolutionsgardisten. *Sie weigerten sich, ihre Waffen abzuliefern.* Sie mußten nach Teheran zurückfliegen. Ähnliche Probleme hatte es mit Leibwächtern der irakischen Delegation gegeben.

Mugabes Ziele im Konflikt mit Südafrika

Am Rand der Gipfelkonferenz wird eines deutlich. Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe – er führt jetzt den Vorsitz bei den Blockfreien – dringt darauf, dem Konflikt mit Südafrika eine internationale Dimension zu geben. Er möchte die Aufstellung einer gemeinsamen Schutztruppe der blockfreien Staaten für die Nachbarländer Südafrikas vorbereiten.

In Harare kursieren Gerüchte, wonach eine indische Luftwaffeneinheit nach Zimbabwe verlegt werden soll, um den Luftraum des Landes gegen südafrikanische Militäraktionen zu schützen. In der Luftwaffe Zimbabwes dienen bereits pakistanische Offiziere als Piloten.

Khadhafi strebt Abschaffung der Blockfreien an

DW. Harare

Am Rande der Gipfelkonferenz der Blockfreien-Bewegung in Harare sind gestern der libysche Revolutionsführer Muammar Khadhafi, Kubas Staatschef Fidel Castro und Irans Staatspräsident Sajed Ali Chamenei zusammengetroffen. Einzelheiten über den Inhalt des Gesprächs wurden offiziell nicht bekannt.

In iranischen Delegationskreisen hieß es, die Staatschefs wollten eine gemeinsame Initiative zur „Verurteilung des Imperialismus" beraten. Möglicherweise werden die drei Länder den 101 Mitgliedern der Blockfreien eine entsprechende Erklärung zu diesem Thema vorlegen.

Khadhafi, der am späten Montag abend überraschend in Harare eingetroffen war, erklärte, er strebe die Abschaffung dieser Organisation an. Die „BBC" in London zeichnete eine Sendung des libyschen Rundfunks auf, in der Khadhafi am Flughafen der zimbabwischen Hauptstadt Harare feststellte: „Was die Konferenz der Blockfreien anlangt, so werde ich mein Bestes tun, diese Bewegung zu überwinden und völlig abzuschaffen." Die Welt gehöre in nur zwei Lager geteilt – ein „imperialistisches" und eines der „Befreiung", sagte Khadhafi. De facto beschränkten sich nämlich alle Konfrontationen auf der Welt auf diesen Gegensatz, erläuterte der libysche Revolutionsführer. Sein Besuch in Zimbabwe ist die erste Auslandsreise seit dem US-Angriff auf sein Land am 15. April.

Ein Flohmarkt im Kibbuz erzürnt die Orthodoxen

Streit um die Wahrung des Sabbat neu entfacht / Peres kann die Wogen nicht glätten / Sondersitzung des Parlaments

Von RAFAEL SELIGMANN

Israels Parlament, die Knesset, unterbricht heute seine Ferien zu einer Sondersitzung. Der Grund: Kriegsgefahr? Neue Terroranschläge? Ein drohender Staatsbankrott? Keineswegs, es geht um „Schlimmeres": Entweihung des Sabbat. Im Kibbuz Nir Elijahu fand am Samstag ein Flohmarkt statt – ein Versuch, der finanziellen Probleme Herr zu werden. Für die feilgebotenen Waren wurde Geld verlangt und gezahlt – was am Sabbat streng verboten ist.

Wirtschaftsminister Yakobi war vom Flohmarkt begeistert: Endlich einmal rief ein Kibbuz mit wirtschaftlichen Problemen nicht nach der helfenden Hand des Staates, sondern ergriff selbst die Initiative. Religionsminister Burg dagegen drückt den Zorn der orthodoxen Juden aus, wenn er den Trödelmarkt als „Verletzung ungeschriebener Gesetze" anprangert. Ministerpräsident Shimon Peres versuchte vergebens, die Wogen zu glätten. Er war klug genug zu versichern – er ist im Parlament von den vier religiösen Parteien abhängig –, daß auch er für die Erhaltung des „Status quo" zwischen Staat und Religion sei, für die Wahrung der Rechte sowohl der Religiösen als auch der Nichtgläubigen.

„Am siebten Tage sollst du ruhn, du, dein Knecht, deine Magd..." „Schön und gut", sagt Gedalja Shshan aus dem Kibbuz Ein Dor unweit von Haifa. „Jeder, der will, soll ruhn – niemand hindert ihn, aber wenn jemand nicht ruhen will, weshalb wird er dazu am Sabbat gezwungen? Wir leben doch in einer Demokratie, weshalb müssen wir uns bis ins Privatleben vorschreiben lassen, was wir zu tun haben?" schreit er schließlich mit hochrotem Kopf im Essenssaal des Kibbuz.

Allgemeiner Beifall ist ihm hier sicher. Ein Dor besitzt wie die meisten Kibbuzim des Landes überhaupt keine Synagoge. Weshalb? „Kein Bedarf", sagt Yossi. „Religion ist bei uns Privatsache. Wer beten will, kann das zu Hause oder in den Nachbarorten. Wir hindern niemanden daran – wir tolerieren die Meinung der anderen."

Toleranz und Demokratie – zwei Begriffe, die von der Mehrheit der Israelis immer dann ins Spiel gebracht werden, wenn es um ihr Verhältnis zur Religion geht. Gerade diese Formeln verfangen im jüdischen Staat nicht – eben weil dort Demokratie herrscht und weil Juden das Sagen haben. Denn Demokratie lebt von der Beschaffung von Mehrheiten: in Israels fast 40jähriger Geschichte repräsentieren die religiösen Parteien konstant etwa 15 Prozent der Wähler und entsprechend viele Abgeordnete.

Nun benötigen sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Sozialisten die „Religiösen" zur Regierungsbildung. Diese haben das Sagen – zumindest was religiöse Fragen betrifft. Sie haben durchgesetzt, daß am Sabbat kein öffentliches Verkehrsmittel fährt. Dies wiederum verbittert die meisten Israelis, denn an ihren einzigen freien Tagen wären sie gerne mobil.

Die erzwungene Sabbat-Ruhe gefährdet allerdings die wirtschaftliche Existenz der staatlichen Fluggesellschaft El Al. Ausländische Luftverkehrsgesellschaften nehmen ihr am Sabbat Arbeit, Passagiere und Geld ab.

Die Appelle der großen Mehrheit der Israelis an ihre religiösen Mitbürger um Toleranz müssen indessen schiere Rhetorik bleiben. So kommt es nicht selten vor, daß sehr religiöse Juden, die nie auf die Idee kämen, in den USA gegen den Autoverkehr am Sabbat zu protestieren, kaum in Israel angekommen, zu einem Stein greifen, um eine entsprechende Sünde zu bestrafen. Steine werfen am Sabbat ist allerdings auch verboten, was vielfach im gerechten Zorn übersehen wird.

Erste Moskau-Reise eines Schweizer Außenministers

Wechselvolle Beziehungen seit der Oktoberrevolution

ALFRED ZÄNKER, Genf

Mit Bundesrat Pierre Aubert reist jetzt zum ersten Mal ein Schweizer Außenminister nach Moskau, obwohl bereits seit 1946 diplomatische Beziehungen bestehen. Beide Seiten messen Auberts Reise, die am Mittwoch beginnt und vier Tage dauert, große Bedeutung bei.

Eine sowjetische Einladung liegt schon seit 1972 vor und ist inzwischen wiederholt erneuert worden. Bern will nun nicht länger warten. Es gehe um die Glaubwürdigkeit und Ausgewogenheit der helvetischen Neutralitätspolitik. Aubert habe Washington schon vor sieben Jahren offiziell besucht. Nun sei Moskau an der Reihe.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Schweizer die Reisediplomatie nicht erfunden haben. Erst seit Aubert 1977 Außenminister wurde, ist Bern auf diesem Gebiet aktiver geworden. Er hat deswegen gelegentlich schon Kritik einstecken müssen. Aubert ist bereits mehrmals mit sowjetischen Führern zusammengetroffen, so bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Breschnew und Andropow, später in Helsinki im Rahmen der KSZE sowie in Genf am Rande des amerikanisch-sowjetischen Gipfels. Nun soll es erstmals zu einem gründlichen Meinungsaustausch kommen.

Befürworter der Reisediplomatie: Pierre Aubert

Die Beziehungen beider Länder haben seit der Oktoberrevolution 1917 unter keinem guten Stern gestanden. Zwar war die Schweiz, die Lenin Asyl gewährt und seine Rückkehr nach Petersburg vor der Revolution ermöglicht hatte, damals in Moskau gut angeschrieben.

Die neue kommunistische Regierung entsandte sofort eine inoffizielle Mission, um diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Doch als die Emissäre versuchten, bei der Schweizer Arbeiterschaft ihre revolutionäre Propaganda zu verbreiten, wurden sie kurzerhand ausgewiesen.

Eine neue Belastung kam 1923, als ein hoher Sowjetdiplomat in Lausanne durch einen Rußlandschweizer ermordet, dieser jedoch wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde.

In den zwanziger und dreißiger Jahren widersetzte sich der damalige – Moskau gegenüber äußerst kritische – Außenminister Giuseppe Motta allen Bemühungen um engere Kontakte. Später wollte Stalin nicht, weil ihn Schweizer Waffenlieferungen nach Deutschland während des Krieges verärgert hatten.

So kamen erst 1946 normale diplomatische Beziehungen zustande. Erst in den siebziger Jahren begann ein regerer Kulturaustausch. Die Schweiz machte sich in Moskau auch immer wieder durch offizielle Proteste und oft scharfe Verurteilung sowjetischer Übergriffe in den Medien unpopulär, so beim Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn, in der tschechischen Krise, bei der Invasion Afghanistans, der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen und beim Abschuß eines koreanischen Zivilflugzeuges durch die Sowjets.

Die Beziehungen wurden immer wieder auch durch sowjetische Spionage getrübt. Großen Schaden richtete der 1976 bekanntgewordene Fall des Brigadegenerals Jean-Louis Jeanmaire an. Dieser hohe Schweizer Offizier war von Moskau zum Verrat militärischer Geheimnisse gebracht worden.

Seither sind wiederholt sowjetische Diplomaten und Bürger wegen illegalen Nachrichtendienstes ausgewiesen worden. 1983 wurde das Berner Novosti-Büro geschlossen. Man warf der sowjetischen Nachrichtenagentur vor, sie habe sich in Schweizer Angelegenheiten eingemischt und die hiesige Friedensbewegung aktiv unterstützt.

In letzter Zeit hat sich das diplomatische Klima trotzdem verbessert, zum Teil durch Kontakte im Rahmen verschiedener KSZE-Konferenzen, bei denen die Schweiz eine Vermittlerrolle spielt. Gorbatschows Lob für die neutrale Schweiz anläßlich des Genfer Gipfeltreffens im November 1985 ist in Bern gut angekommen.

Auf Auberts langer Themenliste für Moskau stehen die aktuellen Abrüstungsfragen, die nächsten KSZE-Treffen, die Folgen von Tschernobyl, die Probleme der UNO und Menschenrechtsfragen. Den „Fall Sacharow" will Aubert jedoch nicht wieder vorbringen. Auch Moskaus Bemühungen um einen Anschluß ans Gatt, die Genfer Welthandelsorganisation, könnten zur Sprache kommen. Im bilateralen Bereich geht es darum, den immer noch bescheidenen Handel auszubauen und den kulturellen Austausch weiter zu fördern. Moskaus Anteil am Schweizer Export macht bisher nur 1,6 Prozent am Import aus.

In der Schweizer Öffentlichkeit werden Auberts Reisepläne begrüßt. „Es ist hohe Zeit für einen offiziellen Besuch in Moskau, auch wenn dabei nicht vergessen werden darf, daß unsere Ideen und unsere Lebensart von denjenigen in der Sowjetunion fundamental verschieden sind", meint das liberale „Journal de Genève".

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) im April 1951 gilt Konrad Adenauer als „Grundstein zum Gebäude eines europäischen Bundes". Wie breit indes der Graben noch ist zwischen den Deutschen und den Westmächten, zeigt Adenauers erster Paris-Besuch, der elf Jahre nach Hitlers Visite erfolgt. Im Dezember 1951 einigt sich der Kanzler mit Nahum Goldmann in London über die Größenordnung der Wiedergutmachung: 1,5 Milliarden Dollar. Das Kabinett protestiert gegen den Alleingang.

Adenauer spürt die Flügel der Weltgeschichte

Von HANS-PETER SCHWARZ

Inmitten der vielen Rückschläge und Verdrießlichkeiten, durch die sich Adenauer zwischen Herbst 1950 und Herbst 1951 nur recht mühsam vorankämpft, kann er vorerst nur einen sichtbaren außenpolitischen Erfolg vorweisen: die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 18. April 1951 in Paris. Er feiert das schon damals als großen „Grundstein zum Gebäude eines europäischen Bundes", und der spätere Gang der Geschichte gibt ihm recht. Aber während der zähflüssigen Verhandlungen über das Vertragswerk und selbst noch bei der Unterzeichnung ist es durchaus unklar, ob Adenauer nicht bloß einer schönen Fata Morgana nachjagt und dabei die unbezahlbar wertvollen deutschen Schlüsselindustrien der ausländischen Konkurrenz preisgibt. So sieht es die sozialdemokratische Opposition. Durch den Montanunion-Vertrag, bemerkt Schumacher sarkastisch, wird das Besatzungsstatut um 50 Jahre verlängert. Frankreichs „Verfügungsgewalt über die Deutschen" werde dadurch in die Wege geleitet...

Wie Adenauer selbst im tiefsten Innern die Möglichkeiten und Grenzen der Föderationspolitik einschätzt, ist schwer zu bestimmen. Er besitzt das glückliche Naturell, auf die Unvereinbarkeit von Zielen, die er gleicherweise anstrebt, keine großen Gedanken zu verschwenden, Zielkonflikte wohl aber als Herausforderung an seine nimmermüde Fähigkeit zur Herbeiführung taktischer Kompromisse zu verstehen. So verfolgt er gleichzeitig die Ziele der Wiedergewinnung deutscher Handlungsfreiheit und des Aufbaus einer europäischen Föderation, der Westintegration und der Wiedervereinigung ... Bei Lichte betrachtet haben aber die europäischen Konstruktionen jener Jahre in erster Linie das Ziel, genuin deutsche Probleme zu lösen. Allerdings zeigt sich Adenauer ebenso wie Jean Monnet und die anderen „Europäer" jenes Jahrzehnts davon überzeugt, daß europäische Lösungen, wie immer sie auch im einzelnen gestaltet werden, den deutschen Interessen genauso dienlich sind wie den nationalen Interessen der anderen Europäer... Überzeugungen, mit denen er groß geworden ist und an denen er zeitlebens festhält, werden deshalb nicht preisgegeben. Die europäischen Völker sind für ihn Wesenheiten, deren Eigenart ihm faßbarer erscheint, als dies eine relativierende Soziologie einzuräumen bereit ist ... Etwas anderes als ein Europa, in das die einzelnen Nationen ihre Eigentümlichkeit einbringen, kann es seiner Meinung nach gar nicht geben...

Über die Montanunion wenig Illusionen

Bei der unablässigen Propagierung des Europagedankens denkt er aber nicht nur an konkrete Integrationsprojekte. Auch die Idee als solche ist wichtig, soll die außenpolitische Umorientierung der Deutschen gelingen. „Man muß dem Volk eine neue Ideologie geben", bemerkt er im Kabinett bei Gelegenheit einer Diskussion über die Montanunion, „das kann nur eine europäische sein."

Über die Montanunion selbst macht er sich wenig Illusionen. Selbstverständlich ist sie in erster Linie ein französisches Kontrollinstrument. Aber auch wenn die damit verbundenen europäischen Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen, müßte die Neuregelung akzeptiert werden. Anders ist die Ruhrkontrolle nicht zu beseitigen. Aber auch das französische Kabinett wäre ohne eine Fesselung der deutschen Stahlindustrie nicht bereit, auf dem noch wesentlich riskanteren Feld des Verteidigungsbeitrages Konzessionen zu machen. Ähnliches gilt für die Saarfrage. Zudem hängt die Gesamtentwicklung vom Zustandekommen einer tiefgreifenden Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ab, die allerdings im Frühjahr 1952 noch nicht erreicht ist...

Nichts ist besser geeignet, Adenauers Gespür für die Choreographie des nunmehr anhebenden westeuropäischen Menuetts besser zu entwikkeln als die Verhandlungen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Mitte April 1951 mit einer Außenministerkonferenz der sechs Gründungsmitglieder abgeschlossen werden sollen. Der Bundeskanzler hat bisher jede offizielle Reise ins Ausland vermieden. Nach der kleinen Revision des Besatzungsstatuts ist es aber der Bundesregierung gestattet, einen regulären Auswärtigen Dienst zu errichten. Am 15. März 1951 überreicht Theodor Heuss dem Bundeskanzler die Ernennungsurkunde zum Außenminister. Damit kann er künftig, ohne sich protokollarisch etwas zu vergeben, an den immer wichtiger werdenden multilateralen Konferenzen teilnehmen. Der Weg für einen Wiedereintritt ins diplomatische Konzert ist frei, und Adenauer sieht es gern, daß die erste westliche Hauptstadt, in der er bei dieser Gelegenheit auftritt, Paris ist.

Die bisherigen Paris-Besuche deutscher Kanzler waren stets eine heikle Angelegenheit gewesen. Bismarck machte in den ersten Wochen seiner Amtszeit als Reichskanzler damit den Anfang, unter Umständen, an die sich niemand in Frankreich gern erinnert. „In seine Uniform gezwängt, die Brust gewölbt, die Schultern breit, strotzend vor Kraft" nahm er am 1. März 1871 auf der halbzerstörten Tribüne der Rennbahn von Longchamps am Bois de Boulogne die Parade der preußischen und bayerischen Regimenter ab – fünf Jahre vor der Geburt Konrad Adenauers in Köln. Schon damals, wie auch bei Adenauers Besuch 80 Jahre später, sind Demonstrationen zu befürchten. Graf Beust erzählt, ein Franzose in blauer Bluse sei Bismarck mit den Worten entgegengetreten: „T'es une fameuse canaille." – „Ich konnte ihn gefangennehmen lassen", meinte Bismarck, „aber der Muth des Menschen gefiel mir." Beim Ritt nach Paris soll er auf einen Zuschauer, der besonders finster dreinsah, zugeritten sein und ihn um Feuer für seine Zigarre gebeten haben. Es dauerte 60 Jahre, bis erneut ein deutscher Kanzler in Paris auftauchte. Wiederum war es ein Mann, der Frankreich mit beträchtlicher Reserve gegenüberstand – Heinrich Brüning. Auch die Umstände waren ähnlich dramatisch und durchweg unerfreulich: Das internationale Bankensystem wankte, Deutschland mußte Frankreich um eine Anleihe bitten, und als Brüning eintraf, wurde er von einer häßlichen Demonstration der „Action Frapaise" begrüßt. Schließlich der verstohlene Besuch Hitlers...

Seither war eine Welt in Scherben gegangen. Paris aber hatte dank der Vernunft des Generals von Choltitz alles überstanden, und elf Jahre nach diesem Paris-Besuch Hitlers landete Adenauer in Orly. Seit dieser ersten Visite Adenauers wird die Regel durchbrochen, daß Paris-Besuche deutscher Kanzler ganz seltene Vorgänge sind und nur nach Zusammenbrüchen Frankreichs oder in Krisen erfolgen.

Die unerquickliche Vorgeschichte, derer sich der in historischen Dimensionen denkende Adenauer bestens bewußt ist, erklärt die Art und Weise, in der die französische Regierung den fünfundsiebzigjährigen Bundeskanzler empfängt, genauer gesagt: nicht empfängt, obwohl jedermann weiß, daß er zu den aufrichtigen Verständigungspolitikern gehört. Allein Jean Monnet begrüßt ihn am Flughafen, und noch in den „Erinnerungen" verrät ein unterkühlter Satz, wie sehr sich Adenauer über diese gezielte Unhöflichkeit geärgert hat: „Mein Empfang auf dem Flugplatz von Orly war sehr unzeremoniell. Ich war das erste Mitglied der deutschen Bundesregierung, das seit Kriegsende Paris besuchte."

Doch der in Etikettefragen sonst so pingelige Adenauer sieht diesmal über die Provokation unbewegt hinweg. Schließlich will er etwas: Rückkehr in den Kreis der westeuropäischen Demokratien... François-Poncet spielt den gastlichen Fremdenführer, fährt ihn in den Bois de Boulogne, promeniert mit ihm über die Champs-Elysées, geleitet ihn auf den Arc de Triomphe. Genau betrachtet ist die Begleitung durch Françoise-Poncet nicht nur eine Geste der Höflichkeit. Man kann daraus leicht den Schluß ziehen, daß der deutsche Bundeskanzler auch in Paris keinen Schritt tun darf ohne die diskrete Anwesenheit des französichen Hohen Kommissars, der immer noch die oberste Gewalt in der Bundesrepublik ausübt. Ein gutes halbes Jahr später wird es ihm übrigens in London nicht anders ergehen. Nur daß dort Sir Ivone Kirkpatrick in persona an das Besatzungsstatut erinnert.

Einen Tag nach seiner Ankunft besinnt sich das offizielle Paris auf die international üblichen Umgangsformen. Präsident Auriol, von dem bekannt ist, daß er zu den entschiedensten Gegnern Deutschlands gehört, bittet zu einem Frühstück und sagt Adenauer dabei jedenfalls keine Unfreundlichkeiten. Robert Schuman erweist sich diesmal von seiner verbindlichsten europäischen Seite, verspricht Adenauer zu seiner großen Erleichterung auch, sich unter keinen Umständen auf eine Neutralisierung Deutschlands einlassen zu wollen. Ärgerlicherweise taucht auch jetzt wieder die Saarfrage auf, wobei Schuman erneut eine Konzession herausschlägt. Adenauer muß zustimmen, daß ein dem Friedensvertrag vergleichbarer Vertrag gegebenenfalls den Status des Saarlands endgültig festlegen darf. Künftige Pressionen sind also absehbar. Daß Frankreich in den Organen der Montanunion das Saarland in ähnlicher Weise vertritt wie Monaco und Andorra, ist mehr als ein Schönheitsfehler, muß aber geschluckt werden.

Auf Adenauer macht das Ambiente des Elysée-Palastes und des Quai d'Orsay einen starken Eindruck. Schon als Oberbürgermeister hat er auf die Bedeutung des repräsentativen Dekors achten gelernt. Bei den Verhandlungen der Sechs in dem mit kostbaren Wandteppichen ausgestatteten Beauvais Salon des Quai d'Orsay vergleicht er voller Kümmernis, wie glänzend sich die Nachbarstaaten Deutschlands präsentieren können. Hier stellt sich der Staat noch in Glanz und Würde dar, genauso wie in Rom oder in London, wo er wenige Monate später die gleiche Erfahrung macht. Wie kläglich wirkt demgegenüer die bemühte Gutbürgerlichkeit Bonns! Gibt er im Palais Schaumburg ein größeres Essen, für das die beiden Salons im Erdgeschoß gebraucht werden, fehlt der Raum, in dem die Gäste ihren Willkommens-Drink zu sich nehmen können! Oft muß man deshalb mit Staatsgästen in den ungemütlichen Königshof ziehen, woher auch das Eßservice und das Besteck für die Diners im Haus des Bundeskanzlers leihweise kommen. Selbst Bilder und Teppiche im Palais Schaumburg sind Leihgaben.

Das sind Beobachtungen am Rande, aber seit sich Adenauer endlich im Ausland umsehen kann, bekommen seine Gesprächspartner zu Hause häufig zu hören, woran es der neuen deutschen Demokratie fehlt: an der Würde, am Glanz, am Stil, der nicht allein auf ausländische Besucher wirken solle, sondern auch den Deutschen selbst vor Augen führen könnte, daß die Demokratie eine Staatsform ist, die sich sehen lassen kann und Respekt verdient. Auch er selbst gewinnt bei diesen Besuchen im Ausland an Schliff und an Sicherheit des Auftretens. Acheson, der ein scharfes Auge für Personen hat, stellt beim zweiten Zusammentreffen mit Adenauer Ende 1951 fest, wie dieser im Verlauf von zwei Jahren an Selbstsicherheit gewonnen hat und jetzt eine eindrucksvolle Figur ist.

Mit Beginn der Außenministerverhandlungen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl kehrt Deutschland wieder protokollarisch gleichberechtigt in den Kreis der westeuropäischen Demokratien zurück. Adenauer tritt von Anfang an mit der ihm eigenen Würde auf und hütet sich, das ohnehin noch ausgeprägte Überlegenheitsgefühl der etablierten Mitglieder des Clubs durch unterwürfige Schuldbekenntnisse und Demutsgebärden zu stärken. Klugerweise unterdrückt er zwar in diesem Kreis damals und später die ihm eigene Arroganz, doch nimmt er die Verhandlungen im Bewußtsein auf, ein Volk zu repräsentieren, das früher oder später wieder zu den europäischen Großmächten gehören wird.

Ein paar Monate danach läßt er einige deutsche Journalisten, die er zur Teerunde um sich versammelt hat, einen Blick in sein Inneres tun: „Wenn ich wieder eine Großmacht werden will – und das müssen wir Deutsche werden –, muß ich anfangen aufzutreten, wie eine Großmacht auftritt." 35 Jahre später würde sich jeder Bundeskanzler hüten, den Begriff auch nur in den Mund zu nehmen. Adenauer ist damals nur knappe sechs Jahre vom Jahr 1945 entfernt. Der Zweite Weltkrieg und die SS-Greuel sind noch in frischester Erinnerung. Doch das ist für diesen selbstbewußten Mann kein Grund, für Deutschland nicht voll zäher Beharrlichkeit erneut jenen Platz in der Staatengesellschaft anzustreben, auf den es seiner Überzeugung nach Anspruch hat...

Der Einfluß, den das permanente Verhandeln im Kreis der Sechs auf die Entwicklung der europapolitischen Vorstellungen Adenauers hat, kann gar nicht überschätzt werden. Hier im Kreis der Gründungsmitglieder der Sechsergemeinschaft und bald im Ministerrat der Montanunion lernt er die wesentlichen Akteure westeuropäischer Außenpolitik genausogut kennen wie die Interessen ihrer jeweiligen Staaten. Da er zwischen 1951 und 1955 beide Hüte trägt, den des Außenministers und den des Bundeskanzlers, sind ihm sowohl die Regierungschefs wie die Außenminister der Sechs bald bestens vertraut.

Er erwirbt jetzt ein feinnerviges Gespür dafür, was in Europa möglich ist und was nicht. Das bewahrt ihn in der EVG-Frage zwar nicht vor gravierenden Fehleinschätzungen, aber dennoch verschaffen ihm die von nun an regelmäßigen Treffen gegenüber jedem anderen deutschen Politiker einen Informationsvorsprung, der gar nicht mehr aufzuholen ist. So wie er seinerzeit als Kölner Oberbürgermeister regelmäßig die Stadt verlassen hat, um in den zahlreichen Gremien Preußens und des Reiches mitzuwirken, Kölner Interessen wahrzunehmen, neue Entwicklungen zu erspähen, so verläßt er künftig immer wieder die provinzielle Bonner Szenerie, um sich in Paris, Straßburg und Luxemburg, in Brüssel oder Rom vielfältigen europäischen Angelegenheiten zu widmen.

Die wichtigste Begegnung seines Londoner Aufenthaltes im Dezember 1951 findet weder in Downing Street 10 noch im Foreign Office statt, sondern in Adenauers Suite im Hotel Claridge's. Der Besucher, der ihn hier unter strengster Geheimhaltung aufsucht und zu diesem Zweck die Hintertreppe des Hotels benutzt, ist Nahum Goldmann – Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses. Hier aber kommt er in seiner Eigenschaft als Präsident der Conference on Jewish Material Claims against Germany. Goldmann schreibt in seinen Erinnerungen: „Von allen wichtigen Gesprächen, die ich je geführt habe, war dieses emotionell das schwierigste und politisch vielleicht das bedeutsamste." Auch Adenauer ist an diesem 6. Dezember 1951 in einem Zustand höchster Bewegtheit. „Ich habe", hört Goldmann während seiner Darlegung von ihm, „die Flügel der Weltgeschichte in diesem Raum gespürt." Es geht um die Wiedergutmachung an den Juden. In dieser Frage ist Adenauer zutiefst engagiert. Es war schon im alten Köln bekannt, daß der Oberbürgermeister als Philosemit in bestem Sinn gelten konnte. Adenauer hat damals die orthodoxe Gemeinde in ihrer Vielfalt und Andersartigkeit unterstützt, assimilierte Juden wie Louis Hagen, den er als einen seiner wichtigsten Förderer erkennt, bewundert, die jüdischen Professoren geschätzt, Aufführungen jüdischer Musiker genossen und selbst für die Zionisten Sympathie empfunden. 1933 erfährt er zudem noch jüdische Großzügigkeit. Dannie N. Heineman, der aus seinem Judentum allerdings nie Aufhebens gemacht hat, ist einer der wenigen, die ihm in der Not beistehen. So ist Adenauer der Hitlersche Antisemitismus schon vor 1933 ganz besonders zuwider – Zeichen von Unkultiviertheit und Primitivität.

Wie sieht er nun nach 1945 die Frage der Wiedergutmachung? Diskriminierung und Drangsalierung der jüdischen Deutschen in den Jahren 1933 bis zum Kriege ist – so hat es den Anschein – nur ein Unrecht unter anderen, das in der Diktatur den Gegnern oder bestimmten ausgesuchten Gruppen zugefügt wurde. Er verwendet dafür später häufig den vergleichsweise zurückhaltenden Begriff „Unrecht" – Verstoß gegen die Rechtsordnung, auch Sünde im christlichen Sinn mag darin mitschwingen. Was die NS-Schikanen der Jahre 1933 angeht, ist seine Position eindeutig. Die Opfer staatlich verordneten Unrechts haben Anspruch auf „Wiedergutmachung". Da dabei in jedem Einzelfall Persönlichkeitsrechte verletzt, benennbare Schäden zugefügt wurden, richtet sich auch die „Wiedergutmachung" nach dem Schaden. Schuld im strafrechtlichen und moralischen Sinn trifft diejenigen, die das „Unrecht" anordneten oder direkt daran mitwirkten. Man muß sie bestrafen...

Doch die Folgen des Genozids können nicht allein strafrechtlich bewältigt werden. Auf der einen Seite gibt es nämlich die Überlebenden, die den Konzentrationslagern entkommen sind und größtenteils in Israel eine Heimat gefunden haben – ihnen gegenüber besteht gleichfalls die Rechtspflicht zur Wiedergutmachung. Auf der anderen Seite hat der deutsche Staat, also die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs, die Pflicht, die von der deutschen Regierung begangenen Verbrechen zu verantworten. Diese Verantwortung ist moralischer und rechtlicher Natur...

So etwa sind die Überlegungen zu erfassen, die Adenauer bewegen, wenn er die Wiedergutmachung an den Juden als eine der großen Aufgaben deutscher Nachkriegszeit begreift... Er würde freilich nicht Adenauer sein, wäre er sich nicht zugleich der realpolitischen Dimension dieser Frage bewußt. Angesichts des großen Einflusses des Judentums in den USA ist alles, was er in dieser Hinsicht unternimmt, auch ein Gebot der Staatsklugheit. Der gewaltige Betrag von 1,5 Milliarden Dollar für die materielle Wiedergutmachung soll auch politische Dividenden abwerfen.

Die Analogie zu den Reichsschulden, über die in den Jahren 1951 und 1952 gleichfalls zu verhandeln ist, liegt auf der Hand. Wenn die Bundesrepublik den Anspruch auf Rechtsnachfolge des Reiches erhebt, muß sie im Grundsatz die Reichsschulden und die Schulden aus der Besatzungszeit übernehmen. Anders ist eine Wiederherstellung des deutschen Kredits nicht möglich. Genauso steht es mit der moralischen Verantwortung Deutschlands ... Die Wiedergutmachungsfrage hängt aber auch mit den Schuldenverhandlungen zusammen. Zum großen Verdruß Adenauers hat ja die New Yorker Außenminsterkonferenz, der im September 1950 die beiden Memoranden Adenauers vorlagen, die positive Weiterentwicklung der deutsch-alliierten Beziehungen von einer Regelung der Reichs- und Nachkriegsschulden abhängig gemacht. Seit langem laufen entsprechende Vorverhandlungen. Die eigentliche Schuldenkonferenz, bei der die Bundesrepublik von Hermann J. Abs vertreten wird, beginnt im Februar 1952 in London und dauert ein ganzes Jahr. Kein Wunder, daß Abs, an den Adenauer auch noch im Frühjahr 1952 als Außenminister denkt, zu den erbittertsten Gegnern eines Wiedergutmachungsabkommens gehört, besonders als er erfährt, wie hoch die Summe sein soll, für die sich Adenauer engagiert hat.

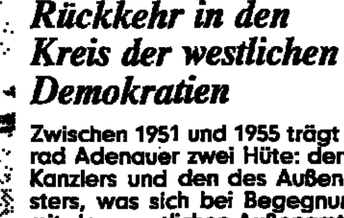
Fast die Hälfte des Marshall-Plans

Die deutsche Verhandlungsstrategie auf der Londoner Schuldenkonferernz muß natürlich darauf gerichtet sein, den Nachweis zu führen, daß die Bundesrepublik nur einen Teil der Schulden übernehmen kann, und auch das nur in Form eines langfristig konzipierten Tilgungsplans. Die Gesamtschuld, auf die man sich schließlich einigt, beläuft sich auf rund 13 Milliarden Mark – nicht ganz das Doppelte der jüdischen Wiedergutmachungsforderung ... Bei nüchterner Betrachtungsweise ist eine Anerkennung der jüdischen Forderung in Höhe von rund 7,5 Milliarden Mark undenkbar. Adenauer weiß das auch, und dies ist einer der Gründe, weshalb er anfänglich zögert. Vorsichtig knüpft er über Herbert Blankenhorn Kontakte zur jüdischen Seite...

Goldmann weigert sich, den Bundeskanzler zu treffen, bevor dieser im Deutschen Bundestag eine von ihm zuvor akzeptierte Erklärung zur Wiedergutmachungsfrage abgibt. Adenauer ist dazu bereit, stellt in einer einstimmig gebilligten Regierungserklärung vom 27. September 1951 fest, er wolle zu einer Lösung des Wiedergutmachungsproblems mit Vertretern der jüdischen Weltverbände und des Staates Israel kommen, um „damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern". Damit hat er eine Art überparteilich erteilter Blankovollmacht für Verhandlungen in der Hand. Die entscheidende Frage ist aber immer noch nicht geklärt, ob die jüdische Forderung in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar als Verhandlungsbasis akzeptiert wird. Eine ungeheure Summe ist das, mehr als die Hälfte der 2,7 Milliarden Dollar, die Westdeutschland zwischen April 1948 und Juni 1952 aus dem Marshall-Plan erhalten hat! Darum geht es bei dem Zusammentreffen am 6. Dezember 1951 im Londoner Hotel Claridge's.

Ohne vom Kabinett autorisiert zu sein, trifft Adenauer nach einem einstündigen Gespräch eine der großen einsamen Entscheidungen seiner Kanzlerschaft ... Die meisten Kabinettsmitglieder trauen ihren Ohren nicht, als sie erfahren, was Adenauer getan hat. Vor allem Bundesfinanzminister Schäffer ist empört und macht ihm die heftigsten Vorwürfe. Abs hat das Empfinden, daß ihm bei den Verhandlungen über das Schuldenabkommen der Teppich unter den Füßen weggezogen worden ist, und bemüht sich erfolglos, die Summe herunterzuhandeln. Adenauer hält dem Druck, der von allen Seiten kommt, hartnäckig stand, bewilligt sogar neben einer Milliarde Dollar für Israel auch noch 500 Millionen Dollar als Grundlage der Forderungen jüdischer Organisationen.

FOTO: SVEN SIMON





Rückkehr in den Kreis der westlichen Demokratien

Zwischen 1951 und 1955 trägt Konrad Adenauer zwei Hüte: den des Kanzlers und den des Außenministers, was sich bei Begegnungen mit den westlichen Außenamtskollegen (rechts unten) nicht nur protokollarisch als nützlich erweist. Unser Bild zeigt ihn (v. l.) mit Dean Acheson (USA), Robert Schuman (Frankreich) und Anthony Eden (Großbritannien). Nach einem Frühstück in Downing Street 10 am 4. Dezember 1951 stellten sich Winston Churchill und Adenauer den Fotografen (rechts oben). Später kam Nahum Goldmann (Bild links) über die Personaltreppe zu Adenauer ins Hotel, um über die Wiedergutmachung zu verhandeln.

Samstag in der WELT
Bonn strebt nach Souveränität – EVG und NATO – Adenauers Abwehrkampf gegen die Moskauer Noten-Offensive

Richtigstellung: Unser Text zum Foto „Adenauer mit vier von seinen sieben Kindern" war fehlerhaft. Abgebildet waren: Ria, Libeth und Konrad, Frl. Meyer, Schwiegertochter Gisela, Sohn Max und Adenauers zweite Frau Gussie.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Die Kamera des Jahres 1986 in Europa.

Die „Kamera des Jahres 1986 in Europa", gewählt von Fachjournalisten aus neun Ländern, heißt Nikon F-501.

Sie macht das Fotografieren fast so einfach wie das Sehen.

Denn alles, was beim Fotografieren Routine ist, stellt die F-501 automatisch richtig ein.

Zum Beispiel die Schärfe.

Als einzige Kamera der Welt hat sie zwei Autofokus-Funktionen: Autofokus-Priorität und Auslöse-Priorität.

Bei der Autofokus-Priorität löst sie erst aus, wenn das Bild, auch technisch gesehen, scharf ist.

Arbeiten Sie mit Auslöse-Priorität, etwa bei Objekten, die ständig ihre Entfernung ändern, wird die Schärfe nachgeführt. Sie lösen aus, wann Sie wollen. Und so oft Sie wollen. Denn der eingebaute Motor transportiert den Film automatisch weiter.

Automatisch ist natürlich auch die Belichtungsmessung und das Einstellen von Blende und Verschlußzeit durch die Programme P und P HI und eine spezielle Dual-Programm-Automatik. Und wenn Sie die Blende vorgeben wollen, dann führt die Zeitautomatik A die Belichtungszeit automatisch nach. Bei Blitzaufnahmen sorgt die TTL-Blitzprogrammsteuerung dafür, daß Ihre Fotos automatisch richtig belichtet sind.

Doch die F-501 ist nicht nur die sehr handfeste Form einer hochsensiblen Technik.

Sie ist vor allem und insbesondere eine Nikon. Mit dem bewährten Bajonett für alle Nikon-Objektive.

Deshalb lassen sich neben den neuen Autofokus-Objektiven nahezu 30 vorhandene Objektive mit Hilfe eines Konverters als AF-Objektive einsetzen.

Die „Kamera des Jahres 1986 in Europa" ist also mehr als die Kamera eines Jahres.

Sie verbindet die Jahrzehnte.

Und wir denken dabei nicht nur an die Jahrzehnte, die hinter uns liegen.



FOTOMAGAZIN / D
AMATEUR PHOTOGRAPHER / GB
FOCUS / NL
FOTO / FILM & VIDEO / DK
FOTO / S
KAMERA LEHTI / SF
PHOTO CINE EXPERT / CH
PHOTO MAGAZINE / F
TUTTI FOTOGRAFI / I

Nikon GmbH, Tiefenbroicher Weg 25, 4 Düsseldorf 30
Telefon 0211/41570

EKD warnt vor Änderung des Asylrechts

DW. Hannover

Eine Änderung des Grundrechts auf Asyl hat die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) in einer in Hannover veröffentlichten Stellungnahme nachdrücklich abgelehnt. Sie warnt vor „Dramatisierungen und tendenziösen Darstellungen", da diese „lediglich Ängste und Aggressionen schüren".

In dem umfangreichen Papier, das unter dem Titel „Flüchtlinge und Asylsuchende in Deutschland" erschienen ist, äußert die EKD „ganz erhebliche Bedenken" gegen die Behandlung von Asylsuchenden bis zur Entscheidung über ihren Anerkennungsantrag. Das Arbeitsverbot, die Zwangsunterbringung in Sammelunterkünften, die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Begrenzung der Sozialhilfe auf Sachleistungen brächten den Betroffenen nach den vorliegenden Erfahrungen „menschliche und soziale Langzeitschäden". Diese Entwicklung sei weder mit dem christlichen Menschenbild noch mit dem Verfassungsgrundsatz der Menschenwürde vereinbar.

Die EKD betont, sie vertrete nicht die Auffassung, daß die Bundesrepublik grenzenlos Flüchtlinge aufnehmen solle. Angesichts der wachsenden Flüchtlingsnot müsse jedoch auch dieses Land einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung dieses Problems leisten. In ihrem Papier verweist die EKD auf eine Statistik des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen vom Dezember 1985. Danach habe die Bundesrepublik 126 000 Flüchtlinge aufgenommen, was einem Anteil von 0,2 Prozent der Bevölkerung entspricht.

Es gebe daher keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik, was die Aufnahme von Schutzsuchenden betreffe, an der Grenze des Möglichen angelangt sei. Statt einer Änderung des Grundgesetzes fordert die EKD national und international bessere politische, juristische und humanitäre Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Asylsuchenden.

Kritik äußert die EKD an der ablehnenden Haltung zahlreicher Kirchengemeinden gegenüber Flüchtlingen. Die Kirche und die Diakonie müßten sich in den kommenden Jahren auf eine Daueraufgabe einrichten und ihre hauptamtliche Flüchtlingsarbeit verstärken.

Von Bonn kann Lafontaine vorerst keine finanziellen Hilfen erwarten

Zunächst geht es um gesamten Finanzausgleich / Saarbrücken erwartet „Nachspeise"

ULRICH REITZ, Bonn

Das Saarland hat die Bundesregierung zwar um finanziellen Beistand gebeten, aber die Landesregierung rechnet selbst damit, daß vorerst keine Millionen von Bonn an die Saar fließen werden. Dafür spricht auch ein Schreiben von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) an den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD), wonach der Bund sich außerstande sieht, die Strukturhilfen an das Saarland in Höhe von 300 Millionen Mark über 1987 hinaus zu verlängern. Dies war eine der Forderungen des Memorandums, das der Landtag am 20. August verabschiedet hatte und das jetzt der Bundesregierung zugeleitet wurde.

Verständnis für Stoltenberg

Doch während Lafontaine diese Absage als (parteipolitisch motivierten) mangelnden Willen der Bundesregierung auslegte, dem Saarland unter die Arme zu greifen, geht sein Finanzministerium das Problem gelassener an, zeigt sogar Verständnis für die Bonner Entscheidung. „Es war richtig von Stoltenberg, dem Saarland keine Zusage zu geben, so lange kein Konzept über die Neustrukturierung des Länderfinanzausgleichs vorliegt", heißt es in der Umgebung von Finanzminister Kasper.

Nach dem Karlsruher Urteil über den Finanzausgleich werden die Länder am 19. September die erste Runde des Tauziehens um die Neufassung der Finanzströme bestreiten. Stoltenberg ist als „Gast" dabei.

Anders als Lafontaine bewertet das Finanzministerium in Saarbrücken die Bereitschaft Bonns, zu helfen. Stoltenberg habe Kasper schon Anfang des Jahres zugesagt, den Finanzausgleich zu intensivieren. Diese generelle Bereitschaft habe auch Stoltenbergs Parlamentarischer Staatssekretär Voss bekundet, als er von der Bereitschaft der Bundesregierung sprach, die Probleme der finanzschwachen Länder zu lösen.

Und an der Finanzschwäche des kleinsten Flächenlandes besteht kein Zweifel. Bereits im vergangenen Jahr formulierte der Landesrechnungshof in einem Sondergutachten ernsthafte Bedenken, ob die Praxis der Kreditfinanzierung noch verfassungskonform sei. De facto ist sie es nicht mehr. Denn seit nunmehr zehn Jahren überschreitet die Nettokreditaufnahme das Volumen der Investitionen im Landeshaushalt. Der saarländische Verfassungsgerichtshof hat dies zwar schon vor 15 Jahren – „in weiser Voraussicht", glaubt des Finanzministerium – zugelassen. Aber eben nur als Ausnahme, nicht als permanenten Zustand. 1987 wird die Netto-Kreditaufnahme mit 750 Millionen Mark fast vollständig durch Zinstilgungen aufgezehrt werden. Von einer „Pleite" des Landes will man nur deshalb nicht sprechen, weil der „Vergleich zwischen einem privatwirtschaftlichen Unternehmen und einem Bundesland unzulässig ist".

„Generalabsolution"

Trotz des ersten Dämpfers aus Bonn sieht man im Saarland auch nach einer konzeptionellen Neufassung des Finanzausgleichs Chancen, „Vor- und Nachspeisen" zu ergattern. Wenngleich dies, so wird hinzugefügt, Stoltenberg heute schwieriger fallen dürfte als in den Jahren, als im Saarland die CDU regierte. Allerdings wird das Saarland zunächst bei den Verhandlungen mit den Ländern und dem Bund vorsichtig taktieren müssen. Vor dem 10. März 1984, dem Wahltag, hatte man der damaligen Landesregierung (CDU/ FDP) mit Blick auf den beachtlichen Schuldenberg von 7,1 Milliarden Mark (Ende 1984) noch Mißwirtschaft vorgehalten. Heute findet eine „Erblast-Diskussion" nicht statt, weil die Regierung weiß, daß die anderen Länder „nicht dazu da sind, die Mißwirtschaft einer Landesregierung auszubügeln". Die heutige Opposition kann sich freuen: „Wir haben denen eine Generalabsolution erteilt."

Rüge für Behörden in der Ukraine

AP, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat Kritik an den Behörden in der Ukraine geübt. Auch mehr als vier Monate nach der Katastrophe von Tschernobyl unterrichteten die Behörden die Bevölkerung nicht angemessen über Gefahren für die Gesundheit. Zwei „Prawda"-Reporter berichteten, sie hätten einen kurzen Blick auf den Unglücksreaktor von Tschernobyl werfen dürfen. Kurz deshalb, hieß es, weil die Strahlungswerte am Ort noch immer hoch seien. Neue Strahlung gehe vom Reaktor aber nicht aus, schrieben die Reporter. Die Oberseite des Reaktors sei mit einer Plastikschicht versiegelt worden, die radioaktiven Staub am Entweichen hindere.

Will Börner 1988 sein Amt abgeben?

breu. Düsseldorf

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) will in zwei Jahren aus seinem Amt ausscheiden und die Leitung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn übernehmen. Heinz Kühn, der Vorsitzende der SPD-nahen Stiftung und frühere NRW-Ministerpräsident bestätigte gestern diese WELT-Information. Kühn erklärte, er wolle im Herbst 1988 den Platz für Börner freimachen, der dann aus der aktiven Politik ausscheiden wolle. Dies hätten sie „vereinbart", meinte Kühn gegenüber der WELT. Börner habe die Absicht, die hessische SPD im kommenden Jahr noch einmal in die Landtagswahl zu führen und nach einem Wahlsieg ein Jahr später sein Amt einem Nachfolger zu übergeben.

Murphy wieder auf Nahost-Reise

rtr, Tel Aviv

Der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Murphy hält sich erneut zu Gesprächen in der Region auf, um die Chancen für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen auszuloten. Nach israelischen Angaben sprach er am Montag abend mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres. Gestern morgen flog er nach Amman weiter. Beobachter erwarten, daß die Reise Murphys mit den israelischen Bemühungen zusammenhängt, Jordanien für Friedensverhandlungen zu gewinnen. Für die kommende Woche ist ein Gespräch zwischen Peres und dem ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak geplant. Thema sind die Verhandlungen über den Geländestreifen Taba.

Daniloff muß noch auf seinen Anwalt warten

RMB. Moskau

Der am Wochenende in der UdSSR verhaftete amerikanische Korrespondent Nicholas Daniloff, der seit fünfeinhalb Jahren für die angesehene Wochenzeitschrift „U.S. News and World Report" in Moskau arbeitet, befindet sich in einem Untersuchungsgefängnis in Einzelhaft.

Dort haben ihn seine Frau und sein Sohn besucht, teilte der Sprecher des Außenministeriums, Gennadij Gerassimow, in Moskau mit. „Ich kann ihnen versichern, daß er sich über seine Behandlung nicht zu beklagen hat", sagte Gerassimow.

Einzelheiten über die Umstände der Verhaftung, die erhebliches Aufsehen in westlichen Korrespondentenkreisen erregen, wurden nicht gegeben. Nur der knappe KGB-Bericht wurde wiederholt.

Danach wäre Daniloff „unglücklicherweise" auf frischer Tat auf den Leninhügeln ertappt worden, als er einen Umschlag entgegennahm. Dieser Umschlag sei dann in seiner Gegenwart geöffnet worden und habe Geheimdokumente enthalten. Somit sei Daniloff ein „Fall für den Untersuchungsrichter".

Auf die Frage eines amerikanischen Korrespondenten, was man als westlicher Berichterstatter tun müsse, um nicht „reingelegt" zu werden, verwahrte sich Gerassimow gegen eine solche Vermutung. Seine Version lautet: Daniloff hätte sich mit jemanden getroffen, der ihm Geheimmaterial übergeben wollte. Daniloff hätte das gewußt. Im übrigen habe ihn niemand gezwungen, dort hinzugehen."

Frau Daniloff sagte, daß der Fall ihres Mannes in den nächsten zehn Tagen vor Gericht verhandelt werden soll. Dann ist es Daniloff nach sowjetischem Recht auch erlaubt, Rechtsbeistand zu fordern.

Was die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen anbelangt, so sieht Moskau diese keineswegs durch den Fall „Daniloff" getrübt. Gerassimow: „Ich meine, daß dies ein unangenehmes Verbrechen ist, aber es wird unserem Wunsch, die Beziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion zu verbessern, nicht entgegenstehen."

Daß Daniloff ein Opfer der „Reziprozität" sei, wies Gerassimow weit von sich. Der Fall des sowjetischen UNO-Beamten Saccharow sei „ein ganz anderer Fall".

In Moskau wird Lösung für Afghanistan gesucht

Amerikanisch-sowjetische Gespräche vor Gipfeltreffen

rtr/AFP. Moskau/Islamabad

Im Moskauer Außenministerium haben gestern amerikanische und sowjetische Delegationen eine neue Gesprächsrunde über Afghanistan begonnen. In amerikanischen Botschaftskreisen wurde betont, daß das zweitägige Treffen den Charakter eines Meinungsaustausches und keine Verhandlungen zum Gegenstand habe. Im Mittelpunkt der Gespräche, über deren Inhalt beide Seiten Stillschweigen wahren, dürfte die Frage des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan stehen.

Das Treffen gehört zu der Serie von Gesprächen vor der für den 19. und 20. September geplanten Begegnung der Außenminister der USA und der Sowjetunion, die der Vorbereitung des zweiten Gipfeltreffens von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow dienen soll. Die sowjetische Delegation wird vom Leiter der Nahost-Abteilung des Außenministeriums, Juri Alexejew, geführt. An der Spitze der amerikanischen Delegation steht der stellvertretende Abteilungsleiter im Außenministerium für Nahost und Südasien, Arnold Raphel.

Auf dem Gipfeltreffen im vergangenen Jahr hatte Reagan die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan als Hindernis auf dem Weg einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen bezeichnet. Die sowjetische Regierung ihrerseits fordert als Vorbedingung für eine Verhandlungslösung der Afghanistan-Frage, daß der Westen jede Unterstützung der Widerstandskämpfer aufgibt.

Von der amerikanischen Regierung war die Ankündigung Gorbatschows vom Juli, bis Ende dieses Jahres sechs Regimenter aus Afghanistan abzuziehen, als nicht ausreichend bewertet worden.

„Kabul will verhandeln"

Der Präsident der Nationalen Vaterlandsfront (NFF, eine Dachorganisation von nicht-kommunistischen Organisationen mit regierungsfreundlicher Orientierung) hat unterdessen erklärt, die Kabuler Führung wolle demnächst direkte Kontakte zu den moslemischen Kämpfern aufnehmen, um wenigstens einen Teil von ihnen auf ihre Seite zu ziehen. Die NFF werde den Widerstandskämpfern Straffreiheit, Arbeit und andere Unterstützung anbieten, wenn sie die Waffen niederlegten. „Es gibt durchaus Möglichkeiten, sie zu gewinnen", sagte Abdul Rahim Hatef zur Nachrichtenagentur Reuters. Der afghanische Parteichef Nadschibullah hatte die NFF im Juni kritisiert und von ihr mehr Aktivität gefordert. Der Staabschef der Regierungstruppen, General Shanawaz Tanai, teilte mit, Nadschibullah sei jetzt Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Dieses Amt steht eigentlich dem Staatspräsidenten zu.

Tote bei Explosionsserie

Bei Kämpfen in der Provinz Nangarhar im Osten Afghanistans sollen 52 Menschen, darunter 40 sowjetische Soldaten, ums Leben gekommen sein. Westliche Diplomaten in Pakistan beriefen sich auf einen Diplomaten „von ungeprüfter Verläßlichkeit" in Kabul und teilten weiter mit, die Widerstandskämpfer hätten drei sowjetische Panzer und 30 Lastwagen zerstört. In der Provinz Takhar hätten sie 100 feindliche Soldaten und in der nordöstlichen Provinz Samangan 80 Regierungssoldaten getötet. Außerdem habe sich im August ein Kommandant mit 80 Mann den Widerstandskämpfern in der östlichen Provinz Ningahar ergeben.

Die Diplomaten berichteten ferner, sie hätten Meldungen über schwere Kämpfe auch um die südliche Stadt Kandahar erhalten. Die Widerstandskämpfer hätten darüber hinaus zum dritten Mal in diesem Sommer die Altstadt von Herat im Westen Afghanistans unter ihre Kontrolle gebracht. Dagegen hatte die amtliche afghanische Nachrichtenagentur „Bachtar" am Sonntag gemeldet, mehrere Widerstandskämpfer seien in der Provinz Herat getötet und einige ihrer Verstecke zerstört worden. Bei der schweren Explosionsserie, die sich in der vergangenen Woche in einem unterirdischen Munitionslager in der Nähe Kabuls ereignet hatte (WELT v. 29. 8.), sind angeblich 50 bis 100 Menschen umgekommen. Zahlreiche Einwohner Kabuls hätten um Erlaubnis gebeten, wegen Trauerfeiern der Arbeit fernbleiben zu dürfen, hieß es weiter in Berichten von Diplomaten in Pakistan. Die Regierung in Kabul hat bisher bestritten, daß es Tote gegeben habe. Widerstandskämpfer wollen das Depot mit drei Raketen beschossen haben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

In keinem Zusammenhang

„USA drängen Pinochet zur Demokratie"; WELT vom 28. August

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

unter Bezugnahme auf Ihren Artikel möchte ich folgendes anmerken:

Der amerikanische Geheimdienst CIA hatte keinerlei Beteiligung an der Intervention der chilenischen Streitkräfte vom 11. September 1973. Dieses hat Henry Kissinger in seinem Buch „Years of Upheaval", („Chile: The Fall of Salvador Allende") eindeutig festgestellt. Eventuelle Aktivitäten der CIA in Chile vor besagtem 11. September 1973, wie es der Verfasser erwähnt, stehen in keinem Zusammenhang mit der Intervention der Streitkräfte.

Die chilenische Justiz untersucht gegenwärtig die Ereignisse, die zum Tode von Rojas de Negri und zu den schweren Verletzungen seiner Begleiterin, Frl. Quintana, führten. Insofern ist es unangebracht, dem Abschluß des Prozesses der chilenischen Justiz durch die Andeutung von Schuldzuweisungen und Vorurteilen vorzugreifen.

Obwohl Chiles Auslandsverschuldung hoch ist (20 Milliarden US-Dollar), befindet es sich weder hinsichtlich der Gesamtsumme noch wenn man sie auf die Bevölkerungszahl bezieht (pro Kopf), unter den Ländern Lateinamerikas mit der höchsten Auslandsverschuldung. Was zählt ist die Tatsache, daß Chile seine Auslandsschulden im Griff hat, ohne Schwierigkeiten den aus der Reprogrammierung der Schulden entstandenen Verpflichtungen nachkommen kann, und noch im Laufe dieses Jahres, dank neuer Kapitalisierungsmechanismen und Übertragung von Schuldtiteln (Konvertierung in Pesos), seine Verschuldung um mehr als eine Milliarde abbauen wird.

Wenn auch von einigen nordamerikanischen Regierungsvertretern und Politikern das Thema eines möglichen amerikanischen Vetos der Vereinigten Staaten gegen Kredite internationaler Organisationen an Chile aufgeworfen wurde, so haben sich wiederum andere Bereiche dagegen ausgesprochen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die amerikanische Regierung politischen Gebrauch von ihrem Stimmrecht innerhalb der internationalen Finanzorganisationen macht und gegen ein lateinamerikanisches Land stimmt, das häufig als Beispiel für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen zitiert wird. Eine solche Handlung widerspräche auch nicht nur den Interessen Amerikas und der Banken, die Hauptgläubiger Chiles, sondern auch denen anderer Gläubigerländer Chiles, denen des chilenischen Volkes, und würde auch den Übergangsprozeß zu einer stabilen Demokratie vehindern.

Mit freundlichen Grüßen
Vasco Undurraga,
Botschafter von Chile

Hospitalkosten

„Krankenhäuser treiben die Beiträge"; WELT vom 20. August

Die Behauptung des Vorsitzenden des AOK-Bundesverbandes, Herrn Heitzer, die Krankenhäuser seien die Hauptkostentreiber im Gesundheitswesen, entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft weist diesen unbegründeten Vorwurf im Interesse der Beschäftigten in den Krankenhäusern mit aller Entschiedenheit zurück.

Richtig ist, daß der bisher überschaubare Zeitraum keine Basis für ein solches Urteil zuläßt. Hinzu kommt, daß die nach neuem Recht ausgehandelten Pflegesätze zwischen den Vertragspartnern vereinbart werden und somit von beiden Seiten, den Krankenkassen und den Krankenhäusern, getragen werden. Sollten die Ausgaben für die Krankenhauspflege trotz aller Einsparungsbemühungen stärker steigen als die Grundlohnsumme der Krankenkasse, so tragen die Krankenhäuser selbst hierfür die geringste Verantwortung.

Der Präsident der DKG, Landrat Konrad Regler, hat erst kürzlich gegenüber Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm detailliert dargelegt, daß in der Hauptsache Tariferhöhungen im Personalbereich, Sachkostensteigerungen sowie eine weiterhin zunehmende Inanspruchnahme der Krankenhäuser besonders durch ältere Mitbürger den finanziellen Mehrbedarf der Krankenhäuser begründen.

Dr. jur. Klaus Prößdorf,
Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG),
Düsseldorf 30

Wort des Tages

„Der erfolgreichste Politiker ist derjenige, der das sagt, was alle denken, und der es am lautesten sagt."

Theodore Roosevelt, amerikanischer Politiker (1858–1919)

Subventionen

„Impulse für Mittelstand"; WELT vom 25. August

Wenn der Sprecher der Landesregierung von Baden-Württemberg, Herr Matthias Kleinert, die 120 bis 140 Millionen Mark an Subventionen für Daimler-Benz als einen bescheidenen Ersatz für die Subventionsmöglichkeiten anderer Länder zu entschuldigen versucht, zeigt dies abermals, wie tief die Länder im Subventionskrieg stecken.

Erst jüngst wurde BMW in Bayern mit 150 Millionen Mark gefördert. Jetzt Daimler-Benz in Rastatt mit einer ähnlich hohen Summe. Die Begründungen sind immer die gleichen: Ohne ein Zubrot würde ein neuer Standort außerhalb der Landesgrenzen gewählt, so daß dem Bundesland wertvolle Arbeitsplätze verlorengingen. Wer bei dieser Puppenstubenpolitik immer wieder vergessen wird, ist der Steuerzahler: Er zahlt die Zeche für jede neue überflüssige Subvention.

In seinem Artikel bezeichnet Herr Kleinert das Projekt Rastatt als Lokomotive für die Stärkung mittelständischer Strukturen. Dies trifft jedoch für jeden beliebigen Standort in Deutschland zu. Abermals bleibt die Verantwortung für das Ganze auf der Strecke.

Michael-A. Mayer,
München 19

Unbedeutend?

„Rechte werden weiter links liegengelassen"; WELT vom 25. August

Unverständlich ist, wenn Herr Günter nur von „linken" und „rechten" Autoren spricht. Weiß er nicht, daß es eine große Zahl von Autoren gibt, die sich weder „links" noch „rechts" einordnen lassen? Weiß Herr Günter nicht, daß die von ihm genannten Begriffe „links" und „rechts" Vorgaben der „Linken" sind, auf die „Nicht-Linke" hereinfallen sollen (und wie der Artikel zeigt, auch hereinfallen)?

Hinzu kommt, daß der Autor den Freien Deutschen Autorenverband nicht kennt. Sonst würde er den FDA, der über ebenso viele Mitglieder wie der VS verfügt, nicht als „unbedeutend" bezeichnen. Wir rühren zwar nicht im „Kot der Mächtigen", wie Herr Grass vom VS kürzlich in Hamburg sagte und Schlagzeilen einheimste, wir sind „konservativ" im besten Sinne des Wortes, wir bewahren Bewährtes.

Klaus Jentzsch,
Landesvorsitzender des Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA)
Baden-Württemberg

Größere Chancen

Ich habe bisher nichts von Asylbewerbern aus Südafrika gelesen oder gehört, wohl aber zum Beispiel aus Ghana, wo die Schwarzen meines Wissens nicht von Weißen unterdrückt werden.

Im Gegenteil erfahre ich nur, daß die Schwarzen aus den Nachbarländern von Südafrika dorthin auswandern, weil sie dort größere Chancen haben, ihren Lebensunterhalt zu erwerben als zu Hause.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Erich Zieler,
Aumühle

Rechtsfrage

„Bischöfe aus Polen zurück"; WELT vom 28. August

„Unter anderem wurde die Frage deutschsprachiger Gottesdienste in den ehemals deutschen Ostgebieten berührt."

Liegt hier eine Desinformation vor?

Es handelt sich doch nicht um ehemals deutsche Ostgebiete, sondern um die deutschen Ostgebiete unter zur Zeit polnischer Verwaltung.

Mit freundlichem Gruß
Fritz Staginnus,
Hanau 1

Akquisiteure

„Behörde auf Arbeitssuche"; WELT vom 27. August

Durch den Beitrag wird der Eindruck erweckt, das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg hätte zusätzliche Planstellen für die Akquisition offener Stellen geschaffen. Dies ist nicht richtig.

Vielmehr wurden in sieben Arbeitsämtern Arbeitsvermittler für diese arbeitsmarktpolitisch wichtige Aufgabe zeitweise von ihren sonstigen Aufgaben freigestellt. Sie sollen im Außendienst Kontakte zu Betrieben aufnehmen und Arbeitgeber zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Arbeitsvermittlung anregen. Bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitslose in Arbeit zu vermitteln. Dazu benötigen wir offene Stellen. Den Arbeitsämtern, die sich darum intensiv bemühen, sollte daraus kein Vorwurf gemacht werden, sie bemühen sich um arbeitslose Mitbürger.

Mit der Akquisition von Stellen verhalten sie sich genau so, wie es der Verfasser des Beitrags von einem modernen Arbeitsamt erwartet: marktnah und flexibel. Im übrigen würde es niemand einem Betrieb vorwerfen, wenn er sich um Erhöhung seines „Marktanteiles" bemüht. Warum wirft man es dem Arbeitsamt vor?

Heinrich Franke,
Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Personen

VERANSTALTUNGEN

Der Lyriker **Reiner Kunze** ist am 23. September abends Gast in der Berliner Landesvertretung in Bonn. Dr. **Rupert Scholz**, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, gewann Kunze für eine Lesung aus seiner Prosa und Lyrik. Verbunden wird der Abend mit einer Bonner Premiere des Gedichtbandes „Eines jeden einziges Leben", erschienen im S. Fischer Verlag. Reiner Kunze war mit seiner kompromißlosen Dichtung in Mitteldeutschland einer beispiellosen Hetz- und Verleumdungskampagne ausgesetzt. Nach Veröffentlichung seines Buches „Die wunderbaren Jahre" bei S. Fischer 1976 wurde er aus dem „DDR"-Schriftstellerverband ausgeschlossen, was praktisch einem Schreibverbot gleichkam. 1977 kam er in den Westen Deutschlands.

*

Bonns Oberbürgermeister Dr. **Hans Daniels** wird der Gastgeber bei einem großen Festkonzert sein, das am 28. September anläßlich des 32. Internationalen Beethoven-Festes in Bonn stattfindet. In der Beethovenhalle soll die Missa Solemnis aufgeführt werden: Engagiert wurden für den Abend **Elisabeth Connell, Waltraud Meier, Siegfried Jerusalem** und **John Macurdy**, dazu der Philharmonische Chor der Stadt Bonn und die Kölner Kantorei sowie das Orchester der Beethovenhalle. Der Oberbürgermeister wird seine zahlreichen Gäste nach dem Konzert zu einem Empfang in das Alte Rathaus einladen.

MEDIEN

Das in Schwerin verlegte evangelische Wochenblatt „Mecklenburgische Kirchenzeitung" hat seit Monatsbeginn einen neuen Chefredakteur. Der 45jährige **Hermann Beste**, bislang als Gemeindepastor in Kirch-Grambow und Propst des Kirchsprengels Gadebusch tätig, übernahm die Redaktionsleitung von Pastor **Gerhard Thomas**, der seit 1977 an der Spitze der Kirchenzeitung stand. Beste gehört seit vielen Jahren dem Pressebeirat des von der mecklenburgischen Landeskirche herausgegebenen Blattes an und übernimmt zugleich auch die Aufgabe des Pastors für den Kirchlichen Pressedienst seiner Landeskirche. Sein Vorgänger Thomas wird Anfang Oktober die Leitung des Ostberliner evangelischen Wochenblattes „Die Kirche" übernehmen.

GEBURTSTAGE

Der Nestor der deutschen Tiermaler, **Friedrich Reimann**, feiert morgen in Zeulenroda in Thüringen, wo er seit 84 Jahren lebt, seinen 90. Geburtstag. Reimann, einer der großen Naturalisten seines Genres, liegt die exakte anatomische und motorische Darstellung der Tiere und ihrer Biotope am Herzen. Reimanns Farbgebung ist kräftig, ohne aufdringlich zu sein; mit wissenschaftlicher Akribie geht er ins Detail. Seine Arbeiten werden seit fast sechs Jahrzehnten kontinuierlich in Fachzeitschriften, wissenschaftlichen Werken und Jagdbüchern publiziert. Von ihm sind die Illustrationen für das Lehrwerk „Praxis der Jagd", und er war der Hauptillustrator (400 Illustrationen) von Professor Grzimeks Tierleben. In seinen großformatigen Gemälden versteht er es auch, die Stimmungsnuancen eines nebligen Herbsttages oder eines frostklirrenden Wintermorgens einzufangen. Für den Kuppelsaal des Naturkundemuseums in Gotha schuf er sechs farbige Wandgemälde. Seine Werke befinden sich in vielen europäischen und amerikanischen Museen und Sammlungen.



Friedrich Reimann in seinem Atelier FOTO: DIE WELT

*

Die große weite Welt war sein Metier, aber angefangen hatte er ganz anders. **A. E. Johann**, der heute sein 85. Lebensjahr vollendet, war Soldat, Werkstudent, Banklehrling und Wirtschaftsprüfer, bevor er als einfacher Arbeiter nach Kanada ging und zum berühmten Reiseschriftsteller wurde. Er beschrieb fast alle Länder der Welt, doch seine große Liebe wurde Afrika. Die Bücher von A. E. Johann gehen in die Dutzende, der Weltenbummler faszinierte Generationen. Als eines seiner Hauptwerke gilt die von 1970 erschienene Roman-Trilogie „Im Strom", das „Ahornblatt" und „Aus dem Dornbusch".

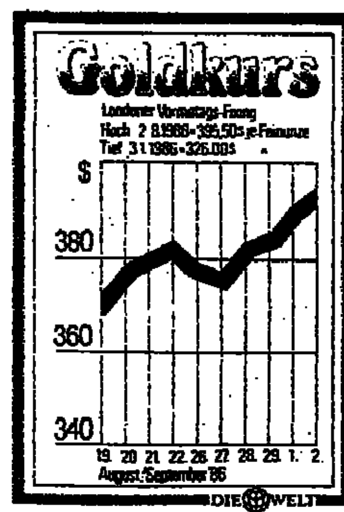
DIPLOMATIE

Zwei neuen Generalkonsuln wurde von der Bundesregierung das Exequatur erteilt. Neuer japanischer Generalkonsul in Frankfurt am Main wird **Tadao Araki**. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Hessen. Bolivien entsendet **Raul Camero Paz** nach Hamburg. Sein Konsularbezirk umfaßt die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

GESTORBEN

Der Bonner Professor Dr. **Hermann Trimborn**, ein „Vater der deutschen Altamerika-Forschung", ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Bereits mit 21 Jahren wurde Trimborn in Bonn zum Dr. rer. pol. promoviert. Mit der damals außergewöhnlichen Dissertation „Der Kollektivismus der Inka in Peru" legte er den Grundstein seiner Forschungstätigkeit, die ihm internationale Anerkennung einbrachte. 1929 habilitierte er sich in Bonn für das Fach Völkerkunde, erhielt aber außerdem von 1933 bis 1936 eine Professur für Amerikanistik an der Universität Madrid. Trimborn ist der Verfasser zahlreicher Lehr- und Standardwerke. Seine herausragendste Leistung ist jedoch, daß er vor fünfzig Jahren in Bonn mit der Lehre des Quechua begann, jener Staatssprache des Inkareiches, die heute noch von neun Millionen Menschen gesprochen wird. Er bleibt damit für immer der erste Wissenschaftler, der diese „Eingeborenensprache" nicht nur als wertvolles Kulturgut erkannt, sondern auch an den europäischen Universitäten salonfähig gemacht hat.

FÜR DEN ANLEGER



Dollarkurs: Präsidentenberater Alan Greenspan erwartet, daß der Dollarkurs bis Ende 1987 zwischen 1,90 und 1,95 DM liegt.

Metallgesellschaft: Mit einem Sprung um 23 auf 356 DM reagierte der Börsenkurs auf das fünfprozentige Engagement der Australian Mutual Provident. (S. 11)

Optionsscheine: Die BHF-Bank Finance begibt zum Preis von 25 DM 100 000 Optionsscheine, von denen jeder zum Erwerb von 1000 DM einer sechsprozentigen Anleihe der BHF-Bank Finance mit siebenjähriger Laufzeit zum Kurs von 100,25 Prozent in der Zeit vom 11. 9. 86 bis zum 9. 9. 88 berechtigt.

Anleihe: Australien begibt über die Deutsche Bank eine 5,25prozentige fünfjährige Anleihe über 200 Mill. DM zu pari als Privatplazierung.

Liquidität: Mit einer relativ hohen Zuteilung von 12,6 Mrd. DM Zentralbankgeld über Wertpapierpensionen bei 8,9 Mrd. DM Fälligkeiten deckt die Bundesbank den saisonbedingt höheren Bedarf; die Großzügigkeit ist also kein Zinssenkungssignal.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 291,79 (289,56); Chemie: 171,55 (170,11); Elektro: 340,35 (340,81); Auto: 785,91 (756,09); Maschinenbau: 156,06 (154,81); Versorgung: 169,52 (169,37); Banken: 436,94 (436,96); Warenhäuser: 180,05 (178,44); Bauwirtschaft: 539,37 (529,69); Konsumgüter: 191,20 (191,42); Versicherung: 1527,28 (1524,01); Stahl: 163,59 (158,77).

Kursgewinner:	DM	+ %
Norsk Data NA A	67,00	10,9
Norsk Data NA B	65,50	7,55
Metallges.	354,00	6,95
Highv. Steel	3,20	6,67
VW	554,50	5,42

Kursverlierer:	DM	– %
Dt. Hypobk. F.-B.	766,00	9,78
Sumitomo Metal	2,35	9,62
Sumitomo Heavy	3,20	8,57
Black & Decker	34,00	7,36
Mitsui Eng.	2,60	7,14

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Uneinheitlich

UNTERNEHMEN & BRANCHEN



Siemens: Das Unternehmen hat seit 1982 insgesamt 50 000 Autotelefone im Gesamtwert von 300 Mill. DM an neun europäische Länder geliefert.

Mitsubishi: Der Autohersteller will seinen Umsatz in der Bundesrepublik in diesem Jahr auf eine Mrd. DM steigern.

Montedison: Der Chemiekonzern erzielte im 1. Halbjahr 1986 einen konsolidierten Konzerngewinn von 200 Mrd. Lire (290 Mill. DM).

Raab Karcher: Der Außenumsatz ging im ersten Halbjahr um 9,5 Prozent auf 3,953 (4,367) Mrd. DM zurück.

Krupp: Mit einer neuen Tochtergesellschaft sollen die Aktivitäten auf dem französischen Markt verstärkt werden.

Telenorma: Das Frankfurter Kommunikationsunternehmen will sein Zweigwerk im pfälzischen Landstuhl doch erhalten.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	1. 9. 86	28. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	205,00	199,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	130,50	129,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	71,50	71,50	51,00	139,00	29,00

NAMEN



Wechsel: Die Präsidenten der staatlichen französischen Stahlkonzerne Sacilor und Usinor, Claude Dolle und René Loubert, sind zurückgetreten. Neuer Präsident wird der 47jährige Francis Mer (Foto). (S. 10)



Ispo: Armin A. Dassler, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Sportartikel-Industrie (BSI), ist auf der Generalversammlung des Weltverbandes der Sportindustrie (WFSGI) zum Präsidenten gewählt worden.

Prozeß: Vor der 10. Großen Strafkammer des Koblenzer Landgerichts *beginnt am 10. September* 1986 der Prozeß gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des zusammengebrochenen Mainzer Baumaschinenkonzerns IBH Holding, Horst-Dieter Esch (43).

WER SAGT'S DENN?

Seit es Flugzeuge gibt, sind die entfernten Verwandten auch nicht mehr das, was sie einmal waren.

Helmut Qualtinger, Kabarettist

Elektronische Bildaufzeichnung kommt erst in den 90er Jahren

photokina-Eröffnung: Bundespräsident lobt gelungene Strukturanpassung der Branche

WERNER NEITZEL, Köln

Die Foto- und Filmkunst ist heute für viele ein wesentlicher Bestandteil ihrer Freizeit. Darauf wies Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Eröffnung der photokina 1986 (3. bis 9. September) in Köln hin. Solange man Foto und Film kreativ nutze und die Produkte nicht nur passiv konsumiere, würden sie nach seiner Einschätzung „stets eine Bereicherung unseres Lebens" sein. Auch die Videotechnik biete eine Chance für die schöpferische Kraft, solange der Mensch es verstehe, damit verantwortungsvoll umzugehen.

Der fototechnischen Industrie attestierte Weizsäcker, eine leistungsfähige Branche mit hochentwickelten Erzeugnissen zu sein. Durch ständige Verbesserung und Verfeinerung der Produkte und Ausweitung des Anwendungsbereichs sei sie zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor auf dem Weltmarkt geworden. Dabei habe sich gezeigt, daß langfristig nicht protektionistische Maßnahmen, sondern der offene Markt und damit der Mut, sich rechtzeitig dem Strukturwandel anzupassen, dafür Ausschlag gewesen sei, „um viele Arbeitsplätze mit Hilfe moderner Technik zu sichern und den Wettbewerb zu erhalten".

Daß die Fotoindustrie mit einem weltweit in 1985 erzielten Umsatz von 100 Milliarden DM, wobei die Schwerpunkte in den USA, Japan und Europa liegen, zu den kleineren Wirtschaftszweigen zählt, unterstrich anläßlich der Messe-Eröffnung Jochen Münnich, Vorsitzender des Photoindustrie-Verbandes. Der Umsatz des Amateursektors mache derzeit knapp 40 Prozent aus, der Fachmarkt, also beispielsweise Röntgen- und medizinische Fotografie, Fotografenhandwerk, Reprofotografie, Mikrofilm und technisch-wissenschaftliche Fotografie, komme auf gut 60 Prozent. Beide Bereiche seien, so Münnich, in 1985 gewachsen. Auch für 1986 und die weitere Zukunft sei die Branche zuversichtlich.

Zur Begründung dieser Zuversicht führte Münnich an, daß fotografische Produkte inzwischen einen Standard erreicht hätten, der für alle Anwender ein Höchstmaß technischer Perfektion biete. Die Präzisionsmechanik in Verbindung mit der Elektronik bei Kameras und Geräten, weiter verbesserte Qualitäten in der Fotochemie und der Verarbeitung seien Grundlagen für Bildresultate, die allen Ansprüchen genügten. Das nach wie vor hohe innovative Potential der Fotowirtschaft stelle sicher, daß sich dieser Trend fortsetze.

Der heutige hohe Qualitätsstandard der fotografischen Bilder – in 1985 wurden rund 40 Milliarden Amateurfotos aufgenommen und verarbeitet – sei nach Münnichs Meinung auf dem Wege der elektronischen Aufzeichnung vielleicht irgendwann in den neunziger Jahren, eher später, erreichbar, wenn man von den Anforderungen ausgehe, die heute an Bildqualität und Preiswürdigkeit vom Amateur gestellt würden. Klassische Fotohersteller seien auch heute noch in der Lage, neue Techniken zu entwickeln und neue Maßstäbe für die Bildaufzeichnung zu setzen.

Auf der Kölner photokina 1986, der Weltmesse des Bildes, präsentieren 1620 Aussteller aus 35 Ländern ihr umfassendes Angebot auf den Gebieten Foto, Film und Video.

Produktion der Industrie steigt weiter

A. G. Bonn

Die Industrieproduktion in der Bundesrepulik ist von Juni auf Juli weiter gestiegen. Nach vorläufigen Ergebnissen nahm sie nach einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums saisonbereinigt um 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat zu, wobei die Juni-Zahlen noch nachträglich um fast einen Prozentpunkt nach oben revidiert worden sind. Die Steigerung ist allein auf das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft zurückzuführen, die ihre Produktion um ein halbes Prozent und sogar um sechs Prozent erhöhen konnten. Das Juli-Ergebnis dürfte wegen der Ferienzeit allerdings etwas überzeichnet sein.

Der Zwei-Monats-Vergleich (Juni/Juli gegenüber April/Mai) weist für das produzierende Gewerbe insgesamt eine Produktionssteigerung um 2,5 Prozent aus. Am stärksten konnte in diesem Zeitraum die Bautätigkeit erhöht werden (plus 5,5 Prozent), aber auch die Leistung der Elektrizitäts- und Gasversorgung stieg mit plus vier Prozent spürbar an. Der Bergbau legte um ein Prozent und das verarbeitende Gewerbe um zwei Prozent zu.

Den Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraums übertraf die Industrieproduktion im Juni/Juli um 2,5 Prozent. Dabei lag die Investitionsgüterindustrie mit plus sechs Prozent weit vorn, der Bergbau mit minus 1,5 Prozent ganz hinten.

AUF EIN WORT



„Der Welthandel kann nicht aus einer Summe aller Bilateralismen bestehen. Die internationalen Handelsbeziehungen haben vielmehr multilateralen Rang. Damit ist unsere Grundforderung an die nächste Welthandelsrunde formuliert: Der arbeitsteiligen Weltwirtschaft ist absoluter Vorrang einzuräumen."

Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Fachbeirates der Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts", Berlin. FOTO: DIE WELT

Billigbutter bald für die Arbeitslosen?

HL. Bonn

Die sozial schwachen Bevölkerungskreise in der Europäischen Gemeinschaft sollen den Butterberg, der inzwischen wieder auf 1,4 Mill. Tonnen angestiegen ist, abbauen. Mit diesem Vorschlag wird Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) zu der kommenden Ministerratsrunde am 15. September nach Brüssel reisen, wie gestern in Bonn bestätigt wurde. Gedacht wird dabei an eine Verbilligung der Butter für den Empfängerkreis um die Hälfte.

Bei bisherigen Bemühungen, den Butterberg abzubauen, war die EG nicht sehr erfolgreich. Die durch Sonderaktionen verkauften zusätzlichen Mengen erreichten kaum 200 000 Tonnen. Deshalb denkt Bonn daran, den anderen Regierungen vorzuschlagen, auch die 15,6 Millionen Arbeitslosen in der EG in den begünstigten Empfängerkreis mit einzubeziehen. Dann ließe sich der Butterabsatz, so wird gehofft, über den normalen Jahresverbrauch von 1,65 Mill. Tonnen jährlich deutlich steigern.

Die Margarineindustrie sieht in den neuesten Plänen zur Steigerung des Butterverbrauchs „ein Wahlgeschenk, das mit unserer Wirtschaftsordnung nicht vereinbar ist", wie ein Sprecher gegenüber der WELT erklärte. Zudem würde der Verbraucher wieder kräftig zur Kasse gebeten. Bei der letzten Aktion in Berlin hätten die zusätzlichen Kosten für den Verkauf von einem Kilo Butter gut 23 Mark betragen.

„Landesregierung Späth instinktlos"

Staatssekretär Grüner kritisiert 140-Millionen-Förderung von Daimler-Benz

ARNULF GOSCH, Bonn

Massive Kritik an der baden-württembergischen Landesförderung von 120 bis 140 Millionen Mark für ein Daimler-Benz-Werk in Rastatt hat gestern der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Martin Grüner (FDP), geübt. Anläßlich einer Pressekonferenz über mittelstandspolitische Fragen erklärte Grüner, die von der Landesregierung angeforderte Information über Details dieser Förderung liege noch nicht vor. Aber schon jetzt müsse man – politisch gesehen – von einem „schweren Fehlgriff" sprechen. Unabhängig von rechtlichen Aspekten sei diese Förderung von einer „Instinktlosigkeit bei Landesregierung und bei Daimler-Benz" geprägt.

Bei Vorstellung einer neuen Broschüre des BMWi, die mit einer Startauflage von 100 000 Exemplaren unter dem Titel „Leistungsträger Mittelstand" über die Förderungsmaßnahmen des Bundes für mittelständische Unternehmen, freie Berufe und Existenzgründer unterrichten will, forderte Grüner mit Nachdruck weitere steuerliche Entlastungen zur Steigerung der Ertragskraft. Das ziele direkt auf eine Stärkung von Innovations- und Investitionskraft, unabdingbare Voraussetzung für mehr Beschäftigung.

Denn jüngste wissenschaftliche Untersuchungen belegten, daß neue Arbeitsplätze vor allem durch den selbständigen Mittelstand geschaffen werden. Nach einer Untersuchung von 1300 Unternehmungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist zwischen 1978 und 1984 die Zahl der Beschäftigten bei kleinen Unternehmen (1 bis 49 Beschäftigte) um 34 Prozent und in mittleren Unternehmen (50 bis 499 Beschäftigte) um zehn Prozent gestiegen. In Großunternehmen (500 Beschäftigte und mehr) ging die Zahl der Mitarbeiter dagegen um 13 Prozent zurück.

Wer, wie die SPD, eine höhere Besteuerung der Besserverdienenden, also auch der handwerklichen Unternehmer fordere, leiste damit einen direkten Beitrag zum Abbau der Beschäftigung. Für besonders wichtig hält der Staatssekretär, daß die Benachteiligung der Selbständigen bei der Altersversorgung beseitigt werde.

Anders als die Mittelstandspolitiker der CDU hält Grüner dagegen wenig von einer steuerstundenden Investitionsrücklage. Diese wäre extrem verwaltungsaufwendig. Schon bei der Auflösung dieser Rücklage käme manches Unternehmen in Schwierigkeiten. Daher sei eine Senkung der Steuern das entscheidende Ziel. Grüner verteidigte dagegen die staatliche Förderung von Existenzgründungen auch in der Bauwirtschaft. Man könne keine Branche ausklammern.

Nach mir die Zukunft

Bm. – Die zögerlichen Aussteiger um Johannes Rau kommen nicht zur Ruhe. Kaum haben ihnen die Männer der Basis die Leviten gelesen und ihnen politische Geschäfte auf Kosten heutiger und künftiger Arbeitsplätze mit dem hektischen Geschrei nach Abschied von der Kernenergie vorgeworfen, da fällt ihnen schon wieder ein mächtiger Brocken vor die Füße.

Gemeint ist das Angebot der Veba Oel AG, ihren Grundbesitz im Rheinbogen von Orsoy ganz oder teilweise an Ansiedlungswillige zu veräußern, soweit sie dort umweltneutrale Projekte verwirklichen möchten. Aber wer will sich schon dort niederlassen, ist doch das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft in Düsseldorf nach wie vor der Meinung, diesen Rheinbogen ganz in Naturgelände umwidmen zu müssen.

Muß man in Düsseldorf wirklich? Oder gilt der Blick wieder einmal nicht dem Ganzen, sondern vornehmlich jenen, die ausschließlich die Natur auf ihre Fahnen geschrieben haben – koste es, was es wolle, und die schließlich auch bei Wahlen ein Kreuzchen machen?

Diese Gruppen hören erst gar nicht hin, wenn man ihnen sagt, daß nur 1,5 Prozent des Geländes, das als Naturraum erhalten bleiben soll, betroffen sind. Sie werden auch die mahnenden Worte des IHK-Hauptgeschäftsführers von Duisburg, Theodor Pieper, in den geliebten Wind schlagen, daß mit dem Veba-Angebot eine neu Chance winke, „sachgerechte" Strukturpolitik zu betreiben.

Bleibt's wie seit Jahren? Verzicht auf neue Industrie, auf neue Techniken, auf Dynamik generell. Wer über den Rand seines politischen Ehrgeizes nicht hinausschauen kann im Land der Arbeitslosen, der handelt nach dem Motto: Nach mir die Zukunft.

Falsche Mitbestimmung

Von JOACHIM GEHLHOFF

Ein Fossil soll neue Zähne bekommen und möglichst kräftiger zubeißen. Für alle Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten, so postulierte es nun die SPD in ihrem „Nürnberger Aktionsprogramm", soll die paritätische Mitbestimmung nach dem Muster des Montanmitbestimmungsgesetzes von 1951 eingeführt werden. Unverbindlicher Papierkram, wie mancher prominente Genosse meinte? Wohl doch ein bißchen mehr.

„Gemeinsam für mehr Demokratie in den Unternehmen", lautet die Devise, nach der die Hans-Böckler-Stiftung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Industriegewerkschaften Bergbau/Energie und Metall in drei Wochen auf dem Duisburger Forum der Montanmitbestimmung frische Popularität einhauchen will.

Daß das Uralt-Gesetz weiterhin auch über seinen einst gedachten Rahmen hinaus gelten möge, regt sogar der CSU-Vorsitzende Strauß an. Mit klarem Nein zu jeglicher Mitbestimmungsausweitung profiliert sich bislang öffentlich vornehmlich die FDP – wobei offen bleibt, ob Koalitionsverhandlungen nach einem Wahlsieg des heutigen Regierungsgespanns auch das auf eine Kompromißformel reduzieren.

Die Montankonzerne sind aus Kohle und Stahl herausgewachsen. Gewerkschaften und SPD wollen die Montanmitbestimmung zumindest mitwachsen lassen. Aber ist sie für Arbeitsplätze nützlich?

Leider nicht ohne Realitätsbezug ist deshalb der Rückblick, was es mit diesem Maximum an Arbeitnehmermitbestimmung in der Unternehmensführung eigentlich auf sich hat. Sie wurde einst mit Generalstreikdrohung ertrotzt, für die reichlich eine Million starke Arbeitnehmerzahl in den Montanbereichen Bergbau und Stahl. Für zwei Wirtschaftszweige, deren Beschäftigtenzahl inzwischen um zwei Drittel geschrumpft sind und die ihre einst herausragende Position in der deutschen Industrielandschaft längst verloren haben.

Ein Strukturwandel, der die früheren deutschen Montankonzerne (vom Steinkohlenbergbau abgesehen) zu Gebilden umformte, die sich längst lieber „Technologiekonzerne" nennen. Das geschieht zwar je nach Unternehmen mit mehr oder weniger berechtigtem Anspruch. Aber es ist in jedem Fall Ausdruck der Tatsache, daß mehr als die Hälfte des Geschäfts außerhalb des Montanbereichs liegt.

Ein Strukturwandel aber auch, in dessen Folge für den Geltungsbereich der Montanmitbestimmung die SPD in weiland sozialliberaler Regierungskoalition der FDP 1981 mit dem Kompromißgesetz mildernd abrang, auch die durch gesellschaftsrechtliche Ausgliederung ihres Stahlbereichs „montanfrei" gewordenen Konzernholdings für jeweils sechs Jahre noch dem alten Gesetz zu unterwerfen. In den Jahren ab 1987, zunächst bei Salzgitter und Mannesmann, geht diese Schonzeit für die Montanmitbestimmer in den Konzernholdings zu Ende, regiert dort wie überall bei deutschen Großunternehmen das Mitbestimmungsgesetz von 1976, wird die Montanmitbestimmung auf ihren Ursprung, auf Kohle und Stahl, zurückgeschnitten.

Ist das, wenn es so kommt, wirklich der Rückfall in den Dauerkonflikt von Kapital und Arbeit, wie die Gewerkschaften im Schulterschluß mit der SPD meinen? Vordergründig führen sie immer wieder ins Feld, daß ohne diese „echte paritätische" Mitbestimmung der gewaltige Aderlaß an Arbeitsplätzen in den Montanrevieren niemals so sozialverträglich abgelaufen wäre. Das bleibt eine unbeweisbare Behauptung. Tatsächlich haben die Montanindustrien in den anderen EG-Ländern, haben deutsche Branchen wie die Textilindustrie ohne die Montanmitbestimmung einen ähnlichen Aderlaß ohne soziale Unruhe überstanden.

Tatsache ist aber auch, daß Unternehmensvorstände, die (noch) mit der Montanmitbestimmung leben müssen, mit öffentlicher Kritik an dieser Führungsform äußerst sparsam sind, um sich Konflikte im eigenen Haus, die ja bis zur Gefährdung des nächsten Anstellungsvertrages gehen können, vom Hals zu halten. An den vielen Unzuträglichkeiten, die dieses alte Gesetz in der Praxis gebiert, ändert das Schweigen aber nichts.

Hervorzuheben ist da vor allem das Problem der „Patt-Auflösung" bei kontroverser Stimmengleichheit von Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat. Das 1976er Mitbestimmungsgesetz, das mit der Einräumung von Arbeitnehmerrechten bis hin zum paritätisch besetzten Aufsichtsrat in der Welt seinesgleichen sucht, gibt da dem Aufsichtsratsvorsitzenden die erlösende Zweitstimme. Bei den Montanmitbestimmern aber gibt dann der „neutrale Mann" den Ausschlag. Zahlreich sind die (meist verschwiegenen) Fälle, in den faule Kompromisse gesucht werden mußten, um den „Neutralen" nicht zu überfordern. Mit kraftvoller und klarer Unternehmensführung verträgt sich das nicht. Es bleibt, letztlich auch zum Schaden der Beschäftigten, die falsche Art von Mitbestimmung.

Leitzinssenkung im September?

Öffentliche Banken verurteilen Bundes-Anleihepolitik

H. Wl. Bonn

Für Leitzinssenkungen besteht in der Bundesrepublik zur Zeit keine ökonomische Notwendigkeit. Da aber wegen der momentan günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine solche Maßnahme auch nicht schädlich ist, werde die Deutsche Bundesbank dem Druck der Amerikaner nun wahrscheinlich doch nachgeben. Zu diesem Schluß kam gestern der Vorsitzende des Verbandes öffentlicher Banken, Hans Fahning, in Bonn.

Seiner Meinung nach bestünden angesichts eines für 1986 zu erwartenden Wirtschaftswachstums von 2,5 Prozent, das sich vor dem Hintergrund eines reibungslosen Übergangs vom Export zur Binnennachfrage vollziehe, keine zinspolitischen Erfordernisse. Auch dürften die Wirkungen derartiger Beschlüsse nicht überschätzt werden, da Diskont und Lombard nur den Rahmen für das Geschehen am Geldmarkt bildeten. Andererseits, so Fahning, seien die mit einer Zinssenkung verbundenen Risiken gering, weil die DM im Aufwertungstrend liege und derzeit keine Inflationsgefahren erkennbar seien. Zwar habe eine solche Maßnahme nur deklaratorischen Charakter; sie könnte jedoch – kurz vor der Weltwährungskonferenz Ende September in Washington angekündigt – als ein Zeichen guten Willens angesehen werden und zur Entkrampfung der angespannten Lage beitragen.

Kritisch äußerte sich Fahning zur Anleihepolitik des Bundes: Die für Langläufer momentan angebotenen 5,5 Prozent riefen unter inländischen Anlegern nur geringes Interesse hervor. Die Plazierungen würden vielmehr überwiegend im Ausland vorgenommen, wo die Papiere wegen der DM-Aufwertungserwartungen guten Absatz fänden. Dem Bund böte sich auf diese Weise nur ein „vordergründiger Kostenvorteil", der bei späterem Verkauf Kursstützungen seitens der Bundesbank nötig mache, deren Gewinn und damit die Überweisungen an den Bund schmälere und schließlich zu erneuter Mittelaufnahme bei – zumindest langfristig – höheren Finanzierungskosten führe oder die gesamte Wirtschaft zur Auffüllung des Lochs mit Steuererhöhungen belaste.

Ölförderung wird beschränkt

Opec-Länder verwirklichen die Beschlüsse von Genf

vos, Bonn

Entsprechend den Vereinbarungen der letzten Opec-Konferenz haben zahlreiche Länder angekündigt, ihre Ölförderung zu drosseln:

Saudi-Arabien wird sich auf die festgelegte Rate von 4,353 Millionen Faß (159 Liter) pro Tag (BPD) beschränken. Seinen westlichen Abnehmern hat das Land aber Lieferungen in vollem Umfange zugesichert. Im vergangenen Monat waren noch 6,0 Mill. BPD gefördert worden.

Libyen will, wie vereinbart, nur noch 990 000 BPD fördern.

Der Iran exportiert seit dem irakischen Angriff auf das wichtigste Verschiffungsterminal Sirri nur noch 500 000 Mill. BPD, vorher waren es schätzungsweise 1,2 bis 1,6 Mill. BPD.

Das Sultanat Oman, das nicht zur Opec gehört, will seine Förderung von derzeit 450 000 bis 600 000 Mill. BPD um 50 000 senken. Oman exportiert hauptsächlich nach Südostasien.

Auch Ecuador fördert seit Montag weniger: Presseberichte sprechen von 45 000 bis 100 000 Mill. BPD weniger, der frühere Stand ist allerdings nicht bekannt.

Kuwait drosselte die Erdölproduktion um 43,7 Prozent von täglich 1,6 Mill. BPD auf 900 000.

Auch die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich zu ähnlich einschneidenden Maßnahmen entschlossen: Nur noch 950 000 Mill. BPD sollen nach bisher 1,7 Mill. BPD gefördert werden.

Ankündigungen Indonesiens, die Förderung „wie vorgeschrieben" auf 1,189 Mill. BPD zu reduzieren, wurden mit Skepsis aufgenommen. Industriekreise schätzen die bisherige Förderung auf 1,3 Mill. BPD.

Gatt als „Partner für den Fortschritt"

EG-Kommission und Europaparlament in Vorbereitung auf Punta del Este

Ha./J. Sch. Brüssel/Paris

Um Weichenstellungen für die Liberalisierungsrunde im Gatt (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) bemühen sich Industrie- und Entwicklungsländer gegenwärtig in bilateralen Gesprächen. Besondere Bedeutung für die in der übernächsten Woche geplante Ministerkonferenz in Punta del Este, Uruguay, hat ein informelles Treffen von Vertretern der EG, der USA, Japans und Kanadas. Es beginnt morgen in der portugiesischen Stadt Sintra.

Unter Vorsitz des für Außenhandelsfragen zuständigen EG-Kommissars Willy de Clercq wollen sich Präsident Reagans Handelsbeauftragter Clayton Yeutter sowie die Handelsminister Hagime Tamura, Tokio, und Patricia Carney, Ottawa, Gedanken darüber machen, wie die bei den bisherigen Vorbereitungsgesprächen entstandenen Engpässe überwunden werden können. Im Juli waren die Gatt-Partner in Genf auseinandergegangen, ohne sich auf einen gemeinsamen Text für die Beratungen in Punta del Este verständigen zu können.

Auch die zwischenzeitlichen Kontakte haben noch nicht erkennen lassen, ob der Start der auf mehrere Jahre berechneten Handelsrunde gelingen wird. De Clercq sagte nach einem Meinungsaustausch mit dem Generaldirektor des Gatt, Arthur Dunkel, und dem uruguayischen Außenminister Enrique Iglesias, es seien noch „beträchtliche Probleme" zu lösen.

Nach wie vor geht es vor allem um die Einbeziehung der Landwirtschaft und der Dienstleistungen in die Handelsverhandlungen. Während im Agrarbereich die EG mit dem Rücken zur Wand kämpft, droht die Öffnung der Märkte für Dienstleistungen am Widerstand einiger Entwicklungsländer zu scheitern.

Die EG läßt trotz des wachsenden internationalen Drucks keinen Zweifel daran, daß sie ihre umstrittenen Exportsubventionen für Agrarüberschüsse nicht aufgeben will. Wenn überhaupt, will sie nur „globalen" Verhandlungen zustimmen, bei denen die verschiedenen nationalen Agrarsysteme miteinander verglichen und Wettbewerbsverzerrungen schrittweise abgebaut werden könnten.

Bei der Eröffnung der Überseemesse „Partner für den Fortschritt" sagte De Clercq gestern: „Wir müssen nach ausbalancierten Lösungen suchen." Die EG werde weder ihre Exportinteressen opfern, noch hinnehmen, für die Lage auf den internationalen Agrarmärkten verantwortlich gemacht zu werden.

De Clercq räumte zwar ein, daß sich die Agrarprobleme als gefährlichstes Hindernis für die neue Handelsrunde herausstellen könnten. Er nimmt aber auch die Drohung Washingtons ernst, ohne Einbeziehung der Dienstleistungen die Konferenz zum platzen zu bringen. Die Furcht der Dritten Welt vor nachteiligen Zugeständnissen in diesem Bereich sei unbegründet.

Weitgehend deckungsgleich mit den Plänen der EG-Kommission zeigte sich gestern auch das Europaparlament anläßlich eines durch den deutschen Abgeordneten, Hans Jürgen Zahorka, in Paris vorgelegten Berichts, in dem das Parlament eine verstärkte Ausübung seiner Kontrollrechte für die nächste Gatt-Runde ankündigt. Um den Protektionismus stärker zu bekämpfen, müßten neue Liberalisierungsmaßnahmen beschlossen werden, die aber „einer Verstärkung der Rolle des Gatt hinsichtlich der Kontrolle des Welthandels" unterzuordnen seien. Außerdem wird ein „Gleichgewicht der Konzessionen" gefordert. Wer dieses Prinzip nicht beachte, dürfe auch nicht in den Genuß seiner Vorteile kommen. Vor neuen Konzessionen müßte ein Kalender über die Beseitigung der bestehenden Handelshemmnisse (Roll-back) aufgestellt und Exportsubventionen „begrenzt" werden.

VW-Aufsichtsrat soll erweitert werden

Ausländische Arbeitnehmervertreter fordern „einmütig" Sitz und Stimme

dos. Wolfsburg

Um den Interessen der VW-Beschäftigten im Ausland besser gerecht zu werden, soll der Aufsichtsrat der Volkswagen AG erweitert werden. Diese Forderung erhoben die Arbeitnehmervertreter der ausländischen VW-Betriebe auf einer Konferenz in Wolfsburg, zu der der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB), Genf, eingeladen hatte. IMB-Generalsekretär Hermann Rebhan verwies auf die weiter gewachsene Internationalität des VW-Konzerns nach der Übernahme des spanischen Automobilherstellers Seat. Immerhin seien jetzt ein Drittel der VW-Belegschaft weltweit (258 000) im Ausland tätig. Denkbar wäre es, die Zahl der Anteilseigner und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat um jeweils eine Person auf dann elf zu erhöhen.

Der Beschluß sei von den „Kollegen außerhalb der Bundesrepublik" einstimmig gefaßt worden. Der Vorsitzende des VW-Konzernbetriebsrates, Walter Hiller, erklärte in diesem Zusammenhang, die Frage sei „kontrovers diskutiert worden". Hiller verwies auf die rechtlichen Schwierigkeiten einer solchen Umbildung. Im übrigen würden sich die Arbeitnehmervertreter im VW-Aufsichtsrat intensiv um die Belange auch ihrer Kollegen im Ausland kümmern.

Jüngstes Beispiel seien die Vorgänge bei VW do Brasil. Auf der Tagung hätten die brasilianischen Kollegen „einen erschütternden Bericht" über Entlassungen während des mehrmonatigen Streiks vorgelegt. Vor allem aktive Gewerkschafter seien davon betroffen worden. Hiller, habe daraufhin den Vorstand in Wolfsburg informiert. Personal-Vorstand Karl-Heinz Briam habe zugesagt, sich mit dem Problem zu beschäftigen und erforderlichenfalls Einfluß auf die Geschäftsleitung in Brasilien zu nehmen.

Neben Brasilien ist es vor allem die Situation in Südafrika, die den Arbeitnehmervertretern Sorge bereitet. Ohne Frage, so Rebhan und Hiller, habe VW mit der Einrichtung von Aus- und Weiterbildungsstätten für farbige Mitarbeiter Vorbildliches in Südafrika geleistet. Seit der Verhängung des Ausnahmezustands habe sich auch für die VW-Beschäftigten in Uitehage die Lage verschlechtert.

Vor diesem Hintergrund forderten die 150 Delegierten in einer Entschließung „abgestufte wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika". In Südafrika beschäftigt VW rund 6000 Mitarbeiter, davon 4600 überwiegend in der Produktion tätige Schwarze.

Stahl- und Kohlespitze neu besetzt

Frankreich setzt Umstrukturierungen konsequent fort

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die beiden französischen Stahlkonzerne Sacilor und Usinor (65 000 und 45 000 Mitarbeiter), die unter der sozialistischen Regierung verstaatlicht worden waren und dies auch bleiben sollen, erhalten eine einzige Führungsspitze. Die Voraussetzungen dafür wurden jetzt durch den Rücktritt ihrer Präsidenten Claude Dollé und René Loubert geschaffen. Der gleichzeitig zum Generaldelegierten bestellte Francis Mer dürfte auf dem heutigen Ministerrat zu ihrem gemeinsamen Nachfolger ernannt werden. Die notwendige Zustimmung von Präsident Mitterrand gilt als sicher.

Dies ist mehr als eine Wachablösung von „sozialistischen" Präsidenten, sondern die Konsequenz dafür, daß sie die ihnen gesetzten Sanierungsziele nicht erreicht haben. Die Verluste der beiden Konzerne werden nach neun Mrd. Franc 1985 (bei 85 Mrd. Franc Umsatz) in diesem Jahr immer noch fünf bis sechs Mrd. Franc erreichen, obwohl inzwischen weitere 20 Mrd. Franc Staatsgelder für die Restrukturierung bereitgestellt wurden – nach rund 100 Mrd. Franc in den letzten 20 Jahren.

Francis Mer, der in dem verstaatlichten Saint-Gobain-Konzern den Stahlbereich Pont-à-Mousson leitete, soll vor allem dafür sorgen, daß künftig Doppelinvestitionen vermieden werden. Dazu war es bisher immer wieder aus Prestigegründen gekommen. Wenn Usinor beispielsweise einen neuen Hochofen bestellte, folgte Sacilor oft auf dem Fuße, wie auch umgekehrt, um sich Rang und Ansehen bei den Kunden zu erhalten. Dazu kamen persönliche Rivalitäten der beiden Präsidenten.

Eine globale Fusion der beiden Konzerne scheint allerdings nicht beabsichtigt zu sein. Sie würde einen schwerfälligen Riesenbetrieb schaffen und vor allem Kunden, die zwei Wettbewerber wünschen, der ausländischen Konkurrenz zuspielen.

Andererseits erwartet man jedoch eine Zusammenlegung der besonders defizitären Flachstahlinteressen, nachdem bereits die Bereiche Langprodukte und Edelstahl zur Unimetal und Asco-Metal – jeweils unter der Führung von Sacilor – zusammengeschlossen wurden.

Wie weit Francis Mer dem vom früheren Sacilor-Chef, Jacques Mayou, im Regierungsauftrag erstellten, aber bisher nicht veröffentlichten Bericht über die Zukunftsaussichten der französischen Stahlindustrie folgt, bleibt abzuwarten. Danach soll ein Abbau der französischen Stahlarbeiterbelegschaft von 76 000 Ende 1986 auf 50 000 bis zum Ende dieses Jahrzehnts vorgeschlagen worden sein. Aber diesen Bericht erstellte Mayou wohl in Erwartung darauf, daß er zum Sacilor/Usinor-Präsidenten bestellt werden würde. Mer selbst hat sich über seine Absichten noch nicht geäußert.

Auch in der staatlichen Kohlegesellschaft, Charbonnages de France, wechselt die Führungsspitze. Michel Hug ist von seinem Posten zurückgetreten und wird von dem Atomexperten Bernard Pache ersetzt.

PERSONALIEN

Robert Eckelmann, bisher Vorstandsmitglied der Carl Robert Eckelmann AG, wurde zum 1. September 1986 Vorstandsvorsitzender.

Robert Eichhorn, persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der Ziegel-, Poroton- und Kalksandsteinwerke Gebrüder Schultheiss KG, Spardorf bei Erlangen, wurde zum Vizepräsidenten des Verbandes der Porotonhersteller e. V., Bochum, gewählt. Er ist Nachfolger von **Heinrich Oltmanns,** der aus dem Verband ausschied.

Dr. **Hans U. Braumer,** Vorsitzender des Vorstandes der Rheinmetall Berlin AG, und Dr. **Karl Koch,** Ministerialdirektor a. D., Mitglied der Vorstände der International Fiscal Association und des Instituts Finanzen und Steuern, wurden Aufsichtsratsmitglieder der Treuverkehr AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, als Nachfolger von Dr. **Kurt Busch** und Dr. **Ludwig Schork.**

Horst Roepenack (48), technischer Geschäftsführer der Alkem GmbH, Hanau, wird in diesem Herbst zusätzlich in die Geschäftsführung der Reaktor-Brennelement Union GmbH als Nachfolger von Dr. **Erich Zastrow** eintreten.

Friedrich W. Lohr, Vorstandsmitglied der Adam Opel AG, Rüsselsheim, und Exekutiv-Direktor des Technischen Entwicklungszentrums, vollendete am 31. August 1986 das 60. Lebensjahr.

Leo Saris

Geschäftsführer

Plötzlich und für uns alle noch unfaßbar wurde durch einen tragischen Unglücksfall Herr Leo Saris im Alter von 53 Jahren aus unserer Mitte gerissen.

Er hat über 10 Jahre die Geschicke unserer Firma mit beispiellosem Einsatz und großem Erfolg geleitet.

Durch seine internationale Erfahrung und stets positive Einstellung war er Vorbild und wertvolle Stütze. Er hinterläßt eine große Lücke.

Kanthal GmbH
6082 Mörfelden/Walldorf

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 3. September 1986, um 14.00 Uhr in der Kapelle des Nauheimer Friedhofes statt.

Zugedachte Kranz- und Blumenspenden erbitten wir in Form einer Spende an die Deutsche Krebshilfe, Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 90 90 90.

Wir trauern um einen großen Menschen.

Leo Saris

verstarb unerwartet am 31. August 1986.

Viel hat er für uns getan.

Wir werden sein Andenken in Ehren bewahren.

Bulten GmbH

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 6, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Auslandsbau bietet trübes Bild

Baresel registriert nur im Inland eine Geschäftsbelebung

VWD, Stuttgart

Die Bauunternehmung C. Baresel AG, Stuttgart, kann im Geschäftsjahr 1986 nach einem starken Rückgang der Inlandsbauleistungen im Vorjahr wieder an die Bauleistung der Jahre 1983 und 1984 anknüpfen. Die erwartete Inlandsbauleistung wird, wie das Unternehmen bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1985 mitteilte, etwa 200 (1985: 155) Mill. DM, die Bauleistung der Gruppe etwa 250 (219) Mill. DM betragen. Der Auftragsbestand bei der AG betrug zum Ende des ersten Quartals 192 (138) Mill. DM.

Die Auslandstätigkeit zeigt ein weniger erfreuliches Bild. Die erwartete Bauleistung werde hier nur etwa 25 (37) Mill. DM erreichen. Die Aussichten für neue Aufträge verschlechtern sich den Angaben zufolge, da sich auch das Bauvolumen in den Entwicklungs- und Opec-Ländern weiter vermindere. Zwangsläufig gingen auch die Erträge aus dem Ausland zurück, heißt es weiter. Bei den unbefriedigenden Inlandserträgen erwartet Baresel für 1986 dagegen eine deutliche Verbesserung.

Im Geschäftsjahr 1985 ist die Bauleistung der Unternehmensgruppe auf 219 (1984: 290) Mill. DM zurückgegangen, wovon auf die AG 184 (244) Mill. DM entfielen. Der Anteil des im Ausland erzielten Umsatzes betrug 37 (61) Mill. DM. Von der gesamten Bauleistung entfielen im vergangenen Jahr 21,8 Prozent auf den Tiefbau, 36,7 Prozent auf den Hochbau (davon acht Prozent Wohnungsbau), 5,5 Prozent auf den Brückenbau, 23,2 Prozent auf den Tunnelbau und 12,8 Prozent auf den schlüsselfertigen Bau.

Den Sachinvestitionen der AG von 2,6 (11,4) Mill. DM standen im Berichtsjahr Abschreibungen von 3,9 (4,5) Mill. DM gegenüber. Der Personalaufwand einschließlich Altersversorgung verringerte sich wegen der geringeren Beschäftigtenzahl auf 58,1 (67,9) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 0,32 (0,56) Mill. DM wurden 16 250 (418 000) DM in die offenen Rücklagen eingestellt. Der Bilanzgewinn von 0,4 (0,6) Mill. DM diente der Zahlung einer Dividende von vier (fünf) Prozent auf das Aktienkapital von 10 Mill. DM.

Fotochemie trotzt der Video-Konkurrenz

Die Industrie präsentiert auf der photokina Filme mit hohen Lichtempfindlichkeiten

WERNER NEITZEL, Köln

Für die herkömmliche Fotografie auf fotochemischer Basis (Silberhalogenit-Technologie) eröffnen sich weitere zukunftsträchtige Perspektiven. Und dies, obwohl die elektronische Bildaufzeichnung und -wiedergabe immer stärker in den Vordergrund rückt. Beim laufenden Bild hat sie dem Schmalfilm bereits den Garaus gemacht. Auch beim Stehbild macht die Elektronik von sich reden. Eine ganze Reihe japanischer Firmen warten auf der „photokina 1986" in Köln (3.–9. September) mit sogenannten „Still-Video-Kameras" auf, die freilich schon vom hohen Systempreis her (eine fünfstellige Größenordnung) lediglich für professionelle Zwecke geeignet erscheinen. Für den Fotoamateur und den anspruchsvollen Berufsfotografen bleibt die Fotochemie unschlagbar, zumal die Filmtechnologie mit höherer Lichtempfindlichkeit, besseren Farben und größerer Schärfe brilliert. Nicht zu reden von dem insbesondere für den Fotoamateur relevanten besonders günstigen Verhältnis von Preis und Leistung. Mit den in den letzten zehn Jahren der Bundesrepublik verkauften rund 35 Millionen Kameras werden in jedem Jahr über 2,5 Milliarden Aufnahmen gemacht. Die Bundesbürger kauften allein in 1985 mit insgesamt 102 Millionen Stehbildfilmen 5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Agfa setzt auf Kombination

Auf ein immer stärkeres Zusammenspiel, bei dem sich das traditionelle Fotochemiegeschäft und das elektronischer Geräte und Systeme mehr und mehr ergänzen, setzt man bei der Agfa-Gaevert-Gruppe. Von dem in 1985 um 8 Prozent auf 7,6 Mrd. DM angewachsenen Weltumsatz entfielen mit weiter steigendem Trend bereits etwa 40 Prozent auf elektronische Geräte. Die weiteren Fortschritte in der Silberfotografie dokumentieren neben Professional-Filmen mit Empfindlichkeiten von 50-1000 ASA für Berufs- und Amateurfotografen auch neu konfektionierte Farbfilme für Kassetten- und Kleinbildkameras.

Schwerpunkt des Angebots ist der „Agfa Color XR 100i Maxi" mit großem Belichtungsspielraum, der drei



ZEICHNUNG: BÖHLE

Bilder mehr aufweist, statt 24 nun 27. Dieser seit dem Februar dieses Jahres auf dem Markt angebotene Filmtyp ist nach Angaben Agfas gut aufgenommen worden.

Den weiter entwickelten fotochemischen Produkten stellt Agfa eine mit viel Elektronik vollgepackte Palette von Geräten und Maschinen zur Bildverarbeitung gegenüber. Auch führt man in Köln eine Projektstudie vor („CRT-Printer"), ein experimentelles System, dessen Marktreife für die frühen neunziger Jahre erwartet wird. Hierbei wird die Bildvorlage nicht direkt auf das Fotopapier belichtet, sondern in elektronische Signale umgesetzt. Nach weiteren Zwischenschritten gelangt das Bild schließlich auf das Colorpapier. Diese Technik ermöglicht zum Beispiel das Kopieren von Dias auf Colorpapier. Außerdem kann man wie bei einem Fernseher die Farbsättigung ändern.

Zur Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr heißt es bei Agfa, daß die Umsatzkurve zwar weiter nach oben gerichtet sei, das Wachstum aber infolge des gesunkenen Dollar-Kurses schwächer als im Vorjahr ausfalle.

Neue Kameras von Kodak

Gute Chancen für ein weiteres Umsatzwachstum, das im bisherigen Verlauf dieses Jahres bei etwa 5 Prozent lag, sieht man bei der Kodak AG, Stuttgart. Dabei soll der neu auf den Markt gebrachte Farbnegativfilm „Kodakcolor Gold 200" zu einem wesentlichen Umsatzträger avancieren. Dieser Filmtyp mit der Empfindlichkeitsstufe 200 ASA, mit der man glaubt, bei den Fotofreunden gut anzukommen, weist – wie es heißt – einen großen Belichtungsspielraum von mindestens zwei Blendenstufen Unter- und Überbelichtung auf.

Daß die Tage der Silberfotografie noch längst nicht gezählt seien, bewiesen nach Kodak-Angaben die Forschungsergebnisse des Konzerns. Danach habe man herausgefunden, daß das Licht-Absorptionsvermögen der neu entwickelten T-Kristalle noch erheblich gesteigert werden könne.

Neu auf den Markt kommt Kodak auch mit drei eigenen Kleinbild-Sucherkameras, die vom japanischen Chinon-Konzern, an dem Eastman-Kodak eine zehnprozentige Beteiligung hält, produziert werden. Weniger günstig sind die Perspektiven für die einst mit großem Elan propagierten Disc-Kameras, für die es 1985 nach GfK-Zahlen am bundesdeutschen Markt einen Absatzrückgang um über 30 Prozent gab.

Rentabilität geht vor Wachstum

Hag GF: Umstrukturierung brachte verbesserte Erträge

J. BRECH, Hamburg

Die Hag GF AG, Bremen, die zu knapp 100 Prozent der Philip-Morris-Tochter General Foods Inc., New York, gehört, weist in dem erst jetzt für 1985 vorgelegten Geschäftsbericht einen Jahresüberschuß von 65 Mill. DM aus. Dieses „stolze Ergebnis" stamme im Gegensatz zum Vorjahr weitgehend aus dem ordentlichen Geschäft, erklärte der Vorstand. Trotz schwieriger Wettbewerbsverhältnisse auf dem Kaffeemarkt sei es gelungen, durch intensives Kostenmanagement und eine verbesserte Organisation Erträge zu erzielen.

Die Hag GF AG hat damit die kostspielige Umstrukturierung der letzten Jahre abgeschlossen. Der Jahresüberschuß reicht aus, um die Verlustvorträge von 35 Mill. DM zu tilgen und rund 30 Mill. DM den Rücklagen zuzuführen. Auf Dividende für 120,5 Mill. DM Grundkapital verzichtet der Großaktionär auch 1985.

Über den direkten Erfolg am Kaffeemarkt sagt der Abschluß der Hag GF AG allerdings nur wenig aus. Nach der Ausgliederung aller Vertriebs- und Marketingaktivitäten auf die Hag GF Vertriebs-GmbH & Co. OHG, an der die AG nur zur zehn Prozent und die Muttergesellschaft zu 90 Prozent beteiligt ist, beschränkt sich die Hag GF auf die Produktion von Röstkaffee, des Kakaogetränks „Kaba", der Reismarke „Reisfit" und einiger Erfrischungsgetränke.

Vertrieb ist selbständig

Die Vermarktung übernimmt auf eigenen Namen und eigene Rechnung die Vertriebs-OHG. Der um 16 Prozent auf 1,1 Mrd. DM zurückgegangene Umsatz der Hag GF AG ist insofern nur bedingt mit dem des Vorjahres vergleichbar. Über die Ergebnisse der Vertriebsgesellschaft schweigt sich Hag aus. Der Umsatz und die Anteile der einzelnen Produktgruppen werden nicht genannt, und zum Ertrag heißt es lediglich, daß die Vertriebsgesellschaft ein „ausgeglichenes betriebliches Ergebnis" erzielt habe.

Zu der Entwicklung der einzelnen Marken ist man auf Vermutungen angewiesen. Mit dem Hinweis, daß im Interesse höherer Rentabilität bewußt Mengeneinbußen hingenommen worden seien, räumt Hag jedoch indirekt ein, daß der Marktanteil nicht gehalten worden ist.

Einbußen für Onko

Nach Schätzungen ist die Kaffeebranche 1985 insgesamt um zwei Prozent gewachsen. Die Marktanteilsverluste bei Hag dürften sowohl für die Marken „Onko" als auch „Kaffee Hag" gelten. In den vergangenen Jahren schwankten die Anteile der beiden größten Hag-Marken zwischen 3,5 und 3,9 Prozent. Bei den Kaba-Produkten dürfte Hag unverändert rund 15 Prozent des Marktes halten.

Dürftig sind auch die Auskünfte zur Entwicklung in diesem Jahr. In den ersten Monaten seien die Verkäufe sehr positiv gewesen, doch liege man nach den Preissenkungen von Ende Juli wieder „kräftig vor dem Wind". Voraussagen zum Jahresergebnis werden vor dem Hintergrund eines weiterhin hart umkämpften Kaffeemarktes nicht gemacht. Ziel der Geschäftspolitik bleibe, erklärt der Vorstand, nach der abgeschlossenen Konsolidierung die Stellung des Unternehmens auf allen Märkten durch intensivere Werbung und Verkaufsförderung zu stärken. Wieder „erfreuliche Ergebnisse" erwartet Hag GF von den Tochtergesellschaften in den Niederlanden, Österreich und Frankreich.

Expansion des Welthandels

Messe „Partner des Fortschritts" in Berlin eröffnet

tb. Berlin

Für eine verstärkte Entwicklungshilfe durch den Handel mit der Dritten Welt hat sich Staatssekretär Martin Grüner vom Bundeswirtschaftsministerium ausgesprochen. Zur Eröffnung der 24. Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts" in Berlin nannte er als Stichwort „Aid by trade". Eine stetige Aufwärtsentwicklung in diesen Ländern sieht er in einer Stärkung ihrer eigenen Kräfte durch Ausweitung des Handels mit den Industrienationen.

Chancen sieht Grüner in einem Ausbau der Exportindustrien der Dritten Welt, die Anpassung ihrer Produkte an die Wünsche der Kunden in den Industrieländern, wobei die Messe eine wichtige Funktion hat, und vor allem in einer stärkeren Marktöffnung in den Industrieländern. In diesem Zusammenhang nannte er den Kompromiß über die Verlängerung des Welt-Textilabkommens unter dem Strich doch einen „Schritt in Richtung Integration in die normalen Gatt-Regeln".

Die Übersee-Import-Messe steht nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden des Otto-Versands, Michael Otto, unter einem günstigen Stern. Die Signale für den Welthandel zeigten ein tiefes Grün. Die Preisveränderungen vom Öl über die Wechselkurse bis hin zu den Zinsen stimulierten eine kräftige Expansion des Welthandels. Allerdings ließe sich diese gute Großwetterlage nicht einfach auf die Beziehungen zur Dritten Welt projizieren.

Der Handel mit den Entwicklungsländern kranke am Protektionismus. Er forderte die Industrieländer auf, strukturelle Entwicklungen zu akzeptieren. Wer Branchen unterstütze, die im Wettbewerb nicht mehr mithalten könnten, weil Entwicklungsländer leistungsfähiger seien, betreibe Protektionismus.

Schub aus neuen Bereichen

Kfz-Zulieferer Ymos hat die Ertragslage verbessert

Wb. Obertshausen

Der Kraftfahrzeug-Zulieferer Ymos AG, Obertshausen, hat im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) seine Ertragslage trotz erhöhten Kostendrucks – Folge verstärkter Investitionen und einer um knapp drei Prozent auf 5390 (5250) Mitarbeiter erweiterten Belegschaft – „deutlich verbessert", so der Vorstand in einem Zwischenbericht. Wesentlich dazu beigetragen hat die Steigerung der Umsätze um 8,5 Prozent auf 530 (489) Mill. DM.

Sie stammte nur zum Teil aus dem Kerngeschäft mit Pkw-Teilen (Druckgußteile, beschichtete Innenraumverkleidungen, Schließsysteme), das um gut vier Prozent auf 428 (411) Mill. DM zunahm. Schub kam auch aus dem Diversifikationsbereich der Teile für die Hausgeräteindustrie (Verriegelungssysteme) und die Sanitärarmaturenhersteller (Druckgußhebel), der um gut 22 Prozent auf 45 (37) Mill. DM wuchs. Die Exporte, die 1985/86 mit 15 (16) Prozent am Umsatz beteiligt waren, nahmen um fünf Prozent auf 82 (78) Mill. DM zu.

Die um 27 Prozent auf 122 (96) Mill. DM aufgestockten Investitionen flossen größten Teils in neue Kapazitäten für Pkw-Teile (Türfensterrahmen und Innenraumteile). Ein neues Gebäude für den eigenen Werkzeug- und Maschinenbau soll helfen, die Vorbereitungszeiten für neue Produkte zu verkürzen.

Das verschärfte Innovationstempo hat sich auch im Forschungs- und Entwicklungsaufwand niedergeschlagen, der um zehn Prozent auf 14,5 Mill. DM (knapp drei Prozent vom Umsatz) stieg. Die Entwicklungsschwerpunkte liegen bei den Schließsystemen, in neuen Anwendungen für beschichtete Teile und in der Oberflächentechnik.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Kapitalerhöhung

Berlin (VWD) – Bis zum 30. September können die Aktionäre der Kötitzer Ledertuch- und Wachstuch-Werke AG, Berlin, Aktien aus der am 21. August beschlossenen Kapitalerhöhung um 5 Mill. auf 15 Mill. DM zeichnen. Die neuen Aktien sind zwar von „befreundeter Seite", darunter die L. Merckle GmbH, übernommen worden, interessierte freie Aktionäre können jedoch im Verhältnis 2:1 neue Stammaktien zum Preis von je 2300 DM je 50-DM-Aktie erwerben.

Neue Fertigungsstraße

Ludwigshafen (VWD) – Die BASF AG, Ludwigshafen, hat in ihrem Werk in Willstätt eine neue Fertigungsstraße für Computerband-Kassetten angefahren. In der für 1986 geplanten Endausbaustufe sollen 180 Mitarbeiter in der 70 Mill. DM teuren Anlage beschäftigt und über 10 Mill. Kassetten pro Jahr hergestellt werden. 1985 habe die BASF-Datentechnik weltweit für 450 Mill. DM magnetische Speichermedien verkauft.

Altana zuversichtlich

Bad Homburg (VWD) – Der Vorstand Altana AG, Bad Homburg, geht davon aus, daß das Ergebnis des Geschäftsjahres 1986 erneut eine angemessene Rücklagendotierung und eine zufriedenstellende Dividende zulassen wird.

Australische Beteiligung

Frankfurt (VWD) – Sechs Prozent des Aktienkapitals der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, liegen jetzt fest bei australischen Adressen. Wie die MG bestätigt, hat der australische Bergbaukonzern Mount Isa Mines Holding aus der früheren 9-prozentigen Daimler-Benz-Beteiligung 6 Prozent des MG-Kapitals übernommen und davon 5 Prozent an den Versicherungskonzern Australian Mutual Provident Society abgegeben. Die restlichen drei Prozent sind in kleineren Paketen im Kreis der übrigen MG-Großaktionäre fest plaziert worden, zu denen neben der Deutschen Bank, Dresdner Bank, Allianz und Siemens auch der Ölstaat Kuwait gehört.

US-Auftragsplus

Washington (VWD) – Der Auftragseingang der US-Industrie erhöhte sich im Juli gegenüber dem Vormonat um 2,2 Prozent. Das wird als Indiz für eine Belebung der Konjunktur gewertet.

Firmenkauf

Esslingen (dpa/VWD) – Die Firmengruppe Eberspächer, Esslingen, vergrößert die Anzahl ihrer Standorte im Ausland um drei auf neun Gesellschaften. Wie der Kfz-Zulieferer und Hersteller von Licht-, Lüftungs- und Schallschutzelementen für den Hochbau berichtete, bedeuten die Neuerwerbungen einen Umsatzuwachs der Gruppe um etwa 50 Mill. DM. Im Jahr 1985 erzielte die Eberspächer-Gruppe einen Jahresumsatz von 564 Mill. DM.

Wieder Dividende

Frankfurt (VWD) – Nachdem die Mitglieder der Rexor-Schuh-Einkaufsvereinigung, Frankfurt, für 1985 zugunsten einer Risikovorsorge Dividendenverzicht geübt haben, stellt Vorstandsmitglied Karl-Heinz Scheeren bereits für 1986 wieder eine Auszahlung in Aussicht. Zuletzt waren für 1984 sechs Prozent Dividende plus ein Prozent Bonus gezahlt worden. Der Umsatz der Rexor-Zentrale war 1985 noch überdurchschnittlich um sieben Prozent auf knapp 210 Mill. DM gesteigert worden.

Ausländer hielten sich zurück

Da sich die Zweifel über einen raschen Fortgang der Zinssenkung in der Bundesrepublik verstärken und die Bundesbank sorgsam alles verhütet, was der Zinsspekulation neue Nahrung geben könnte, ebbt die Nachfrage der Ausländer nach deutschen öffentlichen Anleihen ab. Die Kurse der Langläufer fielen um durchschnittlich 0,20 Prozentpunkte. Das macht sich auch bei der neuen Bundesanleihe bemerkbar, wo das Interesse selbst an nicht bonifizierten Stücken erheblich nachgelassen hat. Im kürzeren Laufzeitbereich lagen die Notierungen teilweise geringfügig befestigt.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Aufschläge verzeichnete Silber. Fester notierten Kaffee und Kakao. 1. 9.: Labor Day.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	1.9.	29.8.
Sept.		258,25-258,50
Dez.	geschl.	261,00-261,25
März		257,75-257,50

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	1.9.	29.8.
	geschl.	29,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Bei sporadischen Umsätzen am 2.9. waren die Kurse nur wenig verändert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,26-0,16	0,62-0,52	1,27-1,07
Pfund/Dollar	0,56-0,54	1,57-1,54	2,95-2,90
Pfund/DM	2,10-0,70	4,70-3,30	8,30-6,90
FF/DM	-15-1	30-14	57-36

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2.9.: Tagesgeld 4,45-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,35-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,45 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2.9. · 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 2.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅝-5⅞	4⅝-4⅞	4-4¼
3 Monate	5½-5¾	4¼-4½	4-4¼
6 Monate	5½-5¾	4¼-4½	4-4¼
12 Monate	5½-5¾	4¼-4½	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 2.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25, Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 2.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gr./Uz.	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	201,00	257,64	35,94
20 ffr. Napoleon	5,8070	146,00	194,94	33,57
20 sfr Vreneli	5,8070	161,00	212,04	36,51
½ Sovereign (E.II)	3,6610	98,00	134,52	36,74
1 Sovereign Neu	7,3220	176,00	229,14	31,29
1 Sovereign Alt	7,3220	187,00	241,68	33,01
100 Kronen Öster.	30,4880	735,00	906,30	29,73
20 Kronen Öster.	6,0980	145,00	185,82	30,47
10 Kronen Öster.	3,0480	76,00	102,60	33,66
4 Dukaten Öster.	13,7700	346,00	428,64	31,13
1 Dukaten Öster.	3,4420	77,00	110,58	32,13
10 Rubel Tscherw.	7,7423	187,00	241,68	31,22
Krügerrand 1 Uz	31,1035	782,00	931,38	29,94
Krügerrand ½ Uz	15,5517	410,00	490,20	31,52
2 Rand Südafrika	7,3220	171,00	223,44	30,52
1 Rand Südafrika	3,6610	80,00	114,00	31,14
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	807,00	959,88	30,86
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	82,00	104,88	33,72
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1025,00	1316,70	43,75
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1345,00	1601,70	51,50
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	140,00	173,28	55,71

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,97) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 99,60, Rendite 5,34.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 2.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,785	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	61,00	5,80
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,25	6,40
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	142,00	8,76
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,01	5,15
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,49	5,15
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	58,01	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,75	6,24
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,81	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	42,07	6,50
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,32	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,85	6,63
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,74	6,53
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	28,32	6,65
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,95	6,40
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	59,65	6,15
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,65	6,15
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,95	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,35	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,60	4,24
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,75	4,75
WestLB 503	115,76	3.10.88	unerh.	unerh
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,30	5,08
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,00	7,43
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	66,375	7,82
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	60,75	9,56
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,875	8,24
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,00	8,41
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,75	7,99
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	53,125	8,84
Penney (A+)	100,00	17.2.94	53,375	8,75
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,50	8,39
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	53,25	8,42
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	51,125	8,18

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,55 (4,55)	100,5	101,3	102,3	103,2	104,2	105,1
2	4,65 (4,65)	100,7	102,4	104,2	106,1	108,0	109,8
3	4,86 (4,85)	100,4	102,9	105,6	108,5	111,0	113,9
4	5,25 (5,25)	99,10	102,5	105,8	109,3	112,9	116,4
5	5,52 (5,51)	97,35	101,6	105,9	110,2	114,4	118,7
6	5,72 (5,72)	95,95	101,4	105,9	110,8	115,8	120,7
7	5,96 (5,96)	94,10	100,2	105,3	110,8	116,4	122,0
8	6,30 (6,29)	93,00	99,80	105,4	111,6	117,8	123,9
9	6,47 (6,47)	89,60	96,20	102,9	109,5	116,2	122,9
10	6,50 (6,50)	88,55	95,70	102,9	110,0	117,2	124,4
15	6,80 (6,80)	82,60	91,75	101,9	110,1	119,3	128,4

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,824 (113,830)
Performance-Rentenindex: 248,023 (247,986)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	29. Aug.	5,695-5,945
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,55
	60–270 Tage	5,45
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,60
	60 Tage	5,55
	90 Tage	5,45
Certificates of Deposit	1 Monat	5,30
	2 Monate	5,25
	3 Monate	5,25
	6 Monate	5,25
	12 Monate	5,25
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,16
	26 Wochen	5,17
US-Staatsanleihe	10 Jahre	6,93
	30 Jahre	7,20
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	18 Aug.	688,1 Mrd. $ (+5,1 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	145,15	geschl.
Dez.	146,10	geschl.

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Wie Nixdorf die Bank zum Kunden bringt

Wenn der Kunde nicht zur Bank kommt, kann die Bank jetzt zum Kunden kommen. Gab es bisher schon den Tag- und Nacht-Service durch Automaten in und vor den Geldinstituten, so geht es nun einen Schritt weiter: mit Selbstbedienungs-Terminals überall dort, wo rund um die Uhr Leben herrscht.

Zum Beispiel in Hotels, Flughäfen, Bahnhöfen und Unternehmen, an allen Orten mit starkem Publikumsverkehr kann jetzt durch die Bank 24-Stunden-Service stattfinden. Für Bargeldentnahme, Abrufen des Kontostandes, Informationen wie Devisen- oder Aktienkurse. Sogar Schecks und andere Vordrucke können dort bestellt werden.

Dieser Service vor Ort wird erst möglich durch das umfassende Know-how und die langjährigen Erfahrungen im Bankenbereich, über die Nixdorf verfügt. „Bankware" heißt die Formel für die speziell auf die vielfältigen Bedürfnisse der Geldinstitute abgestimmte Kombination von Hardware und Software. Bankware ist damit die technische und organisatorische Integrationsbasis für die Informations- und Kommunikationsstrukturen der Banken und ihrer Kunden.

Schon heute zählt Nixdorf zu den führenden Anbietern von Bankenlösungen und ist in Europa die Nummer Eins als Lieferant im Terminalbereich: Rund die Hälfte aller Großbanken in Europa arbeitet mit Nixdorf-Computern. Weltweit sind bereits mehr als 100 000 Bankenterminals, über 10 000 Selbstbedienungsgeräte und 20 000 Zentraleinheiten installiert worden.

Nicht zuletzt, weil Nixdorf die Service-Philosophie der Geldinstitute fördert, die besagt: Mehr Schnelligkeit in der Abwicklung ist Zeitgewinn für die persönliche Betreuung.

Sprechen Sie mit Nixdorf. Einer der über 60 Service- und Beratungsstützpunkte ist ganz in Ihrer Nähe.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130, Btx * 55300 *



Inlandszertifikate

	Ausg. 2.9.	Rückn. 2.9.	Rückn. 1.9.
AAR-UNIV.F.1	174,86	164,69	164,69
Adifonds	72,40	68,95	68,70
Adirenta	24,92	23,52	23,31
Adirewa	110,07	106,86	106,47
Aditec	113,88	108,46	108,44
Adiverba	191,95	182,79	183,05
Aegis Ertr.-Fds.	40,75	38,80	38,67
Aegis Wachst.-Fds.	69,32	66,01	65,95
AGI Fonds	172,50	164,29	164,29
Akkumula	216,40	206,09	205,74
Albingia Rendite Fds.	52,90	50,77	50,71
Alfa Kapital Fds.	40,15	37,33	37,25
Allianz-Rentenfonds	127,84	124,69	124,65
Analytik Fonds	33,90	31,52	32,17
Aro-Rendit.	60,60	58,49	58,43
AriDeka	60,07	57,67	57,50
Assecura I	92,99	92,53	92,53
Austr. Pazifik	45,82	44,53	44,78
Berenberg-U-Fonds	421,04	408,78	408,90
Berenberg-U.-Eff.-F.	53,19	51,64	51,61
Berenberg-U-Renten	126,29	123,21	123,09
BW-Renta-Univ.	55,44	54,09	53,99
BW-Wartberg-Univ.	143,56	138,57	134,73
Colonia Rentenfonds	52,76	50,97	50,97
Concentra	40,73	39,74	39,59
dbi-Fonds V I	–	60,25	60,25
DekaFonds	59,07	56,12	55,73
DekaRent	33,83	32,84	32,79
DekaSpezial	259,44	246,48	246,02
DekaTresor	62,75	61,20	61,16
DespaFonds	85,59	81,31	81,31
DEVIF-Invest	112,10	106,74	106,51
DEVIF-Rent	56,90	55,17	55,28
DIFA-Fonds	180,20	171,10	171,10
DIFA GRUND	106,06	100,76	100,76
DIT Fonds f. Verm.	71,56	69,81	69,53
DIT Rohstoffonds	66,19	64,26	64,21
DIT Pazifikfonds	126,26	122,58	122,77
DIT Spezial	77,74	75,48	75,14
DIT Technologiefonds	81,77	79,39	79,19
DIT Wachstumsfonds	76,16	73,94	73,37
DIT Fds.f Wdl.u.Opt.A	136,23	132,91	132,52
DL Rentenfonds	86,91	85,21	85,16
Dt. Vermögensb. Fds. A	42,63	40,96	40,29
dgl. I	55,60	52,60	52,85
dgl. R	28,54	27,71	27,71
DWS Bayern Spezial	105,30	100,25	99,83
DWS Energiefonds	88,05	86,86	86,83
DWS Provesta	89,65	85,34	85,34
DWS Rohstoff Fds.	77,55	75,62	75,58
DWS Technologie Fds.	89,85	87,65	88,17
Fondak	78,08	74,36	74,23
Fondirent	80,83	78,48	78,49
Fondis	69,58	66,08	65,90
Fondra	117,83	112,22	111,89
FT Accuzins	140,17	136,09	136,51
FT Am Dynamik	23,56	21,56	21,80
FT Frankf. Eff. F	152,08	144,48	142,99
FT Interspezial I	30,11	27,55	27,47
FT Interspezial II	34,92	31,95	31,86
FT Interzins	46,97	45,60	45,58
FT Nippon Dynamik	105,37	94,58	95,54
FT Re-Spezial	198,64	188,14	187,90
Gerling Dynamik	75,56	70,40	70,18
Gerling Rendite	57,53	55,86	55,83
GKD-Fonds	78,45	75,40	75,22
Gothaer	97,26	93,08	93,34
Grundbesitz-Invest.	74,50	70,89	70,89
Grundwert-Fonds	134,79	127,76	127,76
Hbg.-M. Rentenfonds	60,81	58,47	58,44
Hansainternational	51,42	49,68	50,07
Hansarenta	50,47	48,76	48,74
Hansasecur	71,05	67,67	67,28
Hansazins	50,98	49,26	49,24
Haus-Invest	69,60	66,20	66,20
III-Fonds Nr. 1	117,40	111,70	111,70
dgl Nr. 2	76,10	72,40	72,40
Industria	66,79	64,84	64,54
INKA-Global	91,10	86,60	85,70
INKA-Rent	53,50	51,90	51,88
INKA-Re-Invest	140,10	136,00	135,70
Interrenta	75,55	73,65	73,65
Interglobal	162,05	157,31	157,10
Inter-Renta	39,75	38,40	38,67
Intervest	105,65	100,58	100,73
Interkapital	29,40	27,60	27,40
Int. Rentenfonds	82,00	80,00	79,93
Investa	75,85	72,22	71,88
Investors Fds.	15,21	14,14	14,25
Iverafonds	65,30	59,75	59,57
Japan-Pazifik-Fds.	85,04	82,56	83,27
Kapitalf. Spezial	149,11	137,93	137,19
Magdeb. W.-Fd.DIT	86,68	82,55	82,23
Medico-Invest	125,63	117,40	116,10
Merkur I	30,52	30,52	38,58
NB Rent	58,73	56,52	56,57
Nordcumula	80,48	78,06	78,05
Nordrenta Int.	57,92	56,23	56,89
Nordstern-F. RK	53,09	51,28	51,27
Nürnberger Rentenfds.	50,60	48,53	48,59
Oppenh. Int. Rent.	104,33	101,28	101,31
Oppenh. Priva-Rent	114,62	113,21	113,13
Oppenheim-Privat	60,39	57,50	57,33
Oppenheim-Spez. I	129,02	125,25	124,94
Oppenheim-Spez. II	97,90	93,23	92,66
Plusfonds	81,67	77,78	77,84
Privatfonds	72,95	69,44	69,06
Re-Investa	175,65	166,45	166,75
Renditdeka	36,40	35,34	35,33
Rentak	168,05	159,65	159,70
Rentex	113,39	109,90	110,00
Rentensparfonds	59,42	57,69	57,62
Rieg Aktien-Fds. DWS	51,85	49,49	49,28
Rieg Renten-Fds. DWS	48,85	46,65	46,67
Sälzler-U-Fonds	177,92	172,74	172,74
SMH-Rentenfonds	54,55	52,96	52,95
Südinvest I	68,59	65,32	65,06
dgl. II	81,74	77,85	77,47
dgl. III	37,95	27,14	27,13
dgl. IV	84,01	80,70	80,63
Thesaurent	66,37	64,75	64,58
Thesaurus	251,13	245,00	243,06
Transatlanta	31,70	30,78	30,69
Unifonds	35,10	33,42	33,26
Uniglobal	101,80	96,19	96,60
Unikapital	85,25	83,17	83,16
Unirak	90,15	85,82	85,60
Unirenta	42,00	40,70	40,92
Unispezial I	–	60,12	60,05
Universal-Eff.-F.	101,83	99,85	99,83
Unizins	117,45	114,01	113,96
Verm-Aufbau-F.	128,88	124,74	122,65
Verm.-Ertrag-F.	101,87	97,42	97,30
VICTORIA Rent-Adig	72,96	70,49	70,49

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	34,80	32,85	33,00
Bond Valor DM	114,74	112,63	112,43
Convert Fund A DM	35,30	53,60	unerh.
Convert Fund B DM	105,60	100,40	unerh.
CS Money Market DM	1095,10	1095,07	1094,97
Eurinvest DM	97,08	95,00	95,20
Euration DM	196,65	187,24	187,28
Formular Sel. DM	81,89	78,57	76,57
GT Inv. Fund DM	unerh.	unerh.	66,20
Interspar DM	28,76	27,32	27,34
Japan Sel. DM	455,05	425,45	425,45
Unico DM	78,20	75,89	75,98
America-Valor sfr.	453,25	438,25	441,00
Asia Fd. $	344,93	342,18	unerh.
Automation sfr.	123,50	115,00	115,50
Bond-Invest sfr.	64,25	62,75	62,75
Bond Valor Yen	11093,00	10885,00	10875,00
Bond Valor $	130,38	127,93	128,06
Bond Valor sfr.	109,55	107,89	107,40
Bond Valor Ster.	109,95	107,89	108,84
CSF-Bonds sfr.	78,75	76,00	76,00
CS Gold Valor $	107,65	105,63	105,11
CS Money Market $	1163,07	1163,06	1162,89
CS Money Market Ster.	1129,54	1129,53	1129,26
CS Money Market Yen	103999,0	103998,0	103987,0
Convert Valor sfr.	141,45	138,00	139,15
Convert Valor $	155,83	152,92	152,92
Dreyfus $*	geschl.	geschl.	13,84
Dreyfus Internat. $*	geschl.	geschl.	49,01
Dreyfus Intercont. $*	geschl.	geschl.	49,38
Dreyfus Leverage $*	geschl.	geschl.	21,89
Energie-Valor DM	181,80	172,48	175,78
Europa Valor sfr.	197,75	188,25	187,50
Fonsa sfr.	196,50	192,00	193,50
Founders Growth $*	10,47	10,47	10,47
Founders Mutual $*	11,80	11,80	11,80
Goldmines hfl.	–	199,00	202,00
Intercont. Tr. sfr.	–	353,75	352,50
Interswiss sfr.	172,50	166,50	166,00
Intervalor sfr.	84,00	81,00	80,75
Japan Portfolio sfr.	1555,75	1504,50	1467,75
Kemper Growth $*	15,15	13,86	13,86
Pacific-Valor sfr.	198,75	186,50	285,50
Pharmafonds sfr.	347,00	323,00	324,00
Pioneer Fund $*	26,07	23,85	23,85
dgl. II $*	21,08	19,29	19,29
Schweizeraktien sfr.	504,50	478,25	480,00
Sist-Imm. sfr.	1720,00B	1710,00G	1700,00G
Sist 65 sfr.	1350,00B	1340,00G	1335,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2615,00	2500,00	2490,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1345,00	1280,00	1275,00
Swissvalor sfr.	419,00	407,00	408,25
Technology $*	15,48	14,16	14,16
Technogrowth Fd.	100,66	94,97	94,97
Templeton Growth $*	13,65	12,49	12,49
Universal B.S sfr.	78,50	76,80	76,25
Universal Fund sfr.	122,07	118,56	118,36
Ussec	775,00	738,00	739,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 2. 9. 1986
2128 Optionen = 113 850 (101 700) Aktien,
davon 167 Verkaufsoptionen = 8800 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 10-300/40B; 320/22B; 330/18B; 340/14B; 350/9,4B; 360/7B; 380/4,5B; 400/4B; 1-300/55; 320/40B; 340/29B; 360/24B; 380/20B; 400/13; 4-300/60G; 320/58,75G; 340/42G; 360/35B; 400/20; BASF 10-240/52; 250/38; 260/29; 270/19,1; 280/16; 1-250/45G; 260/40; 280/24; 290/23G; 300/15G; 310/10,9; 320/10; 4-260/49G; 280/31B; 300/22G; 320/14; 340/10G; Bayer 10-280/38; 290/30; 300/24; 310/13,4G; 340/2,5B; 1-270/58B; 280/43,8; 290/36,5; 300/30,8; 320/20; 330/17B; 340/15,1; 350/10B; 360/9,5B; 370/8,5; 4-280/58,35B; 300/45; 320/32; 340/27,A; 360/16,5B; BBC 1-340/16G; 4-340/29B; BHF 1-600/35B; 650/20G; 4-550/65G; Bay. Hypo 10-600/54B; 610,2/50B; 650/26; 640,2/10,6B; 1-600/85; 610,2/70B; 650/45G; 700/27,2G; 750/15B; 4-700/42G; 750/23,5G; Bekula 10-110/29; 120/21B; 130/12; 140/6; 1-140/13B; 150/9B; 160/7B; 170/6B; 4-130/22G; 150/11G; 160/10B; 170/7,5B; BMW 10-514,5/13,5G; 564,5/85; 577/75G; 600/55; 614,5/40; 1-514,5/155B; 550/110G; 600/80G; 614,5/60G; 650/57G; 700/43B; 737,5/24B; 750/25B; 4-600/95B; 700/50G; 750/32G; Bay. Vereinsbk. 10-550/50; 600/21,2G; 635,4/12B; 650/10B; 1-600/48G; 650/30B; 700/16G; 4-600/55G; Commerzbk. 10-272/58; 300/51; 312/58; 320/31; 332/25,5G; 382/4,6B; 400/38G; 1-280/80B; 300/67G; 320/47B; 340/37G; 360/30,9; 380/22B; 400/18; 4-300/83; 320/62G; 340/48B; 360/31; 380/30B; 400/25; Conti 10-255/77,5; 260/76B; 275/57; 295/37; 315/24,95B; 320/23B; 340/12,4B; 360/5G; 1-275/66G; 295/50B; 300/49G; 315/45B; 320/43B; 340/28; 360/20; 380/12,9; 4-315/50B; 320/49,95; 340/39B; 360/32G; 380/20,6; Daimler 10-1200/158; [illegible]

[illegible]

Preussag 10-170/4B; 190/10G; 4-180/16B; Rütgers 10-340/70,8B; RWE St. 10-200/6B, 240/25G; 1-190/4,4G, 220/9G, Schering 1-600/10G; Kali + Salz 10-280/4; 4-300/10,5G; Siemens 10-600/48; 700/21; 1-600/6,1; 650/17; 700/35G; 4-600/10G; 650/32G; Thyssen 10-155/1G; 165/7B, 170/9B, 1-150/6, 4-150/9B; 160/15; 170/20B; Varta 4-340/19,2G; Veba 10-280/6,5B; 300/13B, 1-300/17; 4-280/5G; 280/15G; VEW 10-144/2B; VW 10-440/2B; 450/3B; 460/4B; 1-450/10B; 480/20; 490/24G; 500/25,8B; 4-500/35G; 550/50G; Alcan 4-60/3,5; Chrysler 1-80/5G, 4-75/5G; 80/7B, General Motors 1-170/27, IBM 10-280/8B; 1-280/10G; 4-280/8,1G; Litton 1-150/7,5G; 4-140/6G, Norsk Hydro 10-45/3,8B; 50/9B; 1-40/1,6G; 4-40/2,05G; 45/4G; Philips 10-50/2B; 53,8/4,5G; 1-50/3,5B; 55/8; 4-45/2,1G; 50/4B; Sperry 1-150/10

Rentenoptionen

Frankfurt: 2. 9. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-108/1,8G; 110/0,50G; JUL87-108/2,5B; 7 1/2 Bund 85 III (91): JAN87-103/1,8G; JUL87-108/2,5G; 110/1G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-112/2,2G; 114/0,50G; JUL87-112/3G; 114/1G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/2G; JUL87-114/2,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-108/2,5; 110/1,2B; JUL87-108/3,75B; 110/1,5G; 8 1/2 Bund 85 (95): JAN87-110/3G; 112/1G; JUL87-110/4B; 112/2G; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-112/3G; 114/1,2G; JUL87-112/3,8G; 114/2G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87-108/3,3G; 110/1,8G; JUL87-108/4,6G; 110/2,6G; 112/1G; 7 Bund 85 I (95): JAN87-106/3,2G; 108/1,5G; JUL87-106/4,3G; 108/2,5G; 7 1/4 Bund 85 II (95): JAN87-104/4,8G; 108/3,5B; 110/1G; JUL87-106/4B; 108/3,8G; 110/2G, 6 3/4 Bund 85 (95): JAN87-104/4,2G; 106/2,3G; 108/1,55G; JUL87-104/5G; 106/3,2G; 108/1,5G; 6 1/2 Bund 85 (95): JAN87-104/3G; 106/1G; 108/0,50G; JUL87-104/3,8G; 106/2G; 108/0,78G; 7 1/8 Bahn 85 (95): JAN87-104/3,5G; 106/1,5G; 108/0,30G; JUL87-104/4,2G; 106/2,5G; 108/0,80G; 7 Post 86 (97): JAN87-106/2,5G; 108/0,20G; JUL87-106/3,5G; 108/1,8G; 110/0,50G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-110/1,5G, JUL87-108/1,3G; JUL87-110/2,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): JUL87-108/2G; 110/2,7G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-112/1,7G; 114/1,8G; JUL87-114/3,3G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/1,5G; JUL87-114/2,5G; 116/3,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-108/1,3G; 110/1,5G; JUL87-108/2,2G; 110/2,5G; 8 Bund 85 (95): JAN87-112/1,8G; 114/2,5G; JUL87-112/2,8G; 114/3,8G; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-112/1,7G; 114/1,8G; 116/2,5G; JUL87-112/2,3G; 114/2,8G; 116/3,8G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87-108/1,5G; 110/1,5G; 112/2G; JUL87-108/2,2G; 110/2,3G, 112/3G; 7 Bund 85 I (95): JAN87-106/1,5G; 108/1,5G; 110/2G; JUL87-106/2G; 108/2,3G; 110/3G; 7 1/4 Bund 85 II (95): JAN87-108/1,5G; 110/1,6G; JUL87-108/2,3G; 110/2,5G; 6 3/4 Bund 85 (95): JAN87-106/1,4G; 108/1,7G; JUL87-106/2,2G; 108/2,6G; 6 1/2 Bund 85 (95): JAN87-104/1,6B; 106/2B; 108/2,3G; JUL87-104/1,8G; 106/2,4G; 108/3G; 7 1/8 Bahn 85 (95): JAN87-106/1,5G; 108/3G; JUL87-106/2,5G; 108/3,2G; 7 Post 86 (97): JAN87-108/1,8G; JUL87-108/2,5G; 108/3G, 110/4G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 800G, VAB 2650. Düsseldorf: Allianz Vers. 2490, BMW 625, Goldschm. 240T, IKB 290, Leinkering 220T, O & K 146. Frankfurt: Allianz Vers. 2508, BMW 630, Frankona Vz. 750, Fuchs St. 188, Fuchs Vz. 165, Goldschm. 241, IKB 271, Magdeburger Feuer NA 750B, Magdeburger Feuer 1400G, Mainkraft 300T, Mercedes 1210, Ymos Vz. 187 Hamburg: –. München: IKB 287, Mercedes 1180, Stumpf 122G, VAB 2760bB.

Bezugsrechte: Düsseldorf Allg. Bank Nederl. 3,05G

Devisenmärkte

Der Schock des US-Außenhandelsergebnisses scheint noch zu lassen. Auf der ermäßigten Basis konnte sich der Dollar am 2. September gut behaupten und wurde mit 2,0281 unverändert notiert. Die Grundeinstellung ist wohl weiter negativ, doch die Möglichkeit von Interventionen zugunsten des Dollar wird weiterhin bei einem zu schnellen Rückgang als recht groß angesehen. Neue historische Tiefstkurse wurden für den französischen Franc, die Dänische Krone und die Norwegische Krone registriert. Die Abschwächung war jedoch prozentual äußerst gering. US-Dollar in Amsterdam 2,288, Brüssel 42,00, Paris 6,6495, Mailand 1399,55, Wien 14,275, Zürich 1,6348; Ir. Pfund/DM 2,749; Pfund/Dollar 1,4915, Pfund/DM 3,025.

Devisen und Sorten

2.9.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Ank.-Kurs⁴	Wechs.-Sorten⁴ Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,0241	2,0321	2,0279	1,98	2,02
London[2]	10,0	3,018	3,032	2,986	2,95	3,13
Dublin[2]	16,5	2,742	2,756	2,709	2,59	2,84
Montreal[1]	8,58	1,4575	1,4655	1,4473	1,41	1,51
Amsterd.	5,00	88,525	88,745	88,49	87,75	89,50
Zürich	4,00	123,96	124,16	124,05	122,50	125,25
Brüssel	8,00	4,819	4,839	4,792	4,67	4,85
Paris	9,50	30,425	30,585	30,275	29,75	31,40
Kopenh.	7,00	26,37	26,49	26,15	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,78	27,90	27,55	27,00	28,75
Stockh	8,00	29,46	29,62	29,14	28,75	30,50
Mailand[3]**	12,0	1,444	1,454	1,4275	1,415	1,495
Wien	4,00	14,184	14,224	14,167	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,518	1,528	1,489	1,46	1,58
Lissabon**	14,5	1,388	1,408	1,357	1,15	1,70
Tokio	3,50	1,3145	1,3175	1,314	1,275	1,335
Helsinki	8,50	41,49	41,69	40,64	40,50	42,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,22	0,62
Budap.* **	–	–	–	–	2,60	4,10
Athen* **	20,5	1,488	1,542	–	1,00	1,35
Ankara* **	–	–	–	–	0,21	0,40
Sydney*	–	1,225	1,244	–	1,17	1,29
Johannbg.*	10,5	0,813	0,847	–	0,58	0,83
Hongkong*	–	25,85	26,13	–	24,00	31,00

Alles in Hundert. [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund. [3] 1000 Lire. [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert. ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

VW-Aktien kräftig erholt

Ausländerinteresse auch für Chemie und Banken

DW. – Obwohl viele Kreditinstitute begonnen haben, ihrer Kundschaft die Mitnahme von Kursgewinnen zu empfehlen, blieb die Aktientendenz am Wochenbeginn ausgesprochen freundlich. Den Ausschlag gaben neue Kaufaufträge aus dem Ausland. Zwar konnten nicht überall die Spitzenkurse gehalten werden, doch blieben in den meisten Papieren Tagesgewinne übrig. Eine Ausnahmestellung nahmen wiederum die Auto-Aktien ein. Durch die günstigen Halbjahresberichte haben sie vor allem Anleger aus dem Inland angelockt.

Nachdem sich der VW-Kurs von fast 700 auf jetzt 530 DM zurückgebildet hat, werden für die VW-Vorzugsaktien kaum noch Unterbringungsschwierigkeiten gesehen, zumal Fonds und andere Großanleger dafür bereits durch den Verkauf von VW-Stammaktien Platz geschaffen haben. Ausländer interessieren sich vorwiegend für Chemie- und Bankaktien. Wenn die Papiere der Banken gleichwohl nur wenig fester lagen, dürfte der Grund dafür in Abgaben einiger Fonds zu suchen sein, die hier Gewinne realisieren und dadurch Liquidität schaffen. Gezielt gekauft wurde wieder bei Nixdorf und gelegentlich auch bei Springer. Größere Kaufaufträge lagen ferner für Phoenix vor. Der labile Dollar-Kurs machte sich in der Tendenzgestaltung nicht bemerkbar.

Frankfurt: Rheinelektra zogen um 45 DM an, während Boss 65 DM und Escada 45,50 DM einbüßten. Degussa gewannen 11 DM, Fuchs Petrolub 7 DM und Goldschmidt ebenfalls 7 DM. Audi zogen um 20 DM und Gehe um 7 DM an.

Düsseldorf: Conc. Chemie und Scheidemandel verbesserten sich jeweils um 5 DM. DAT legten 25 DM und Westag 5,50 DM zu. Dyckerhoff STA verloren 4 DM, DAB 2 DM und Sinn gaben um 12 DM nach.

Berlin: Bergmann zogen um 34 DM, DeTeWe um 17 DM und Springer um 11 DM an. Berliner Bank wurden um 5 DM und Berliner Kindl um 4 DM heraufgesetzt. Berliner Elektro schwächten sich um 40 DM ab.

München: AKS und Knürr legten jeweils 10 DM und Deckel 17 DM zu. Leonische Draht stockten um 44 DM und Patrizier um 19 DM auf. Nachgegeben haben Audi um 10 DM, Escada um 20 DM und Flachglas um 9 DM.

Hamburg: Beiersdorf lagen um 13 DM schwächer. Hapag Lloyd wurden um 1,10 DM aufgestockt. Holsten Brauerei erhöhten sich um 10 DM. Markt- und Kühlhallen wurden um 3 DM höher bewertet.

Stuttgart: Daimler legten 10 DM zu. Oberland Glas wurden um 2,50 DM höher bezahlt. Auch Traub konnten 9 DM hinzugewinnen. Rheinelektra verbesserten sich um 35 DM. WMF Stämme und Vorzüge waren um 6 DM und 2 DM gedrückt.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 289,56 (286,17)
WELT-Umsatzindex: 5851 (4117)
Advance-decline-Zahl: 134 (121)
38-Tage-Linie: 265,59 (264,75)
200-Tage-Linie: 275,80 (275,68)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Wien · Toronto · Zürich

STAND●PUNKT

Ungeduld beim Warten auf das Sozialmodell

Vor genau einem Jahr hat Roland Mader, der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV), den ehrgeizigen Plan eines Sozialmodells vorgestellt. Es sah vor, alle Nationalspieler vertraglich langfristig an den Verband zu binden und für jeden einzelnen ein Konzept zur beruflichen Absicherung zu entwicklen.

Hintergrund der Idee: 1989 wird die Europameisterschaft der Männer und 1990 die Weltmeisterschaft der Frauen 1990 in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen. Dann will der DVV mit Spitzenmannschaften glänzen können. Die Zeit drängt, deshalb versprach Mader rasche Verwirklichung des Plans.

Seitdem hat sich die Situation nicht entscheidend verbessert. Die Männer lehnten das Konzept ab, die Frauen werden allmählich ungeduldig. Unmittelbar vor dem ersten Spiel bei der WM in der CSSR drohte Rekordnationalspielerin Renate Riek gestern sogar mit Rücktritt: „Ich weiß nicht, wie ich Studium und Sport weiter unter einen Hut bringen soll," sagte sie. Und weiter: „Ich kann nicht ewig warten, bis das Sozialmodell realisiert wird. So langsam muß ich mich festlegen, sonst fährt der Zug in den Beruf ohne mich ab."

Nach monatelangem Warten setzt Renate Riek den Verband nun unter Zugzwang. Und sie hat ein Recht dazu. In den letzten vier Jahren widmete sie dem Verband jährlich rund 120 Tage. Mit ihrer spielerischen Brillanz als Stellspielerin ermöglichte sie dem DVV den Sprung aus der Anonymität in die europäische Spitzenklasse. Nun erwartet sie vom Präsidenten die Einlösung seines Versprechens.

Das hat nichts zu tun mit jener Art von Anspruchsdenken, die im Leistungssport zur Gewohnheit geworden ist. Es ist nur die logische Fortführung des Gedankens von Leistung und Gegenleistung, auf dessen Grundlage Roland Mader zum erfolgreichen Geschäftsmann geworden ist. Nun ist er gefordert, seinen Anspruch eines professionell handelnden Präsidenten schnellstens umzusetzen. Sonst wird er auch noch die wenigen Spielerinnen verlieren, die bislang noch nicht nach dem Verhältnis von Aufwand und persönlichem Ertrag gefragt haben.

ULLA HOLTHOFF

TENNIS / Claudia Kohdes Nerven versagten

Navratilova tröstete: Mensch, welch ein Pech

dpa, **New York**

Seit dem Federation-Cup von Prag reist der Teamgeist im deutschen Troß zu großen internationalen Turnieren mit. Bei den Meisterschaften der USA in Flushing Meadow wollten alle Claudia Kohde-Kilsch nach ihrer 2:6, 6:2, 6:7-Niederlage gegen die Bulgarin Manuela Maleewa trösten. Steffi Graf eilte direkt von ihrem Platz herbei, auf dem sie drei Sätze (6:1, 3:6, 6:0) zum Sieg über die Italienerin Raffaela Reggi benötigt hatte. Weil Claudia schon weinend in der Kabine verschwunden war, drückte Steffi Stiefvater Claudias Jürgen Kilsch zum Trost ein Kuß auf die Wange.

Nach dem Pech von Claudia Kohde-Kilsch stand Steffi Graf nun in der Nacht zum Mittwoch als einzige Deutsche im Viertelfinale, wo sie gegen Bonnie Gadusek (USA) antreten muß. So rückt das Halbfinale gegen Martina Navratilova (USA) immer näher. Die Ranglisten-Erste schlug Gabriela Sabatini (Argentinien) 6:4, 6:2 und erwartet im Viertelfinale Pam Shriver. Danach träfe sie auf Steffi Graf.

Claudia Kohde-Kilsch hatte nach einem schweren Beginn das Blatt gewendet, 5:2 im dritten Satz geführt, einen Matchball beim Stand von 5:4 erzwungen – und die Nerven nicht behalten: Doppelfehler und dann Aus im Tie-Break mit 1:7. Da kam sogar Martina Navratilova vorbei und sagte „Mensch, welch ein Pech!"

Nachdem die Tränen versiegt waren, ging es Claudia überraschend schnell besser. Der Rückschlag kann ihr das neu entdeckte Selbstvertrauen nicht rauben. Sie ist zusammen mit ihrem neuen Trainer Bill Belser (USA) überzeugt, den richtigen Weg aus der Krise dieses Sommers heraus gefunden zu haben. In Los Angeles, als sie das Viertelfinale erreichte, und in Flushing Meadow sah sie mit stark verbesserter Leistung ihr Aufbau-Programm bestätigt. „Bill achtet sehr darauf, daß ich wieder mehr Spaß am Training habe. Mein Aufschlag wird ständig besser. Ich muß nur noch lernen, aggressiver aus dem Handgelenk zu schlagen, so, als wollte ich meinen Schläger wegwerfen, muß ich draufhauen." Jetzt legt Claudia Kohde-Kilsch erst einmal eine Pause ein. Das nächste Turnier spielt sie kurz vor dem Masters-Turnier im November in Chikago. Bis dahin steht Ausspannen, Training, auf dem Programm.

„Ich spüre einfach, es geht wieder aufwärts." Doch Coach Bill warnt vor zu viel Eile: „Mit einem Fingerschnippen über Nacht ist nichts zu machen." Geduld braucht sie. „Geduld hat mir im Tie-Break gefehlt", gesteht sie ein, „lieber verliere ich 0:6, 0:6 als so nach zweieinhalb Stunden Kampf". Im dritten Satz sei die Maleewa bei 2:5 „auf's Ganze gegangen". Das hat Claudia überrascht: „Die hat unheimlich draufgehauen, und als ich das gemerkt habe, stand's 4:5."

Lendl gegen Becker – in der Statistik

Statistiken gehören zu jedem großen amerikanischen Sportereignis, ob beim Football, Baseball, Basketball, Eishockey oder – im Tennis. Hier ein paar Kostproben aus Flushing Meadow (Stand vor Boris Beckers Spiel gestern abend): Der Wimbledonsieger ist auch auf dem Hartboden des New Yorker Louis-Armstrong-Stadions der König des Aufschlags. Bei 252 Aufschlägen gewann er 42 Mal mit einem As direkt einen Punkt. Damit führt er klar vor dem bereits ausgeschiedenen Yannick Noah (34 Asse bei 278 Aufschlägen). Ivan Lendl kommt da nicht heran – nur 13 Asse bei 233 Aufschlägen.

Becker führt auch in der Prozentauswertung der Punkte mit dem ersten Aufschlag. Bei eigenem Service gewann er 123 von 146 Punkten, Lendl nur 96 von 131. Dafür ist der Tschechoslowake statistisch stärker, wenn der Ball im Spiel gehalten wird. Hier führt Lendl bei 471 gespielten Punkten mit 286 Erfolgen vor Becker (314 von 539). Die Ausbeute für Lendl: 60,7 Prozent, für Becker 58,3 Prozent. Außerdem gewann Lendl 72 Prozent seiner Spiele, Becker kam auf 65,9 Prozent.

Auch am Netz konnte Lendl Boris Becker im Statistischen schlagen. Seine Trefferquote ist zwar niedriger, prozentual aber höher. Lendl gewann 29 Punkte bei 43 Vorstößen ans Netz (64,4 Prozent), Becker riskierte 116 Angriffe am Netz und holte dabei 70 Punkte. In Prozentzahlen (60,3) ist das eine niedrigere Quote.

Klassischer Sieger Soto-Grande als Hürdenpferd

Nur drei Pferde aus deutschen Ställen sind im Großen Preis von Baden (280 500 Mark, Europagruppe I) am Sonntag zum Abschluß der Internationalen Rennwoche auf der Galopprennbahn von Iffezheim noch aufgeboten: Acatenango mit Georg Bocskai, Daun mit Peter Remmert und, einziges Pferd aus dem Derbyjahrgang, Vif-argent mit Lutz Mäder.

*

Nach seinem Sieg im Prix Jacques le Marois am 17. August in Deauville versucht sich der Fährhofer Hengst Lirung am Sonntag erneut in einem Rennen der Europa-Gruppe I in Frankreich. Mit dem aus Walton in Kentucky stammenden englischen Championjockey Steve Cauthen läuft er in Paris-Longchamp im Prix du Moulin (1600 Meter).

*

Vor zwei Jahren hat der Hengst Soto-Grande mit Jockey Peter Remmert das klassische Henckel-Rennen in Gelsenkirchen-Horst gewonnen. Zwar mit einigem Glück, weil der spätere Derbysieger Lagunas gehandikapt war, aber immerhin doch ein großer Erfolg. Heute tritt der fünfjährige Hengst in einem Hürdenrennen an, im Preis von Iffezheim. Im Sattel sitzt mit Tim Thomson-Jones aus England einer der besten Amateurrennreiter der Welt. Soto-Grande wird von Andreas Wöhler (24) in Bremen trainiert, der den Stall seines am 14. März dieses Jahres verstorbenen Vaters Andolf Wöhler übernommen hat. Gleich nach der Großen Woche von Iffezheim muß Andreas Wöhler die Trainerprüfung nachholen.

*

Helmut von Finck (27) aus München, der nach dem Derby den Sieger Philipo kaufte, hat seinen Rennstall auf der Auktion im französischen Deauville aufgefrischt. Er erwarb dort sechs Jährlinge, die alle in Deutschland trainiert werden sollen. Sein Bruder Gerhard ersteigerte drei Jährlinge für seinen Rennstall Thesbold.

Philipo, der beim ersten Start für den neuen Besitzer im Münchener Amdahl-Pokal nur Fünfter wurde, läuft am 5. Oktober im klassischen St. Leger von Dortmund, wo er auf den Fährhofer Hengst El Saito trifft, der am Sonntag das Fürstenberg-Rennen in Iffezheim gewonnen hat.

*

Hauptereignis heute nachmittag in Iffezheim ist das Rennen um die Goldene Peitsche (Europagruppe III, 76 500 Mark, 45 000 Mark dem Sieger, 1200 m). Letzter deutscher Sieger war vor acht Jahren der Fuchsbengst Cagliostro, auch heute haben die deutschen Pferde nur wenig Chancen. Favoritin ist die Stute Tarib aus dem Stall von Scheich Hamdan al Maktoum mit Jockey Tony Murray. Ihr letzter Sieg war der Erfolg im Ostermann-Pokal am 26. Juli 1986.

KLAUS GÖNTZSCHE

RADSPORT / Debakel bei der Bahn-WM

Nur verpaßte Chancen

dpa, **Colorado Springs**

Ein Profi rettete das Ansehen der einst mit Medaillen verwöhnten Radsportler aus der Bundesrepublik Deutschland bei den Bahnwettbewerben der Weltmeisterschaft in Colorado Springs (USA). Dieter Giebken aus Münster errang mit seinem Silber im japanischen Sprintwettbewerb Keirin die einzige Medaille.

Die Amateure des Bundes Deutscher Radsportler (BDR) blieben dagegen in den wichtigen fünf olympischen Disziplinen erstmals seit 1979 in Amsterdam ohne eine einzige Medaille, ein Debakel, das sich bei der vorigen WM in Bassano del Grappa (Italien) schon angedeutet hatte. Zwar gab es dort sechsmal Bronze für BDR-Vertreter, aber nur eine bronzene Medaille in der olympischen Einerverfolgung der Amateure. Der internationale Anschluß, 1985 gerade noch gehalten, wurde in Colorado Springs endgültig eingebüßt. Die „DDR" (sechs von 15 möglichen Medaillen) und die UdSSR behaupteten ihre Vormachtstellung.

Für das Team aus der Bundesrepublik Deutschland wurde die WM auf der fast 2 000 m hoch gelegenen Bahn zu Rennen der verpaßten Chancen, verbunden mit einer großen Portion Pech. Der Olympia-Zweite Uwe Messerschmidt (Stuttgart) verlor beim Punktefahren der Amateure zum Abschluß auf den letzten 250 Metern nicht nur Gold – seine totale Kraftlosigkeit kostete ihn am Ende auch Silber oder Bronze.

Trotz des Debakels sagte Trainer Hempel: „Es gibt keinen Zweifel für mich: Wir haben zwar keine Medaille gewonnen, aber wir sind wieder da. Erklärtes Ziel unserer Arbeit sind die Olympischen Spiele 1988 in Seoul. Wir haben vielversprechende Talente, die dort zum Tragen kommen sollen." Auch Sportwart Fritz Ramseier sah es ähnlich: „Wir können davon ausgehen, daß die Mannschaft von Colorado Springs die Kerntruppe für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul sein wird. Die nächste WM 1987 in Wien ist nur noch eine Zwischenstation in unserer Aufbauarbeit."

Es rächte sich zudem, daß die Umstellung auf die Höhenlage zu spät erfolgte. Der Bundesausschuß für Leistungssport lehnte eine frühere Anreise zwecks Anpassung an die ungewohnte und dünne Höhenluft als nicht machbar ab, schlug eine kurzfristigere vor und schwenkte aber doch noch auf eine von mindestens 14 Tagen um. Die Bronchitis von Lange war eine Folge dieser Planung.

Auch Gregor Braun, der wie Giebken ein Zeichen für den Aufschwung der Profis auf der Bahn setzte, wurde von einer Bronchitis erwischt und mußte deshalb auf das Punktefahren verzichten. Nach seinem großartigen vierten Platz in der Profi-Verfolgung über 5000 m war seine zweite Medaillenchance in den USA dahin.

SPORT-NACHRICHTEN

Nürnberg: Hohe Einnahme

Nürnberg (sid) – Der 1. FC Nürnberg nimmt heute beim Spiel gegen Bayern München 700 000 Mark brutto ein. Das Stadion ist mit 56 300 Zuschauern ausverkauft. Außerdem spielen heute in der Fußball-Bundesliga Kaiserslautern gegen Bochum und Stuttgart gegen Blau-Weiß Berlin (alle 20.00 Uhr).

Nummer 1 in Europa

München (dpa) – Im Sog der internationalen Erfolge von Bernhard Langer ist der Golfsport in der Bundesrepublik Deutschland im Aufwind. Mit 75 000 Mitgliedern in 220 Klubs steht der deutsche Verband in Europa an der Spitze. Er hat erstmals Schweden überholt.

Erste Niederlage

München (sid) – Nach sechs Jahren ohne Niederlage verlor Squash-Weltmeister Jahangir Khan aus Pakistan erstmals wieder ein Spiel. Sein Bezwinger in Karatschi war Jangshir Khan, der Junioren-Weltmeister von 1985. Der Weltmeister litt an einer Lungenentzündung.

Junioren mit Kögl

Frankfurt (sid) – Ludwig Kögl von Bayern München ist der einzige A-Nationalspieler im Aufgebot der Junioren-Auswahl der Bundesrepublik Deutschland, die am nächsten Dienstag in Glasgow gegen Schottland spielt. Trainer Berti Vogts berief aber zwei Spieler aus Zweitliga-Klubs: Oliver Kreuzer (Karlsruhe) und Bernhard Trares (Darmstadt).

Vorstands-Krise

Düsseldorf (sid) – Der Eishockey-Bundesliga-Verein Düsseldorfer EG besitzt keinen kompletten Vorstand mehr. Vizepräsident Ben Zamek trat zurück, weil sein Vorhaben scheiterte, auf der Jahreshauptversammlung ein neues, fünfköpfiges Gremium zu wählen. Die Neuwahlen wurden auf unbetimmte Zeit vertagt.

ZAHLEN

TENNIS

Meisterschaften der USA, Herren, Achtelfinale: Lendl (CSSR) – Gilbert (USA) 7:5, 6:1, 6:2, Wilkson (USA) – Schesnokow (UdSSR) 6:0, 6:2, 6:3, Edberg (Schweden) Dan Goldie (USA) 6:3, 6:2, 6:2. – Damen, Achtelfinale: Shriver – Jordan (beide USA) 6:4, 6:4, Gadusek – Rehe (beide USA) 7:6, 4:6, 6:2, Navratilova (USA) – Sabatini (Argentinien) 6:4, 6:2, Evert-Lloyd (USA) – Lindquist (Schweden), 6:2, 2:6, 6:2. – Doppel: Graf/Sabatini (Bundesrepublik Deutschland/Argentinien) 6:4, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 005 329,00 Mark, 2: 167 554,80, 3: 6428,70, 4: 105,00, 5: 8,20. – **Toto,** Elferwette: 1: 11 099,30, 2: 183,00, 3: 11,30. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 405 749,05, 2: 37 585,60, 3: 4125,20 4: 66,80, 5: 5,50. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 144,00, 2: 19,60. – Rennen B: 1: 1708,40, 2: 298,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 2 216 166,80 Mark. (ohne Gewähr)

Papua noch nicht reif fürs Fernsehen

Wenige Tage vor der geplanten Aufnahme regelmäßiger Fernsehsendungen aus Neuguineas Hauptstadt Port Moresby hat die Regierung Papuas überraschend beschlossen, keine Sendungen mehr zuzulassen. Ministerpräsident Paias Wingti setzte damit ein Abkommen außer Kraft, das sein Vorgänger Michael Somare mit einer privaten australischen Fernsehgesellschaft geschlossen hatte.

Die Regierung begründete ihren Entschluß damit, daß noch keine ausreichenden Richtlinien und Kontrollen erarbeitet wurden, und der Postminister meinte: „Wir wollen nicht zu Amerikanern oder Australiern gemacht werden." Bis mindestens 1988 wird es also in Papua-Neuguinea kein Fernsehen mehr geben. Die Regierung hat nämlich, zumindest vorläufig, auch den Empfang von Satelliten-Programmen verboten.

Wer Geld hatte, konnte sich bisher eine Satelliten-Empfangsantenne kaufen und die Programme der staatlichen australischen ABC, des amerikanischen Soldatensenders auf Guam oder, mit etwas Glück, des malaysischen Fernsehens empfangen. Oft schlossen sich Nachbarn zusammen, um gemeinsam die rund 10 000 Mark für eine Richtantenne aufzubringen. Diese Anlagen dürfen jetzt nicht mehr benutzt werden. Die Post wird neue Bestimmungen erarbeiten, nach denen künftig alle Einrichtungen von ihr gekauft oder gemietet werden müssen. Ausschließlich das von ihr betriebene Kabelfernsehen, das überwiegend jahrzehnetalte Spielfilme zeigt, bleibt zugelassen.

Die Hintergründe dieser rigorosen Beschneidung der Informationsfreiheit sind natürlich in der Innen- und Außenpolitik Papua-Neuguineas zu suchen. Die Regierung Paias Wingti muß sich spätestens in einem halben Jahr Neuwahlen stellen, die mit Sicherheit veränderte Parteikoalitionen erforderlich machen werden.

Papua-Neuguinea, erst seit 11 Jahren von der ehemaligen Mandatsmacht Australien unabhängig (bis zum 1. Weltkrieg war es deutsche Kolonie), ist, wie die meisten Entwicklungsländer, von den Folgen wirtschaftlicher Rezession bestimmt. Der junge Staat will gleichzeitig seine Unabhängigkeit nicht an die mächtigen Nachbarn verlieren. Australien leistete im vergangenen Jahr 500 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe, die jetzt rigoros zusammengestrichen wurde, was die Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht belastet. Ministerpräsident Paias Wingti, ein puritanischer Intellektueller aus dem unterentwikkelten Hochland, fürchtet jede politische Einflußnahme von außen, die zu einer abrupten Veränderung der Sozialstrukturen führen könnte. Daß dort bis vor kurzem mancherorts, wo es Satelliten-Empfangsantennen gab, amerikanische und australische Programme zum Hauptvergnügen für die gesamte Bevölkerung wurden, erfüllt ihn mit Sorge.

Wingti hat eine Zensurbehörde eingeführt, deren Mitglieder überwiegend Pfarrer und Priester sind. Er und seine Berater meinen, daß Papua-Neuguinea noch nicht „reif" fürs Fernsehen sei. „Vor 10 Jahren", kontern Oppositionelle, „hieß es, unser Land sei noch nicht reif für die Unabhängigkeit. Sie irrten sich. Die Nation ist reif fürs Fernsehen, und die Menschen wollen es."

JÜRGEN CORLEIS (SAD)

Ehrliche Freundschaft

Wie Sterbende den Lebenden Kraft geben

Ein Krankenhaustagebuch – Warum sich mit Leid und Tod auseinandersetzen? Warum sich mit Problemen quälen, die zur Zeit für die eigene Person nicht aktuell sind? Der Titel enthält die Antwort: „Ich lerne leben, weil du sterben mußt". Dieses Buch von Ursula Zickgraf, das unter der Regie von Gernot Eigler verfilmt wurde, rückt Relationen des Alltags zurecht, zwingt die vielen unüberwindbar scheindenden Schwierigkeiten wieder auf ihren Stellenwert zurück. Und dabei steckt in den simpel formulierten Zeilen solche Kraft, die wohl auch denen eine wertvolle Hilfe sein kann, die die dort geschilderten Sorgen aus persönlicher Betroffenheit kennen.

Freundschaft gegen den Tod. Anke Sevenich und Suzanne von Borsody in Gernot Eiglers Film „Aranka" (ARD, 20.15 Uhr) FOTO: SWF

„Aranka" lautet das Schlüsselwort. Dieses Mädchen ist siebzehn und unheilbar krebskrank. Ihr begegnet die Schwesternschülerin Cordula. Doch Cordula ist nicht die Pflegerin. Sie ist selbst Patientin, liegt tagein tagaus im Bett neben der Sterbenden. Diese Situation erscheint ihr unerträglich. Sie wollte ihre Schilddrüsenerkrankung im Mittelpunkt ihres neuen Krankenhausalltags sehen. Daß sie in ein solches Zimmer gelegt wurde, empfindet sie als Zumutung. Sie brauchte doch jetzt selbst Hilfe. Als sie diese plötzlich von Aranka bekommt, ist sie schockiert. Aranka tröstet sie, als die Ärzte ihr mitteilen, sie bekomme am Wochenende keinen Ausgang. Und Cordula, die weiß, sie wird in zwei oder drei Wochen wieder entlassen, schämt sich, „daß ich mich von einer Sterbenden trösten lassen muß".

Eben diese Situation schafft jedoch eine ehrliche Freundschaft. Cordula tritt der Schwerkranken nicht übermächtig und ausschließlich helfend gegenüber. Sicher, sie füttert Aranka, hält ihr die Hand, wenn die Schmerzen unerträglich werden, macht ihr Bett, spielt mit ihr. Doch sie fordert auch. Ihre eigene, immer wiederkehrenden Hilflosigkeit in dem undurchschaubaren Krankenhausbetrieb gibt Aranka das Gefühl, auch sie wird im Leben gebraucht.

Die Verfilmung von „Ich lerne leben, weil du sterben mußt", in der Suzanne von Borsody die Rolle der Cordula und Anke Sevenich die der Aranka spielen, war schon 1984 fertig. „Die Schutzzonen für das Unterhaltsame und Heitere sind groß. Ein leiser Film über das Sterben hat keine mächtige Lobby", sagte Redakteur und Produzent Dietrich Mack über seine Bemühungen, einen Sendeplatz zu bekommen. Im November 1985 stand „Aranka" schließlich auf dem ARD-Programm, wurde jedoch zugunsten eines Fußballspiels abgesetzt.

Es hagelte Zuschauerproteste: „Einschaltquoten sind nicht alles." „Ich hatte für mich persönlich von diesem Film eine Hilfestellung erwartet. Und was knallt man mir vor die Nase? Ein Fußballspiel." „Die ARD-Chefs denken wohl nicht an jene Menschen, denen ‚Aranka' geholfen hätte." Wer das Buch kennt, weiß, diese Proteste waren berechtigt.

MARTINA SCHLINGMANN

KRITIK

Harmlose Ehekomödie

Wie das Leben so spielt – jedenfalls in der nach einer Idee von Herbert Lichtenfels entstandenen, von Marcus Scholz inszenierten Fernsehkomödie **Wasser für die Blumen** (ZDF): Zwei sympathische junge Berliner (Stefan Gossler und Roswitha Schreiner) gewinnen den ersten Preis einer Publikumszeitschrift und dürfen als „das glücklichste Liebespaar des Jahres" in Mallorca für einen Tag ein populäres Schauspielerpaar besuchen, das die Regenbogenpresse als das „glücklichste Ehepaar des Jahres" feiert. Es hat sich allerdings, der Silberhochzeit nahe, längst auseinandergelebt und mimt das Eheglück nur für die Öffentlichkeit.

Das Paar spielt also Boulevardkomödie, und weil es mit Claus Biederstaedt als Bonvivant und Grit Boettcher als souverän vor sich hinleidender Dauerbetrogener ideal besetzt war, funktionierte der Spaß.

Bedauerlicherweise verzichtete der Autor Ralf Griff auf kein Klischee, um der sommerlichen Reise des (natürlich nicht zusammenpassenden) Ideal-Liebespaares nach Mallorca etwas mehr Originalität zu schenken. So gehörte die zur optischen Berichterstattung eingeflogene Fotografin (Barbara Schöne) zu den Liebesverhältnissen des Ehemanns und der Zeitschriftenredakteur (Winfried Glatzeder) zu der Gruppe Mensch, die mehr trinkt als arbeitet.

Fazit: Mallorca ist eine schöne Insel, wie geschaffen für eine harmlose, gutgemeinte Ehekomödie.

GÜNTER RUDORF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber: Kochen
10.00 Tagesschau
Tagesthemen
10.23 Engel der Gejagten
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
Ein echter Freund
15.50 Tagesschau
16.00 Einen Millimeter über dem Rand der Welt
16.45 Denkste!?
Rasender Reporter
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Aranka
Fernsehspiel nach einem Tagebuch von Cordula Zickgraf
Mit Suzanne v. Borsody, Anke Sevenich, Edith Volkmann, Ernst Alisch, Klaus Lehmann
Buch und Regie: Gernot Eigler
21.25 Brennpunkt
SDI: Sprengsatz für den Gipfel?
22.00 Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga
22.30 Tagesthemen
23.00 Show-Bühne
Unterhaltungssendung
Mit Alfred Biolek
Gäste: Guglhupfa, Peter Ludwig, Anja Lechner, Helmut Nicolai, Scherbentheater
Regie: Heinz Lindner
23.45 Sport extra
Volleyball-WM der Damen
Kuba – BR Deutschland
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Moritz lernt schwimmen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Urlaub auf italienisch (1)
Neue siebenteilige Familienserie
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.10 Lotto am Mittwoch
Ziehung A
18.20 Urlaub auf italienisch (2)
18.55 Lotto am Mittwoch
Ziehung B
19.00 heute
19.30 Direkt
20.15 ZDF-Magazin
Themen: Nürnberg – SPD legt Schmidt-Politik zu den Akten. Wien – Tschernobyl-Katastrophe noch nicht enträtselt. „DDR" – Planerfüllung kontra Umweltschutz
21.00 Rette mich, wer kann
Neue Unterhaltungsreihe in sechs Folgen
Buch und Regie: Franz Geiger
21.45 heute-journal
22.05 Treffen kann es jeden ...
Bericht über häusliche Pflege
Von Bernd Wiegmann
22.50 Julius Caesar
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Marlon Brando, James Mason, Louis Calhern, Deborah Kerr
Regie: Joseph L. Mankiewicz
0.45 heute

III.

WEST
18.30 Der Regenbogenprinz
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Stunde der Fenster
21.15 Peters Bastelstunde
Mit Peter Frankenfeld, Astrid Boner, Fred Weyrich
21.45 Hobbythek
Was ist dran am Bumerang?
22.30 Der Clou
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit Paul Newman, Robert Redford, Harald Gould
Regie: George Roy Hill
0.35 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Die Geburt von Retortenbabys ist inzwischen bereits gynäkologische Routine geworden. Doch weiterhin herrscht unter den Fachleuten Streit darüber, was sittlich erlaubt sein sollte.
19.15 Internationales Kochbuch
19.30 Das Jahr im Garten
September
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Das Kreuz mit den Grünen – Katholiken vor der Wahl?
21.15 Die Schrecken des Krieges
Regie: Mario Camus
22.05 What's Cookin'
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Original mit Untertiteln
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.05 Miss Marple: Die Tote in der Bibliothek
Krimi-Serie nach Agatha Christie
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Forum/Arbeitgeber Kirche
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.00 Output
Nur für das Saarland:
21.15 Lebensabend im Heim
22.00 Rund ums Zwiebelmuster
Gemeinschaftsprogramm:
22.15 Chronik einer Liebe
Italienischer Spielfilm (1950)
Mit Lucia Bosé, Massimo Girotti
Regie: Michelangelo Antonioni
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Showgeschichten
19.45 Der Forellenhof
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
In Dinkelsbühl
21.50 Hollywood
Die Tricks mit dem Licht
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Der Spanische Bürgerkrieg
Franco und die Nationalisten
23.55 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 US-Open in Flushing Meadow
Aufzeichnung der Spiele der Nacht
17.00 Tarzan
Suche nach einer Toten
Anschließend: Supercharge
17.50 APF-blick
18.00 US-Open live aus Flushing Meadow
21.30 APF-blick
22.15 M – Männermagazin
22.45 Tennisschläger und Kanonen
23.35 APF-blick
23.46 Kein Schloß ist vor ihm sicher
Englischer Spielfilm (1963)
Mit Charlie Drake
Regie: Lew Schwarz
1.30 US-Open live aus Flushing Meadow



19.00 Kulturlandschaft Mosel
19.45 Follow me
20.00 Tagesschau
20.15 Ein kurzes Leben lang
3. Herzlich willkommen
4. Alte Leute werden manchmal wunderlich
21.05 Alle meine Tiere
21.50 Immer die verflixten Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit David Niven und Shirley McLaine
23.25 Nachrichten



18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
Alltag von Rettungssanitätern
Von Karin Storch
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Verlobung am Wolfgangsee
Deutscher Spielfilm (1956)
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Albert Race Sample: Überleben in Texas
Film von Georg Stefan Troller
22.15 Das königliche Spiel
Kanad. Dokumentarfilm (1982)
Mit Anatolij Karpow, Viktor Kortschnoi, Bobby Fischer, Boris Spassky, Mikhail Tahl
Kommentar: Fernando Arrabal
23.25 Nachrichten



18.15 Hits mit Witz/Regional 7
18.35 Brigitte zu Besuch
„Liebe ohne Brief und Siegel"
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Dr. Jonathan Ferrier
Geschichten um einen Arzt während des Bürgerkrieges
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der lange Tag der Rache
Italien.-span. Western (1966)
22.15 RTL-Spiel
22.20 Popeye
22.25 Wer bin ich?
22.45 Horst Stern und der Kaiser
Bericht über den Stauffer-Kaiser und Naturforscher Friedrich II.
23.15 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Mehr Sex bei der Musik

so – Moderne Musik war bislang eher etwas für Spezialisten, deren Geschmack weitab von den Pfaden volkstümlicher Unterhaltungsklassik seine exklusive Befriedigung fand. Die Experten verschmähen die Produkte der altväterlichen Tonsetzer; statt dessen lauschen sie elektronischen Klängen und geraten in Verzückung über eine Vibrato-Sequenz im siebten Cluster.

Einen Weg, wie man für ein solchermaßen esoterisches Geschehen das breite Publikum gewinnen könnte, beschritt am Wochenende der koreanische Happening- und Videokünstler Nam June Paik. Zunächst einmal verzichtete er vollkommen auf die Musik, was den Abscheu vor modernen Tönen bereits um ein erhebliches Maß reduzieren dürfte. Was ihn jedoch nicht davon abhielt, sein Werk als Sinfonie zu deklarieren. Allerdings wollte er weniger die Ohren, sondern vielmehr die Augen, oder sagen wir, das eine oder andere Auge erfreuen. Auf dem Höhepunkt des vierminütigen Geschehens ließ er nämlich Teile von zehn jungen Männern hinter einer gelöcherten Papierwand aufblitzen, Teile, die mehr als alles andere den Unterschied zur holden Weiblichkeit demonstrieren.

Ein Schuft, wer in dieser Veranstaltung, die übrigens im ansonsten sauberen Köln stattfand, lediglich mehr oder weniger klingende Pornographie vermutet – obwohl lokale Boulevardblätter das Ereignis mit reißerischen Zeilen wie „Mehr Sex in die Musik" oder „Zehn junge Männer zeigen ihren Penis" ankündigten. Sehen wir das Ganze doch einfach als humanes Gesamtkunstwerk.

Musik, wie überhaupt alle Kunst, kommt ja nicht nur aus dem Kopf; auch der Bauch, sprich: das Gefühl, spielt da eine gewisse Rolle. Spätestens seit Kinsey wissen wir ja genau, wo das männliche Fingerspitzengefühl sitzt. Warum also nicht auch mal eine Hommage an den kreativsten maskulinen Körperteil? Für die Verbreitung von Paiks „Young Penis Symphony" außerhalb der Konzertsäle empfiehlt sich allerdings wohl eher die Video-Kassette, zumal auf der Schallplatte ohnehin nur schwarzes Rauschen zu hören sein dürfte.

Es habe sie nicht vom Stuhl gerissen, kommentierte am Ende allerdings eine Konzertbesucherin das aparte Happening. Möglicherweise hatte die Veranstaltung doch zu viele Durchhänger.

„Autonomie und Kontrolle" – Das diesjährige Europäische Forum in Alpach

Eigennutz in der Kalahari

Das „Europäische Forum" im österreichischen Alpach hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einem der anspruchsvollsten Gesprächskreise, die es überhaupt gibt, entwikkelt. Alljährlich mitten im Sommer an einem der schönsten Plätze der österreichischen Alpen veranstaltet, liefert es gewissermaßen den ernsten Generalbaß zu Heiterkeit der großen Festspiele und der sonstigen sommerlichen Divertissements.

Das diesjährige Generalthema lautete „Autonomie und Kontrolle". Es ging besonders um eine unvoreingenommene und gründliche Erörterung jener zahllosen Theorien, die den Menschen auf ein gewisses Verhalten festlegen wollen, vor allem um die Theorien der modernen Verhaltensforschung selbst. Ein Arbeitspapier hatte im Vorfeld davon gesprochen, daß der Mensch von diesen Theorien in ein „Prokrustesbett" gezwängt werde. So war für Kontroversen von vornherein gesorgt.

Soll man sagen, die Natur sei *gut*, der Mensch hingegen *rational?* Ein Teil der Redner neigte dazu, doch mit zwei so unvergleichbaren Begriffen kann man keinen Gegensatz aufbauen. Immerhin besitzt die Evolutionsbiologie mittlerweile beachtliche Argumente dafür, daß die Natur, auch die Natur des Menschen, läßt man sie nur frei walten, das von vielen erwünschte Gleichgewicht in allem und in jedem Biotop herstellen und halten kann.

Wenn sich das Leben mehr und mehr verrechtlicht

Der Göttinger Anthropologe Christian Vogel berichtete etwa von Forschungsarbeiten in der Wüste Kalahari, wo die Frauen – es ging um die bevölkerungsdynamische Stabilität der tropischen Jäger- und Sammlergesellschaften – erst spät eine eheliche Bindung eingehen und nur alle vier Jahre ein Kind bekommen, wodurch das Überleben des Stammes in unwirtlicher Umgebung gesichert werde.

Vogel meinte dazu freilich, daß die „klassische Vorstellung" von arterhaltendem oder artdienlichem Verhalten, wie sie besonders von Konrad Lorenz und Irenäus Eibl-Eibesfeldt inauguriert worden sei, sich aus heutiger Sicht als überholt erweise. Es gebe sowohl im Tierreich als auch in primitiven Menschengesellschaften viel weniger überindividuelle Strukturen, als die Klassiker angenommen hätten. In der „biologischen Produktion" gehe Eigennutz in der Regel vor Gemeinnutz.

Ein Computer-Modell, mit allen möglichen Daten der Kalahari-Frauen versehen, zeigte eine „natürliche Strategie" der Reproduktionsmaximierung. Der Mensch aber (auch schon der „primitive" Mensch) wendet immer effizientere Mittel an, indem er die populationsbegrenzenden Faktoren seiner Lebensräume durch Errungenschaften seines Erfindergeistes ausschaltet und die „Tragekapazität" für sein Bevölkerungswachstum immer weiter nach oben hinaufschiebt. Bevölkerungen, die nicht mithalten können, werden abgedrängt. Ökologische und ökonomische Krisen sind damit vorprogrammiert. Die Bevölkerungsexplosion der Dritten Welt ist die für alle offenkundige mißliche Folge dieses „Eigennutzes".

Sehr interessant dazu die Ausführungen des Grazer Soziologen Karl Acham über die Situation in der Türkei. Zur Zeit zählt die Türkei etwa 60 Millionen Menschen. 2030 werden es 130 Millionen sein: „Wo werden die Türken hingehen?" Die Spanne zwischen individueller Freiheit und sozialer Kontrolle scheint immer kleiner zu werden. Damit werden auch neue Formen der Xenophobie, der Angst vor Fremden, auftauchen. Frage: Ist Autonomie gut, Kontrolle aber besser? Was bedeutet Autonomie überhaupt? In welchem Zusammenhang steht sie zur demokratischen Selbstbestimmung und anderen, heute ähnlich hoch geschätzten Werten? Ist jene Autonomie des Eigennutzes nicht eher ein vordemokratisches Phänomen?

Die Wiener Juristen Theo Öhlinger und Gerhard Luf handelten die Frage am Beispiel der Besetzung des niederösterreichischen Augebiets „Hainburg" ab, bei dem in kalkulierter Übertretung staatlicher Normen und des Rechtsgehorsams „Legitimität" geschaffen worden sei. Aber auch hier stand am Schluß wieder die Frage nach den Grenzen des Mehrheitsprinzips angesichts der ökologischen Herausforderung des technischen Fortschritts.

Gelegentlich drängte sich in Alpach die Vermutung auf, daß manche Steuerungskrise in Wirklichkeit eine *Zielkrise* sei. Beispiel Verrechtlichung. Wenn die Verrechtlichung zwischenmenschlicher Bereiche immer weiter zunimmt, wird parallel dazu das ursprüngliche Vertrauen der Menschen zueinander immer mehr abgebaut, auch z. B. das Vertrauen zwischen Arzt und Patient, zwischen Lehrer und Schüler usw. Wenn diese „Spontanpartner" sich nur noch als potentielle Prozeßpartner gegenübertreten, geht das Leben einer entscheidenden Dimension verlustig.

Aus der Vergangenheit ist allerdings entschieden zu lernen, daß die Versuchung, Vertrauen schamlos auszunützen, vor allem die schlaue Maxime von ausgesprochenen Usurpatoren gewesen ist. Bei dem Gespräch über das „Verdrängungssymptom – Wahrheit, Lügen und Legenden über Demokratie, Faschismus und Nationalismus" sagte Anton Pelinka (Innsbruck): „Das Wesen des Nationalsozialismus liegt in uns, besteht in der Versuchbarkeit des europäischen Menschen."

Gibt es wirklich keine „Eurosklerose" mehr?

Ernst Topitsch allerdings, der Grazer Philosoph, sieht von neonazistischen Vereinigungen keine besondere Gefahr ausgehen. „Wie einst der lebende, so wurde und wird der tote Hitler in den Dienst jener Langzeitstrategie (des Antifaschismus) gestellt. Durch den Vorwurf einer noch immer ungenügenden Vergangenheitsbewältigung und den Popanz eines angeblich hinter jedem Baum lauernden Faschismus soll Mißtrauen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Westen gesät und so das Bündnis unterhöhlt werden."

Hier war schon die Verbindung zum Gesprächskreis „Eurosklerose – Das Ende unserer Zukunft?" hergestellt. Doch gerade dort herrschte eine merkwürdige Euphorie vor. Nachgerade keiner der Gesprächspartner wollte etwas von einer politischen Ohnmacht Europas angesichts der Supermächte wissen. Otto Wolff von Amerongen beispielsweise, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, leugnete den Begriff der Eurosklerose entschieden. Doch ging er ganz offensichtlich allzu sehr von rein wirtschaftlichen Kategorien aus, und da war ihm die Ohnmacht des Staates gerade recht. „Wachstum hängt davon ab, wie viele Freiräume der Staat dem privaten Sektor läßt".

Europa im Aufwind? Auch der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky strahlte in Alpach ungebrochenen Optimismus ab. Aber das war ein bißchen wie das berühmte Pfeifen im Walde. Auch in Österreich reifen ja Wahlen heran, und des dortigen Kanzlers Partei ist zur Zeit nicht im Aufwind.

FRANZ MAYRHOFER



Typisch javanischen Schmuck an Ohren und Hals trägt diese hockende Figur, circa 14. Jahrhundert FOTO: URSULA DIDONI

Die Asienabteilung im Stuttgarter Lindenmuseum

Goldstaub auf Schirmen

Vor ziemlich genau einem Jahr ist das Stuttgarter Lindenmuseum, nach mehrjähriger Schließung wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten, in völlig neuem Zustand und Glanz wiedereröffnet worden (WELT vom 19. 9. 1985), allerdings noch ohne die Abteilungen Süd- und Ostasien, für die das zweite Obergeschoß vorläufig frei blieb. Direktor Kußmaul versprach damals, daß in diesem Jahr, zum 75jährigen Jubiläum des Museums, die Neugestaltung des Hauses vollendet sei. Er hat Wort gehalten; die Präsentation der Bestände ist komplett. Das hatte Friedrich Kußmaul, der in diesen Tagen aus dem Amt scheidet, erklärtermaßen sich zum Ziel gesetzt. Die asiatischen Sammlungen sind erst unter seiner Ägide in den letzten zwei Jahrzehnten systematisch aufgebaut worden.

Die Südasien-Abteilung umfaßt die kulturellen Zeugnisse der Völker des indischen Subkontinents, der Himalaja-Gebiete, Tibets, Nepals sowie aus Thailand, Vietnam, Bali, Java und Sri Lanka. Anhand ausgesuchter Beispiele aus allen einschlägigen Bereichen findet man die religiösen, künstlerischen und kunsthandwerklichen Traditionen in Indien über einen Zeitraum von rund 2000 Jahren und zugleich die Expansion indischen Kultur- und Gedankengutes nach Südostasien dargestellt. Vor allem dieses Phänomen – wie Religion und Kunst Indiens über Jahrtausende hin die Kulturen weiter Teile beeinflußt und maßgeblich geprägt haben – ist hier sinnfällig und faszinierend zu beobachten.

Die Darstellung beginnt mit der religiösen Kunst Indiens seit den Anfängen der Bilderverehrung um 300 v. Chr. und läßt uns alle Phasen der Entwicklung an exemplarischen Bildwerken verfolgen. Miniaturmalereien unter islamischem Einfluß, Schmuck, Glas- und Textilarbeiten, Waffen und Gebrauchsgegenstände vervollständigen das Bild. Die Ausstrahlungen der indischen Kunst auf Südostasien werden deutlich zum Beispiel in Kultobjekten, Skulpturen und Thangka-Malereien aus Tibet (wir sehen einen authentisch ausgestatteten tibetanischen Tempelraum wie auch in dem Schattenspiel- und Figurentheaterkabinett mit Stabpuppen und Originalfiguren aus Java und Bali).

Träger dieser kulturellen „Kolonisation" war der Buddhismus; er stellt auch die Verbindung zur benachbarten Südasien-Abteilung her, wo wir ihm, in eigener Ausformung, vor allem in der chinesischen und japanischen Plastik vom 6. bis 18. Jahrhundert begegnen. Er brachte nicht nur neue Themen und Motive in die chinesische Kunst, sondern auch eine ganz neue Einstellung zur Kunst überhaupt, die sich nicht minder nachhaltig auch in der chinesischen Malerei und weiterwirkend auch in Japan durchsetzte.

Zeitlich beginnt diese Abteilung mit archäologischen Funden chinesischen Grabkultes aus dem dritten vorchristlichen Jahrtausend. Dabei handelt es sich hauptsächlich, neben etwas jüngeren Bronzefiguren, um keramische Erzeugnisse, die zu der Skulptur einerseits und andererseits zur chinesischen Keramik im allgemeinen führen, die in ihrer gesamten geschichtlichen Entwicklung bis zum Porzellan des 18. Jahrhunderts vorgestellt werden.

Weitere Schwerpunkte bilden die chinesischen und japanischen Lackarbeiten mit kostbarem Gold- und Silberdekor oder Perlmutteinlagen, die den Ruf der Stuttgarter Sammlung als einer der bedeutendsten ihrer Art in Europa eindrucksvoll unterstreichen. Großformatige Stellschirme, kostbar bemalt auf Lackgrund, teilweise mit Goldstaub und Blattgold bedeckt, Schiebetüren, Hänge- und Querrollen, Keramik und Metallarbeiten (Netsuke) beeindrukken aus dem japanischen Kulturraum. Hier bilden vor allem die originalgetreuen Nachbauten eines japanischen Wohnhauses und eines Teehauses die besonderen Publikumsattraktionen, deren schlichte kubische Räume zugleich auch jene Geisteshaltung apostrophiert, aus der sich der fundamentale Unterschied zwischen ostasiatischer und europäischer Kunstauffassung erklärt. Das Lindenmuseum ist kein Kunstmuseum; als Völkerkundemuseum macht es uns diesen Unterschied leichter verständlich.

EO PLUNIEN

„photokina" Köln: Geschichte der Farbfotografie

Inszenierte Wirklichkeit

Weißer geht's nimmer: eine vielwinklige Ausstellungsarchitektur, rundum in Weiß. Und dann Farbfotos aus den letzen 50 Jahren, aus der Epoche, die als die „moderne" Farbfotografie bezeichnet wird. Nicht wie sonst, je jünger desto mehr, sondern an Beispielen etwa für jedes Jahrzehnt gleichviel. Die Rede ist von der Bilderschau zur photokina, die bis zum 9. September in den Kölner Messehallen stattfindet (und einige Parallelveranstaltungen quer durch das ganze Stadtgebiet hervorgerufen hat).

Manfred Heiting hat die Schau entworfen und einen veritablen Rundumschlag gelandet. So paradox es scheinen mag – es fehlt fast nichts (doch: Charles Wilp, aber das steht wohl auf einem anderen Blatt). Will McBrides rote Hand (1964) ist zu sehen, ein Neger von Leni Riefenstahl, Arnold Newmans dämonischer Industrieller vor der Montagehalle, der mit Licht zeichnende Picasso (von Gjon Mili, 1950) – ein Panoptikum der Bilder, die auch das Bewußtsein der Bilder konsumierenden Massen mitgeformt haben.

Die Chronologie, zumindest im Katalog recht streng gewahrt, erzählt vom Wandel in der Auffassung von der Farbfotografie. Die dreißiger Jahre sind die Epoche der Genrestücke mit natürlicher Farbe, Foto ist auch dann noch Bild der Wirklichkeit, wenn diese offensichtlich inszeniert ist, wie im Porträt. Im Lichtbild von Personen steht diese in ihrer Erscheinung im Vordergrund, ihr Aussehen, aber als ganze Person, ist wichtig. Die Vierziger führen diese Trends fort, aber werden in der Inszenierung konsequenter, wählen stärker nach Farben und Strukturen aus, und – nehmen einiges an Motiven der Malerei der sechziger Jahre vorweg. John Vachons 1940 aufgenommenes Ladenfoto ist 60er-Jahre-Nostalgie avant la lettre.

Die fünfziger Jahre erscheinen ein wenig banal. Es scheint eine Ratlosigkeit zu herrschen angesichts der Tatsache, daß die Fotografie als motivabhängige Kunst leerzulaufen droht. Alles ist schon durchfotografiert, die Inszenierungen werden steif, kalt – ein Trend, der bis in die Mitte der sechziger Jahre anhält. So nimmt das Interesse an abstrakten fotografischen Bildmustern zu und, parallel dazu, der Blick für die Magie des isolierten Details. Technische Neuerungen schlagen sich natürlich in entsprechenden Fotos nieder – High-Speed etwa im Durchschuß der Spielkarte durch die Schmalkante – ein Foto, das Harold E. Edgerton 1964 machte und das heute noch überraschend ist.

In den siebziger Jahren wird die Farbfotografie immer künstlicher – die Realität ist ausgereizt. Zunächst gibt es Labortricks (Pierre Cordier, 1976 etwa) mit solarisierenden Farbverfremdungen, aber alsbald wird eine völlig künstliche Fotowelt aufgebaut: künstliche Inszenierung, artifizielle Beleuchtung, unwirkliche Farbe, ungekannte Stimmung. Und: Die Fotografie ist frei geworden, wieder Malerei zu zitieren: 1979 stellt Manual (USA) die Rokeby-Venus nach, aber statt des Spiegels erscheint das Gesicht der Liegenden auf einem Video-Monitor – das Bild eines Bildes mit Bild im Bilde . . .

Die Bilderschau zur photokina – eine Reise in den Machtbereich der Wortlosigkeit, der doch zum ständigen Kommentieren drängt. Darin liegt vielleicht das Leben der Fotografie.

GERHARD CARLES RUMP



Auftakt der Berliner Festwochen mit Stockhausen

Wiederholte Quadrate

Tradition in Berlin hat das seltsame Verfahren schon. Hans von Bülow ließ von den Philharmonikern Beethovens Neunte zum besseren Verständnis selbst für die gebildeten Kreise gleichzweimal hintereinander spielen. Der witzige Hanslinck nannte das „eine Gemeinde mit dem Feuerwehrschlauch abtaufen". Aber auch Willem Mengelberg in Amsterdam rückte vor Jahr und Tag Mahlers Vierte gleich zweimal ins selbe Programm.

Dieser Wiederholungsritus, nun als Festakademie ausgelobt, stand am Beginn der Berliner Festwochen und galt Karlheinz Stockhausens „Carré" für vier Orchester und vier Chöre aus den Jahren 1959/60, und zur Schande des deutschen Musikbetriebs muß es gesagt sein (und Stockhausen sprach es mit bitterer Beiläufigkeit aus): Diese beiden ineinander verzahnten Aufführungen des wegweisenden Werkes zählten als Aufführung 2 und 3 auf deutschem Boden seit der Uraufführung vor über einem Vierteljahrhundert. Ehrt eure deutschen Meister! Sehr wahr – aber spielt sie auch.

Kein Wunder, daß Stockhausen, hochgereckt und hochkonzentriert, inmitten des Publikums seinem eigenen Werk lauschte. Wenn es in diesem Tempo mit der Ausbreitung seines Werks in Deutschland weitergeht, könnte es sein, daß er „Carré" live zu Lebzeiten hierzulande zum letzten Mal zu hören bekam.



Der Komponist als Deuter seines Werkes: Karlheinz Stockhausen FOTO: WDR

Dabei lohnt das Werk jeden Aufwand – und der ist nun einmal groß. Schrecken der avancierten Art verbreitet das vierzigminütige Stück darüber hinaus freilich kaum. Es klingt heute wie eine vielgliedrige lyrische Meditation, die sich erst in ihren Schlußsequenzen in Verkündungswucht hineinsteigert.

Was seinerzeit, bei der Uraufführung, gefangennahm – die enge kompositorische Verzahnung, die seriellen Komponenten der Niederschrift – nimmt man heute eher nur noch beiläufig wahr. Deutlich wird dagegen eine Klangfarbenmelodik, wie sie später andere weiter und konsequenter vorantrieben. Hier aber, in Stockhausens „Carré", sind schon deutlich die Fundamente gelegt. Das wirklich Neue an Stockhausens „Carré" trug sich seinerzeit beinahe noch im geheimen zu. Erst jetzt tritt es deutlich zutage.

Das in vier Klangkörper aufgeteilte Radio-Symphonie-Orchester Berlin mit dem RIAS-Kammerchor in entsprechender Vierergruppierung bereitete unter den Dirigenten Tamayo, Mercier, Wis und Foster in Mies van der Rohes quadratischer Riesenhalle der Nationalgalerie eine höchst eindringliche Wiedergabe, die sich aller Kraßheit enthielt.

Zwischen den beiden Aufführungen ergriff Stockhausen das Wort und legte den kompositorischen Plan des Werkes offen, von den Orchestern dabei mit Beispielen instruktiv unterstützt. Die Entwicklung der Stockhausenschen Raummelodie zu einer Klangskulptur, in deren Innerem eingeschlossen sich der Hörer empfinden kann, wurde eindrucksvoll demonstriert. Weiter im Werk Stockhausens bis *zur Uraufführung von* „Evas Lied", Teilstück des „Montag" aus dem wochenlangen Musikmythos „Licht", dringen die Festwochenkonzerte in den Folgetagen.

Dann aber auch hat schon die Präsentation russischer Musik der achtziger Jahre begonnen. Das Thema „Moskau heute" übernimmt dann die musikalische Führung. Ein Riesenzyklus spannt sich überdies zum 80. Geburtstag Schostakowitschs aus, wohl darauf bedacht allerdings, in Moskau nicht anzuecken. „Moskau heute" spielt nun einmal seit über sechzig Jahren zu einem nicht unerheblichen Teil im Exil. Das Thema „Exil" jedoch wird von den Festwochen lieber für das kommende Jahr vorbereitet, wenn von 750 Jahren Berlin die Rede ist.

KLAUS GEITEL

Howard Storms Film „Einmal beißen, bitte!"

Pas de trois der Vampire

Wie hat es Hollywood doch nur so schwer! Woche für Woche muß es für den unersättlichen Markt Filmware produzieren, die den harten Kriterien des geschäftlichen Erfolgs wie der Unterhaltung standhalten soll. Wen wundert's, wenn die Kino-Bonzen bei dieser Gratwanderung der voraussehbaren künstlerischen Abstürze sich immer wieder verzweifelt ins Abseitige verkrallen und uns die absurdesten Lebe- und Fabelwesen mit Zottelpelz, Weltraum- Häuten *und* Dracula-Masken vorführen, weil die ihnen noch am ehesten den Schauer des amüsanten oder makabren Erschreckens verprechen.

So heißt's denn, nachdem der „Teenwolf" gerade im Orkus versunken ist, neuerlich von der Leinwand herab: „Einmal beißen, bitte!" Howard Storm, der sich der Zusammenarbeit mit Amerikas genialischem Film-Neurotiker Woody Allen rühmt, bittet zum Tanz der Vampire. Die hocken, angeführt von der bald 400-jährigen Ober-Vampirette Lauren Hutton, im Souterrain einer exklusiven Los Angeles-Villa vor ihren Muster-Särgen und zerbrechen sich den schneidezahnbewehrten Kopf, wie sie ihrer Herrin zu verjüngend frischem Jünglingsblut verhelfen können.

Gesucht also: eine männliche Jungfrau. Daß sie gefunden wird, ist nach allem, was man aus Hollywoods Script-Fabriken kennt, so klar wie das Faktum, daß beim vampirischen Biß in den Oberschenkel des holden Knaben die Kamera mit einem scharfen Schwenk ins Schwarze fährt. „Once bitten" soll ein Film für Teenies sein. Voyeure kommen hier jedenfalls nicht auf ihre Kosten. Außer ein paar smart vulgären Reden bleibt das Blutsauger-Dramolett um den ehrlichen Jungen von nebenan sauber wie ein Tempo-Taschentuch.

Aber auch fad wie eine Limo aus dem Supermarkt, so routiniert die kleinen Horror-Fäden auch gezogen werden. Wirklich verführerisch in diesem Möchte-Gern-Erotikon ist einzig ein exzellent choreographierter Pas de trois beim „Halloween"-Fest, bei dem der Jüngling von seiner Freundin aus den Greifarmen der Vampirin gerissen wird – nach dem Happy-End-Motto „Die Unschuld siegt". Ansonsten viel Nebel-Qualm, wenn's dämonisch werden soll. Wie hat uns da Carl Dreyer doch einst mit seinen durch Gazeschleier gefilmten „Vampyr"-Visionen beunruhigt und gepackt! Auch das gefeierte Top-Modell Laureen Hutton gibt dem Schauer-Märchen keinen Biß. Eine Belanglosigkeit, weiter nichts.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Zwei Filme von Fritz Lang entdeckt

AFP, São Paulo

Die Kopien von zwei Filmen des Regisseurs Fritz Lang, die seit 1945 als verloren galten, sind jetzt in Brasilien wiederentdeckt worden. Ein Mitarbeiter der Kinemathek von São Paulo hatte die Filme „Kämpfende Herzen" und „Das wandernde Bild" gefunden. Etwa sechzig Meter fehlen bei „Das wandernde Bild"; die letzte bekannte Kopie der „Kämpfenden Herzen" war 1945 bei der Bombardierung Berlins zerstört worden. Beide Filme werden jetzt restauriert, ehe neue Kopien gezogen werden. Die Werke sollen im Juli 1987 in Berlin bei einer internationalen Filmveranstaltung erstmals wieder zu sehen sein.

Die Zeit des letzten Trierer Großfürsten

DW. Koblenz

Vor 200 Jahren bezog der Trierer Kurfürst-Erzbischof Clemens Wenzeslaus von Sachsen den Neubau des Residenzschlosses in Koblenz – damit war die zentrale Verwaltung endgültig an den Mittelrhein verlagert. Eine Ausstellung in der Koblenzer Residenz zeigt nun Gemälde und Schriftstücke aus dem Leben und der Regierungszeit des letzten Trierer Kurfürsten. Weiterhin sind zu sehen Originalbaupläne und Skizzen zur Innenausstattung des Schlosses. (Bis 2. November; Katalog 18 Mark.)

Bulgarische Literatur in der Bundesrepublik

DW. Goslar

Im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik veranstaltet das Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen vom 16. bis 19. September ein Seminar, das sich mit der Aufnahme und der Verbreitung bulgarischer Literatur der Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland befaßt. Auf der Tagesordnung stehen auch Probleme bei der Übersetzung und Herausgabe deutscher Literatur in Bulgarien. Von dort werden Autoren, Literaturwissenschaftler und Vertreter des Übersetzervebandes erwartet.

Keramische Kunst aus fränkischen Sammlungen

DW. Würzburg

Das Mainfränkische Museum auf der Würzburger Festung Marienberg bereitet eine Sonderausstellung vor, die einem Produkt des barocken Kunsthandwerks gewidmet ist: „Würzburger Porzellan – Schätze keramischer Kunst aus fränkischen Sammlungen". Vom 11. Oktober bis 14. Dezember werden Geschirre und Figuren der nur von 1775 bis 1780 tätigen Manufaktur Johann Caspar Geygers zu sehen sein.

Rosenmaler Redouté im Heimatland

J. B. Brüssel

Der Belgier Pierre-Joseph Redouté (1759-1840) war Hofmaler der Königin Marie-Antoinette, später der Kaiserin Joséphine, der Gemahlin Napoleons, und Belgiens erste Königin, Louise-Marie, französische Königstochter, die mit Leopold I. die belgische Dynastie begründete, war seine begabte Schülerin. In Versailles lernte der junge Redouté im „Jardin du Roi" nach der Natur zu zeichnen. Bis zum 30. September werden über fünfzig seiner Werke im „Maison Charles" im wallonischen Rochefort ausgestellt.

Gedicht gegen die Friedhofsschänder

J. G. G., Bonn

In der Jugendzeitschrift „Junost" hat der sowjetische Lyriker Andrej Voznesenskij ein Gedicht gegen die „Friedhofshyänen" von Simferopol (Krim) geschrieben, die hier auf dem Massenfriedhof von 12 000 NS-Opfern den Toten Goldzähne herausrissen und sie ihres Schmukkes beraubten. In seinem Poem beklagte der Dichter, daß noch immer aufgerissene Gräber und Gebeine auf dem Friedhof zu sehen seien und weitere Leichenschänder ihr Unwesen trieben.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Von „Aachen" und „Aal" bis „Zypresse" und „Zythos" (mit Verweis auf „Bier") gibt „Der Kleine Pauly" über Griechisches und Römisches Auskunft. Aus den fünf Bänden ist weit mehr zu erfahren als sich unsere Schulweisheit, die es mit der Antike sowieso nicht mehr so genau nimmt, träumen läßt. Aber offenbar besteht bei vielen das Bedürfnis, diese Wissenslücken auszugleichen. Sonst hätte der Deutsche Taschenbuch Verlag nicht gerade die siebente Auflage seit 1979 drucken müssen. Das sind immerhin 46 000 Exemplare. Selbst bei einem nicht gerade billigen, aber trotz allem preiswerten Taschenbuch-Lexikon auf Dünndruckpapier ist das eine bemerkenswerte Auflage. Nützliches ist offenabr gefragt.

mar

„Der Kleine Pauly", ein Lexikon der Antike, dtv, 5 Bd., 8078 S., 138 Mark

KULTURNOTIZEN

Die „Wannsee-Villa", in der 1942 die Nationalsozialisten die sogenannte „Endlösung der Judenfrage" in Europa beschlossen, wird Gedenk- und Begegnungsstätte.

Teile einer Römersiedlung aus dem ersten bis dritten Jahrhundert n. Chr. wurden bei Eschweiler-Weisweiler vor den Toren Aachens ausgegraben.

„China und Venedig" heißt eine Ausstellung im Dogenpalast, die bis 1. März 1987 Kunstwerke der Han-Dynastie bis zu Marco Polo zeigt.

Kurse der Bachakademie Stuttgart finden vom 29. September bis 1. Oktober erstmals in Krakau statt.

Das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin ist im Rahmen eines Kulturaustausches vom 1. bis zum 4. Oktober zu Gast am Saarländischen Staatstheater Saarbrücken.

Jiddische Volksmusik steht auf dem Programm eines Konzerts am 15. September in der Alten Synagoge in Essen.

Siegfried Helm ist der Verfasser des Artikels über die Londoner Bond Street, der in der WELT von gestern ohne Autorennennung erschien.

„Alte Hasen" helfen jungen Arbeitslosen

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Für ein in der Bundesrepublik bisher einmaliges Modell ertönte gestern an der Elbe der Startschuß. Mit der ersten „Gemeinnützigen Werkstätten GmbH" für jung und alt betritt der Initiator, die Lebensabendbewegung, soziales Neuland. Vorzeitig pensionierte, qualifizierte Fachkräfte ab 55 Jahren stehen als „alte Hasen" jungen Leuten, die nach ihrer Ausbildung keine Anstellung gefunden haben, zur Seite. Eine Zeitungsanzeige und das Arbeitsamt brachten die Interessierten zusammen, die jetzt auf 265 Quadratmetern in einer Malerei, Tischlerei, Polsterei, Maschinen- und Blechschlosserei und Klempnerei produktiv arbeiten.

„Die Werkstatt ist kein Hobbybetrieb und keine Beschäftigungstherapie", erklärt Erich Köhn, Vorsitzender der Lebensabendbewegung, „sie soll absolut leistungsorientiert arbeiten und an den Kriterien der Wirtschaft gemessen werden." Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat gratuliert, Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi eröffnet die Werkstatt, und Bundesministerin Rita Süssmuth hat das Modell in ihre Aktion „Pluspunkte für die neuen Alten" aufgenommen.

Für die Zukunft will man auch Schulabgängern ohne Lehrstelle ein Berufsvorbereitungsjahr anbieten. Die Werkstatt bietet ihre Dienste in erster Linie sozial Schwachen, Krankenhäusern, Kinderheimen, Einrichtungen der Behinderten-, Alten- und Jugendhilfe an. Die Werkstatt kostet Geld. Die Stadt und die Hamburger Sparkasse gaben, ein LAB-Mitglied vererbte 50 000 Mark, und ein Unbekannter spendete seine Schallplattensammlung im Wert von 27 000 Mark. Nana Mouskouri, Freddy Quinn, Karel Gott und Roger Whittacker haben für die LAB-Werkstatt gesungen. Jetzt wartet man in Hamburg auf Aufträge. Den Anfang macht ein Ehepaar, das es leid ist, Gartenhecken zu schneiden. Sie ordern ein schmiedeeisernes Gitter.

Führte ein Herzanfall zur Katastrophe?

rtr, Los Angeles

Die Kollision eines Verkehrsflugzeuges mit einer kleinen Privatmaschine (WELT vom 2. September) ist möglicherweise auf einen Herzanfall eines der Piloten zurückzuführen. Gerichtsmediziner in Los Angeles erklärten dazu, der Pilot der Privatmaschine habe vermutlich einen Herzinfarkt erlitten. Nach ersten Ermittlungen der Experten flog er außerdem offenbar ohne Genehmigung des Kontrollturms. Unklar blieb zunächst aber, warum die Fluglotsen den Piloten des mexikanischen Verkehrsflugzeuges trotz Radars nicht warnten.

Bei dem Unfall am Sonntag waren die 58 Passagiere der DC-9 der „Aero Mexico", die sechs Besatzungsmitglieder und die drei Insassen der Privatmaschine ums Leben gekommen. Mindestens zehn Menschen wurden am Boden getötet, als die Trümmer der DC-9 auf einen Vorort der Millionenstadt stürzten. Ein Sprecher des gerichtsmedizinischen Instituts erklärte, eine Obduktion des Piloten des Kleinflugzeuges habe gezeigt, daß neben dem Herzanfall verschiedene Verletzungen zum Tod des Mannes beigetragen hätten. Der Anfall habe ihn aber offenbar zuerst ereilt.

John Lauber vom Nationalen Verkehrssicherheitskomitee (NTSB) teilte mit, der Pilot der einmotorigen Maschine vom Typ Piper Archer habe in den vergangenen fünf Jahren lediglich 231 Flugstunden gehabt. Der Mann, dessen Identität noch nicht bekanntgegeben ist, war zwischen 50 und 60 Jahre alt. Nach Angaben Laubers bestand zwischen der Privatmaschine und dem Kontrollturm in Los Angeles vermutlich kein Funkkontakt. Daher könnte es sein, daß die Maschine ohne Genehmigung in den Luftkorridor zum Internationalen Flughafen von Los Angeles flog. Ins Kalkül einbezogen wird auch, daß der Fluglotse, der für die DC-9 zuständig war, durch ein anderes kleines Flugzeug auf dem Radarschirm abgelenkt war. Der Lotse mußte sich einem Drogentest unterziehen.



Der 1925 für den Norddeutschen Lloyd in Dienst gestellte Dampfer „Berlin" wurde 1939 von der deutschen Kriegsmarine übernommen und zum Lazarettschiff umgebaut (oben). 1945 lief der Dampfer in der Ostsee vor Swinemünde auf eine Mine und sank. Das Wrack wurde von den Sowjets beansprucht, gehoben und als „Admiral Nachimow" instand gesetzt (rechts). FOTOS: DIE WELT

Einmal schon lag sie auf dem Meeresgrund

R.-M. B./dpa/AFP, Moskau

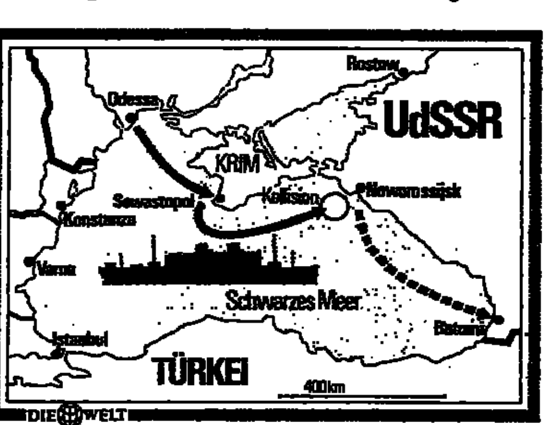
Nach dem schweren Schiffsunglück auf dem Schwarzen Meer, bei dem das sowjetische Passagierschiff „Admiral Nachimow" gesunken ist, sind 79 Personen tot geborgen worden. 836 wurden gerettet. 1234 Personen hatten sich an Bord befunden. 319 Personen werden noch vermißt. Dies teilte die amtliche Nachrichtenagentur Tass mit. Sowjetische Rettungsmannschaften suchten weiter nach Überlebenden.

Die „Admiral Nachimow" hatte laut Tass 888 Passagiere an Bord. Ein Sprecher des Ministeriums für die Handelsmarine sagte, man gehe davon aus, daß sich insgesamt 1234 Personen, Mannschaft und Passagiere, an Bord befunden haben. Die Kabinen und Aufenthaltsräume sind auf vier Decks untergebracht. Nach sowjetischen Angaben wurde das Schiff lediglich auf Routen im Schwarzen Meer eingesetzt.

Wie die Regierungszeitung „Iswestija" schreibt, hätten vier Kriegsschiffe jeweils 247, 146, 88 und 80 Personen an Bord genommen. „Wir werden nach Überlebenden suchen, solange die kleinste Hoffnung besteht", sagte der Chef der Außenabteilung des Ministeriums für die Handelsmarine, Igor Awerin. Die Temperatur des Schwarzen Meeres betrage zur Zeit 26 Grad, so daß man auch ohne Hilfsmittel länger schwimmen könne.

Sowjetischen Angaben zufolge ist der Passagierdampfer in der Nacht zum Montag nicht weit von dem sowjetischen Hafen Noworossisk mit dem Frachtschiff „Pjotr Wassjew" kollidiert. Die „Admiral Nachimow", 1925 in Bremen gebaut, war nach dem Zusammenstoß gesunken.

Bisher gibt es keine Hinweise darauf, daß sich auch Touristen aus der Bundesrepublik auf dem Passagierdampfer befänden. Allerdings liegt von sowjetischer Seite noch keine vollständige Passagierliste oder eine verbindliche Aussage darüber vor, daß keine Ausländer an Bord waren. Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, sagte gestern auf einer internationalen Pressekonferenz: „Es handelt sich um ein ‚großes Unglück'."



*

Schon einmal lag das wohl älteste Passagierschiff der Welt, die „Admiral Nachimow", auf dem Meeresgrund, gab es Tote an Bord. Als der 1925 für den Norddeutschen Lloyd (Bremen) in Dienst gestellte Dampfer „Berlin" (15 286 BRT) am 17. Juli 1939 in Swinemünde (Pommern) von der Kriegsmarine übernommen wurde, gab es nach einer Kesselexplosion 17 Tote (später wurde die „Berlin" in Hamburg erst zum Lazarett-, dann zum Wohnschiff umgebaut). – Am 1. Februar 1945, in der Ostsee wiederum vor Swinemünde, lief der Dampfer auf eine Mine und sank; das Wrack im inzwischen polnischen Hoheitsbereich wurde von den Sowjets auf „Admiral Nachimow" umgetauft, aber erst 1949 gehoben, nach Warnemünde geschleppt und auf der Warnow-Werft instand gesetzt. Fast acht Jahre lang dauerten die Arbeiten, ehe der Zweischraubendampfer, mit 17 053 Bruttoregistertonnen vermessen, im Mai 1954 an die sowjetische Staatsreederei mit neuem Heimathafen Odessa abgeliefert werden konnte.

Die Ex-„Berlin" war unter der Baunummer 614 am 24. März 1925 bei der Werft „Bremer Vulkan" in Vegesack vom Stapel gelaufen. Von Bremerhaven aus führte die Jungfernfahrt am 26. September 1925 nach New York. Im November 1928 rettet sie 23 Überlebende des im Unwetter gesunkenen britischen Passagierschiffes „Vestris". Letzte Passagiertörns als „Berlin" waren im Mai 1939 zwei Kreuzfahrten für die NS-Organisation „Kraft durch Freude". hkl.

Eine Familie durchschwamm den Ärmelkanal

AP, Dover

Erstmals ist es einer Familie gelungen, den Ärmelkanal von England nach Frankreich zu durchschwimmen. Die in Puerto Rico lebende Familie Hauck (Vater, Mutter und vier Kinder) brauchte für die Bewältigung der 33,7 Kilometer langen Strecke von Dover in England nach Cap Gris Nez in Frankreich elf Stunden und 13 Minuten. Der 57jährige Harry Hauck berichtete von den Schwierigkeiten, mit denen er und seine Familie zu kämpfen hatten: Die 49jährige Mutter Caroll Hauck litt an Seekrankheit, der 17jährige Jason hatte ein verrenktes Knie, der 29jähriger Harry jun. hatte Asthma, und die 24jährige Tochter Krista litt an den Folgen einer Lebensmittelvergiftung. Nur Vater Hauck und der 26jährige Timothy waren frei von Beschwerden.

81 Tote in den Bergen

DW. München

Der wachsende Tourismus in den Bergen fordert seine Opfer: Im vergangenen Jahr sind bei 288 Bergunfällen 81 Menschen ums Leben gekommen. Wie aus der „Bergunfallstatistik 1985" des deutschen Alpenvereins (DAV) hervorgeht, war 1985 damit ein „schwarzes Jahr". Übertroffen wird diese Zahl nur von der des Jahres 1983. Damals fanden 84 Menschen den Tod in den Bergen.

Ein guter Tausch...

AP, Fargo/USA

Eine fast blinde Amerikanerin, die durch eine Operation ihre Sehkraft wiedergewann, verlor ihren Arbeitsplatz, weil sie nicht mehr behindert ist. „Für mich ist es ein guter Tausch", sagte die 68jährige Harriet Montgomery. Sie verlor ihre Konzession für den Betrieb einer Imbißstube in einem Behörden-Gebäude, da nach dem Gesetz solche Konzessionen nur an Sehbehinderte erteilt werden.

Selbstmord des Täters?

AP, Wuppertal

Ein Großbrand in Wuppertal hat in der Nacht zum Dienstag zwei Menschen das Leben gekostet, obwohl bei dem Feuer selbst keine Personen zu Schaden gekommen sind. Wie ein Sprecher der Polizei mitteilte, beging der mutmaßliche Brandstifter, der 77jährige Bewohner des Hauses, Selbstmord. Eine 21jährige Autofahrerin wurde getötet, als auf dem Weg zur Brandstelle ein Löschzug auf nasser Fahrbahn außer Kontrolle geriet und mit ihrem Wagen kollidierte.

Bei Telex vorn

dpa, München

Die Bürger der USA telefonieren am häufigsten, die Bundesbürger haben die meisten Telexanschlüsse der Welt. Zu diesem Ergebnis kommt die Fernsprechstatistik der Siemens AG. Nicht weniger als 371 Milliarden Mal griffen US-Bürger 1984 zum Hörer. Weltweit gab es Anfang 1985 laut Siemens 400 Millionen Telefonanschlüsse (ohne Nebenstellen). Beim Telex führt die Bundesrepublik mit 160 000 von weltweit 1,63 Millionen Anschlüssen.

Panzer mit Klima-Anlage

dpa, Tel Aviv

Israels Panzer sollen nicht mehr länger „Backöfen" für die Soldaten sein. Nach einem Entschluß des Generalstabs sollen die Panzer mit Klima-Anlagen ausgestattet werden. Wie ein Sprecher der Armee gestern mitteilte, haben Forscher des Ärztekorps herausgefunden, daß die Soldaten in klimatisierten Panzern um 30 Prozent leistungsfähiger seien.

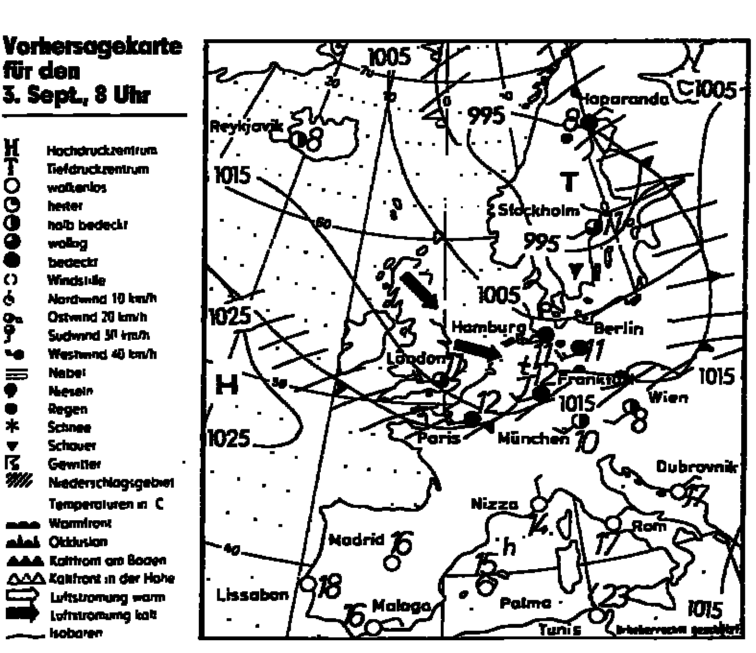
WETTER: Regen

Lage: Zwischen hohem Druck über der Biskaya und einem Tief über dem Nordmeer wird eine weitere atlantische Störung nach Deutschland geführt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und in der Mitte stark bewölkt bis bedeckt und Durchzug eines Regengebietes. Nachmittags – wie im Süden – wechselnde Bewölkung mit Schauern. Tagestemperaturen zwischen 15 Grad im Norden und 20 Grad im Süden. Tiefstwerte nachts um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden frischer und böiger Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Allmähliche Wetterbesserung, etkwas wärmer.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.39 Uhr*, Untergang: 20.03 Uhr; **Mondaufgang:** 6.26 Uhr, Untergang: 20.24 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	14	bw
Bielefeld	15	R
Braunlage	9	R
Bremen	15	bw
Dortmund	14	bd
Dresden	14	bw
Düsseldorf	17	Rs
Erfurt	13	bd
Essen	15	bw
Feldberg/S.	8	bw
Flensburg	14	bw
Frankfurt/M.	16	bw
Freiburg	18	bw
Garmisch	16	bw
Greifswald	13	bw
Hamburg	15	bw
Hannover	17	bw
Kahler Asten	8	iW
Kassel	15	bw
Kempten	14	bw
Kiel	14	he
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	17	bw
Konstanz	18	bw
Leipzig	14	bd
List/Sylt	13	bw
Lübeck	15	bw
Mannheim	15	bd
München	16	bw
Münster	17	he
Norderney	15	bw
Nürnberg	14	bd
Oberstdorf	15	bw
Passau	16	bw
Saarbrücken	13	bw
Stuttgart	17	bw
Trier	15	bw
Zugspitze	-2	bw

Ausland:		
Algier	27	he
Amsterdam	16	Rs
Athen	30	he
Barcelona	26	he
Belgrad	22	he
Bordeaux	19	he
Bozen	22	bw
Brüssel	17	bw
Budapest	20	he
Bukarest	25	he
Casablanca	25	he
Dublin	17	he
Dubrovnik	25	he
Edinburgh	15	bw
Faro	28	he
Florenz	26	he
Genf	19	he
Helsinki	14	bw
Hongkong	34	bw
Innsbruck	17	bw
Istanbul	23	bd
Kairo	30	he
Klagenfurt	19	he
Konstanza	23	he
Kopenhagen	13	bw
Korfu	27	bw
Las Palmas	23	he
Leningrad	15	bw
Lissabon	28	wl
Locarno	20	he
London	19	he
Los Angeles	19	bd
Luxemburg	13	bw
Madrid	25	he
Mailand	23	he
Malaga	25	he
Mallorca	27	he
Moskau	14	bw
Neapel	27	he
New York	18	bw
Nizza	23	he
Oslo	14	he
Ostende	17	bw
Palermo	27	bw
Paris	19	bw
Peking	27	he
Prag	14	bw
Rhodos	27	he
Rom	24	he
Salzburg	16	bw
Singapur	31	bw
Split	25	he
Stockholm	16	bw
Straßburg	17	bw
Tel Aviv	31	he
Tokio	26	Rs
Tunis	28	he
Valencia	27	he
Varna	24	bw
Venedig	22	he
Warschau	16	bw
Wien	19	bw
Zürich	18	he

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

In Rekordzeit mit dem Ballon über den Atlantik

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Die U-Boot-artige Flugkabine des niederländischen Helium-Heißluftballons – Fassungsvermögen acht Millionen Liter – schlug regelrecht Purzelbäume, als sie am Dienstag morgen um exakt 8.08 Uhr in der Amsterdamer Vorstadt Almere mitten in einem Weizenfeld wuchtig auf die Erde prallte. Flammen loderten empor. Sie konnten aber von der geistesgegenwärtigen Besatzung sofort gelöscht werden.

Die drei Ballonfahrer, darunter Evelien Brink, die als erste Frau überhaupt den Atlantik auf diese Weise überquerte, ihr Mann Hans Brink und Starfighter-Pilot Willem Hageman, sie waren überglücklich, daß sie nun wieder festen und dazu auch noch heimischen Boden unter den Füßen hatten.

„Geschafft, geschafft", hauchte der völlig erschöpfte Ballonkommandant Hans Brink (39) ins Mikrophon eines wartenden Fernsehjournalisten. Dann rief er: „Ambulance, Ambulance!" Brink, der als einziger bei der harten Landung nicht angeschnallt war, weil er den Ballon steuern mußte, war durch den heftigen Aufprall der Flugkabine in der Kapsel hin und her geschleudert worden und dadurch leicht verletzt. Mit schweren Prellungen lieferte man ihn sofort in ein nahe gelegenes Krankenhaus ein. Doch einige Stunden später war er wieder auf den Beinen und gab seine erste Pressekonferenz in bester Laune.

„Trotzdem", so die Ballon-Crew übereinstimmend, „ist die Atlantiküberquerung ein voller Erfolg." Die drei „fliegenden Holländer" sind nicht nur die ersten Europäer, denen dieses Kunststück gelang. Sie schafften es zudem, die 4200 Kilometer lange Distanz zwischen Kanada und den Niederlanden in der neuen Rekordzeit von nur 51 Stunden und 15 Minuten zurückzulegen. Da zollte selbst Ihre Majestät Königin Beatrix Respekt. Sie sandte gemeinsam mit Prinz Claus und Prinz Bernhard ein Glückwunschtelegramm. Kameraden des F-16-Starfighter-Piloten Hageman flogen dem Ballon in Formation entgegen und signalisierten den Ballonpionieren auf diese Art und Weise: „Willkommen zu Hause."

Nach dem Diskotheken-Besuch verliert sich die Spur der jungen Mädchen

E. REVERMANN, Bederkesa

Der Schock sitzt tief. Nach neun Tagen quälender Ungewißheit weiß die aufgewühlte Bevölkerung im Kreis Cuxhaven: Die 19jährige Irene Warnke, seit der Nacht von Samstag auf Sonntag der Vorwoche auf dem Weg von einer Discothek zur anderen wie vom Erdboden verschwunden, ist tot.

Beim Polizeieinsatz mit 150 Beamten haben Hubschrauberpiloten im Tiefstflug die Leiche in einem 50 Zentimeter tiefen Wassergraben entdeckt. Acht Meter auf halbem Weg neben der Landstraße von Bederkesa nach Lintig, noch bekleidet, neben ihr aus der Hosentasche gefallene Geldstücke und ihre Ohrringe, ein goldenes Kettchen, auf den ersten Blick ohne äußere Verletzungen. Auch wenn erst eine für gestern nachmittag angesetzte Obduktion weiteren Aufschluß bringen dürfte: An Selbstmord oder Unfall will auch die Polizei nicht glauben.

Seit gestern morgen ist für die „Vermißtensache Warnke", Polizei- und Tagebuchnummer 1695/86, eine Mordkommission gebildet. Die bange Frage der verängstigten Öffentlichkeit bleibt nach wie vor im Raum: Bestehen Zusammenhänge mit dem mysteriösen Verschwinden von weiteren fünf jungen Frauen seit 1977 in dieser Küstenregion rund um Cuxhaven und Bremerhaven?

„Ich glaube, was ich nie gesehen." Dieser in die Wand gekritzelte Klo-Spruch im discothekenähnlichen Lokal „Momo" in Bederkesa, wo Irene Warnke zuletzt gewesen war, ist wohl bezeichnend für die Ratlosigkeit in diesem rätselhaften Kriminalfall. Irene, seit 1. August Gärtnerlehrling, hatte sich an diesem Samstag abend wie immer frohgelaunt mit „Tschüs, ich gehe jetzt" von ihrer Mutter Katharina verabschiedet.

Weil ein Mordfall so gut wie sicher scheint, ist der Polizeicomputer bis gestern mit mehr als 5000 Daten aus den fünf weiteren Vermißtenschicksalen der letzten Jahre programmiert. „Der einzige Unterschied dieser Vermißtensachen zum Fall Warnke besteht darin, daß wir jetzt eine Leiche haben", umschreibt Oberkommissar Wolfgang Raben, Leiter einer 12köpfigen Sonderkommission, die makabre Situation.

Stimmt seine Mutmaßung, dann hätte man einen der ungewöhnlichsten Kriminalfälle der Nachkriegsgeschichte. Ohne jede konkrete Spur, auch wie vom Erdboben verschwunden, sind seit 1977 die damals 16 Jahre alte Anja Beggers nach einem Besuch in der Discothek „Moustache" in Bremerhaven; die 18jährige Angelika Kielmann und die gleichaltrige Anke Streckenbach, jeweils 1978 und 1979 nach Aufenthalten in der früheren Discothek „Börse" in Cuxhaven; die 15jährige Christine Böhle, als sie 1982 in einer Discothek im Ort Heerstedt war; und schließlich Andrea Martens (19), die seit ihrem Besuch bei ihrem amerikanischen Freund Russel in der US-Kaserne Garlstedt nicht mehr gesehen wurde. In diesem Fall ist der US-Soldat später in den Staaten gar per Lügendetektor vernommen worden, vergebens.

Mehr als merkwürdig bleibt für Kommissar Raben, daß es sich in allen Fällen um ausnehmend hübsche Mädchen handelte, alle hätten schulterlanges dunkles Haar. In fast allen Fällen – was derzeit noch näher vom Wetteramt untersucht wird – soll Vollmond gewesen sein. Alle verschwundenen Mädchen hatten sich in der Nähe von Straßen aufgehalten, die ein Autofahrer normalerweise zur Fahrt in Richtung Hamburg benutzt. „Wir müssen davon ausgehen, daß es sich durchaus um einen Täter oder eine Tätergruppe handelt", resümiert der Kommissar.

Sollte die Polizei im Fall der Irene Warnke in den nächsten Tagen nicht weiterkommen, wird sie das wiederholen, was sie schon am letzten Wochenende getan hat. Mit weiteren 1000 neu gedruckten Fahndungsplakaten ziehen dann Sondertrupps der Polizei von Discothek zu Discothek. Die Beamten werden wie am letzten Samstag kaum das Wort „Bulle" hören und auch bei kritischen jungen Disco-Gängern auf selten gekannte Offenherzigkeit stoßen. „Das ist denen verflixt an die Nieren gegangen, es ist eine von den ihren betroffen", sagt der Dorflehrer in Lintig, der nicht genannt sein möchte. Und wie die Volksseele kocht, bestätigt der 19jährige Rüdiger: „Wenn wir wüßten, wer das war, und der hier aufkreuzen sollte, der käme hier lebend nicht mehr heraus..."



Oberkommissar Wolfgang Raben, Leiter einer zwölfköpfigen Sonderkommission, mit den Fotos der Opfer. FOTOS: REVERMANN

ZU GUTER LETZT

„Dieser Artikel stammt von epd-Redakteur Konrad Melchers, rpt Konrad Melchers, nicht Robert Mugabe." Korrektur einer Meldung der Nachrichtenagentur epd.

